

Das Parlament

Berlin, Montag 18. März 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Patron der Armen

Jorge Mario Bergoglio Er ist der erste Jesuit und der erste Lateinamerikaner auf dem Petrusstuhl. Und er ist der erste Papst, der den



Name Franziskus für sich wählt – in Anlehnung an den Heiligen, den Patron der Armen. Fünf Wahlgänge brauchten die Kardinäle in der vergangenen Woche bis am Mittwochabend der weiße Rauch über der Sixtinischen Kapelle im Vatikan aufstieg und Bergoglio, der bis dahin Erzbischof von Buenos Aires war, kurz darauf auf den Balkon des Petersdoms trat. „Mit der Wahl des ersten Nichteuropäers auf den Petrusstuhl beginnt ein neues Kapitel der Kirchengeschichte und vielleicht auch eine Öffnung zur Welt und den Herausforderungen unserer Zeit“, würdigte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Wahl des 76-jährigen Argentiniers.

ZAHLE DER WOCHE

5

Wahlgänge und zwei Tage brauchten die Kardinäle, um sich auf Erzbischof Jorge Mario Bergoglio als neuen Papst zu einigen. Beide unmittelbaren Vorgänger, Papst Benedikt XVI. und Papst Johannes Paul II., wurden ebenfalls am zweiten Tag eines Konklaves zum Nachfolger des Apostels Petrus bestimmt. Beim Polen klappte es 1978 nach acht, beim Deutschen 2005 nach vier Wahlgängen. *Quelle: KNA*

ZITAT DER WOCHE

»Möge Gott euch vergeben, was ihr getan habt.«

Papst Franziskus scherzt kurz nach seiner Wahl mit den Kardinälen beim festlichen Abendessen im vatikanischen Gästehaus Santa Marta.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Hilfe Bundestag berät über mehr Geld für Contergan-Opfer **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT

Etat Das Europaparlament lehnt den EU-Finanzrahmen bis 2020 ab **Seite 8**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Regulierung Die Bundesregierung will ein „Trennbanken-System“ einführen **Seite 12**

KULTUR UND MEDIEN

Filmwirtschaft Der Bund soll die Filmförderung fortsetzen **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wende mit langer Leitung

ENERGIE Bauzeit bei Stromtrassen soll auf vier Jahre verkürzt werden. Klagerecht wird eingeschränkt

Die Energiewende hat noch nicht genug Tempo. Zwar steigt die Zahl der Ökostrom-Anlagen schnell an, doch der Bau von Stromleitungen kommt bisher kaum voran. Die Bundesregierung will mit einem neuen Gesetz mehr Schwung in den Leitungsbau bringen, und auch die Opposition mahnt größere Anstrengungen an. In einer Regierungserklärung im Bundestag zur Energieinfrastruktur anlässlich der ersten Lesung eines Gesetzesentwurfs der Bundesregierung zum beschleunigten Ausbau des Stromnetzes (17/12638) sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am Donnerstag, es sei besonders wichtig, die Bauzeiten für Stromleitungen von zehn auf vier Jahre zu verkürzen.

2.800 Kilometer neue Leitungen Der Netzentwicklungsplan sehe vor, 2.900 Kilometer Leitungen zu erneuern und 2.800 Kilometer Leitungen neu zu bauen. Dafür brauche man aber die „Akzeptanz der Bevölkerung“, sagte Rösler weiter. Man spreche mit den Menschen, um die Dinge umzusetzen: „So sieht Bürgerbeteiligung aus.“ Ein Erfolg werde aber nur möglich sein, wenn der Bund, die 16 Bundesländer und Europa zusammenstünden.

Außerdem brauche man „intelligente Netze“, um Stromerzeugung und Stromverbrauch zusammenzubringen. Rösler wies darauf hin, dass man nicht auf konventionelle Kraftwerke verzichten könne. Wer das fordere, sei unehrlich, „denn irgendwoher muss der Strom für die Menschen und Unternehmen kommen“. Rösler versicherte, die Koalition halte sich an die drei energiepolitischen Grundsätze: Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

Dagegen griff der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die Regierung und Rösler scharf an: Gerade einmal 214 von den 2009 geplanten 1.834 Kilometern Stromleitungen seien bisher realisiert worden. Und auch keines der benannten Pilotvorhaben für die Erdverkabelung in der Gleichstromtechnik sei in dieser Legislaturperiode umgesetzt worden. „Der verantwortliche Minister sind Sie“, rief Gabriel Rösler zu und warf ihm vor, zu verdrängen, „was Sie angerichtet haben“. Wenn das Ausbautempo so bleibe, werde der Bau von 2.800 Kilometern erst im Jahre 2060 und nicht wie geplant 2020 fertig. Bei dem Schnecken tempo drohe die Energiewende wirklich ein Jahrhundertprojekt zu werden, warnte Gabriel.

Michael Fuchs (CDU) warf Gabriel und der SPD vor, Maßnahmen zur Energieeffizienz im Bundesrat zu blockieren. Das Verhalten



Das Stromleitungsnetz soll noch dichter werden. Rund 2.800 Kilometer müssen gebaut werden.

der SPD sei scheinheilig, weil sie Ausbauplanen und auch den Bau eines großen Pumpspeicherkraftwerks in Baden-Württemberg blockiere.

Dietmar Bartsch (Die Linke) sagte, im Kern handele es sich um einen Gesetzesentwurf, „der die Profite der Energiemonopolisten weiter absichern will“. Versorgungssicherheit übersetze Schwarz-Gelb mit Profitfischerheit. Wer die Energiewende wolle, brauche auch einen Plan dafür, und den habe die Koalition nicht. Die Energiewende sei bei dieser Koalition in schlechten Händen. Dem widersprach Klaus Breil (FDP) ausdrücklich: „Die Energiewende ist bei der christlich-liberalen Koalition in guten Händen.“

Bärbel Höhn (Grüne) richtete scharfe Angriffe gegen die Koalition: „Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende. Schwarz-Gelb gefährdet Arbeitsplätze in diesem Land.“ Rösler habe mit seiner Rede gezeigt, dass er es nicht könne. Der Minister habe angekündigt zu liefern. Aber von 2.800 Kilometern Stromleitung habe er nicht einmal 300 Kilometer geschafft. Das sei ein „dramatisches Debakel“.

Der Bundestag überwies den Gesetzesentwurf zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Ziel des Entwurfs ist, den im Norden Deutschlands erzeugten Strom aus Windenergieanlagen und neuen konventionellen Kraftwerken besser zu den Verbraucherschwerpunkten im Süden und Westen Deutschlands zu leiten. In dem Gesetzesentwurf wird für insgesamt 36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vorläufige Bedarf festgestellt.

„Um das Verfahren zur Realisierung der Vorhaben zu beschleunigen, wird weiterhin eine Rechtswegeverkürzung herbeigeführt“, schreibt die Regierung. Künftig gebe es mit dem Bundesverwaltungsgericht nur noch eine Instanz für Rechtsstreitigkeiten um den Leitungsbau. Für die Realisierung der in den Bundesbedarfsplan aufgenommenen Vorhaben würden Kosten in Höhe von schätzungsweise

zehn Milliarden Euro entstehen, schreibt die Bundesregierung. Dabei seien Mehrkosten für Erdkabel noch nicht berücksichtigt. Grüne und Sozialdemokraten fordern in ebenfalls an die Ausschüsse überwiesenen Anträgen (17/12518, 17/12214, 17/12681) die Gründung einer „Deutschen Netzgesellschaft“. Die Bürger sollen sich finanziell am Bau neuer Stromleitungen beteiligen können, fordern die Grünen. Dazu solle ein Anleihenmodell mit festen Zinssätzen entwickelt werden.

Auch die SPD, die die bis 2030 entstehenden Kosten auf 30 Milliarden Euro beziffert, will den Netzausbau bürgerfreundlich und zu rückgegriffen werden. Die Option der Erdverkabelung solle bei allen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) vorgesehen werden, wird verlangt.

»Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende. Schwarz-Gelb gefährdet Arbeitsplätze.«
Bärbel Höhn (Grüne)

Hans-Jürgen Leersch

EDITORIAL

Das Ziel vor Augen

VON JÖRG BIALLAS

Wenn sich alle einig sind, dass es erstrebenswert ist, ein Ziel zu erreichen, heißt das noch lange nicht, dass dieses Ziel gemeinsam und effektiv angegangen wird. So verhält es sich auch mit jenem politischen Projekt, das nüchtern, fast lapidar als Energiewende bezeichnet wird. Das klingt, als ginge es um das beiläufige Umliegen eines Elektro-Kippschalters. Tatsächlich verbirgt sich dahinter eine der größten Herausforderungen der Industriegeschichte. Es gilt, den Strom als Treibstoff für den Motor einer führenden Nation der Weltwirtschaft in absehbarer Zeit nicht mehr atomar zu erzeugen. Technisch ist das möglich, langfristig. Emotional ist das nicht, jedenfalls nicht kurzfristig. Zu groß sind derzeit noch die Interessenskonflikte. Stromkonzerne beklagen nicht verschmerzbarer Einnahmeverluste, Anbieter erneuerbarer Energiequellen erheben sich tüchtiger Subventionen. Netzbetreiber fordern einen baldigen Ausbau des oberirdischen Leitungssystems, Anlieger befürchten gesundheitlichen Schaden durch Elektromog. Einige Großabnehmer beanspruchen Entlastung von gestiegenen Kosten für alternativen Strom, private Endverbraucher werden wie selbstverständlich zu einem größeren Beitrag verpflichtet. Kurzum: Die Energiewende ist ein Pakt gegensätzlicher Interessen, bei dem die bestehende Sympathie für das Endziel die Probleme der Umsetzung nur notdürftig verschleiert. Und doch gibt es kein Zurück. Darum ist es richtig, wenn die Bundesregierung jetzt ankündigt, die beteiligten Instanzen näher zusammenrücken lassen und damit die Kräfte bündeln zu wollen. Nur wenn es gelingt, der Energiewende bald mehr Effizienz einzuhauchen, wird ihr Ansehen nicht noch mehr leiden. Ohnehin hat der Verbraucher längst gelernt: Er wird es sein, der den Umbruch finanziert. Im Gegenzug darf dann beispielsweise mit Fug und Recht erwartet werden, dass die Förderpolitik für alternative Energiequellen überdacht und neu justiert wird. Die anstehende und nicht ganz freiwillig herbeigeführte Überprüfung der Regelungen für die Netzentgelte ist da ein guter Anfang, um politische Glaubwürdigkeit zu stärken. Dann könnte, was heute mitunter illusorisch zu sein scheint, eines Tages zum Wohle der nachwachsenden Generationen das gemeinsame Ziel erreicht sein: der endgültige Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Lehren aus dem GAU von Fukushima

ATOMKRAFT Umweltminister Altmaier nennt Ausstieg »ganz sicher«. Opposition kritisiert Bürgschaften für Kernkraftwerke

Zwei Jahre ist es her, dass es im japanischen Fukushima als Folge eines Tsunamis zu einer Nuklearkatastrophe kam. Anlass für den Bundestag, sich mit der Atompolitik zu beschäftigen. Dabei wurde am vergangenen Freitag Kritik am internationalen Atom-Engagement Deutschlands deutlich. Die Nuklearkatastrophe von Fukushima im März 2011 habe gezeigt, dass die Risiken nicht zu beherrschen seien, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin. Folge davon muss seiner Ansicht nach sein: „Die Welt muss aus der Atomtechnik aussteigen.“ Die Bundesregierung, so kritisierte Trittin, unterstütze jedoch durch Bürgschaften nach wie vor den Bau von Atomkraftwerken in anderen Ländern.

Globalplayer Deutschland Als ein „globales Problem“ bezeichnete Dorothee Menzner (Die Linke) die Atomtechnik. „Strahlen machen vor Ländergrenzen nicht halt“, fügte sie hinzu. Deutschland sei Teil des Problems, weil man noch immer ein „Globalplayer“ im Atomgeschäft sei und in anderen Ländern in die Atomtechnik investiere. Deutschland gebe weiterhin viel Geld für die Europäische Atomgemeinschaft Euratom aus, die die Atomenergie fördere, bemängelte Marco Bülow (SPD). Euratom müsse jedoch anders aufgestellt werden. „Und zwar mit Blick auf Effizienzsteigerung und der Förderung erneuerbarer Energien“, sagte er. Die Opposition versuche, die Tragödie von Fukushima „billig zu instrumentalisieren“, kritisierte Christian Hirte (CDU). „Das hilft uns aber nicht“, sagte er. Es sei das Verdienst



Japanische Kinder entzünden Kerzen im Gedenken an die Opfer von Fukushima.

der Koalition, dass der Ausstieg aus der Atomenergie mit dem Einstieg in die erneuerbaren Energien verbunden werde. Der Ausstieg, habe im Übrigen auch schon vor Fukushima festgestanden, sagte Hirte. „Sie betreiben Geschichtsklitterung“, warf ihm daraufhin Bülow vor. Union und FDP hätten kein Interesse an der Energiewende, sagte der SPD-Abgeordnete. „Sie wollen zurück zur Atomtechnik.“

Beim Ausbau der erneuerbaren Energie seien Union und FDP „besser als Sie je zuvor“, entgegnete Michael Kauch (FDP). Während unter Umweltminister Trittin der Anteil der erneuerbaren Energien um 2,3 Prozent und unter dem Amtsnachfolger Sigmar Gabriel (SPD) um 6,5 Prozent gestiegen sei, habe Schwarz-Gelb acht Prozent erreicht. Kauch verlangte jedoch auch, die Preise im Blick zu halten. Die Vergütungssätze für die Einspeisung müssten weiter abgesenkt werden, so Kauch. Fukushima ist eine Zeitenwende gewesen“, sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU). Damit verbunden sei das „ganz sichere Ende der Kernenergie in Deutschland“. Durch die Entscheidung sei man in eine Vorbildrolle gerückt. „Viele Staaten schauen auf uns, um zu lernen, wie es gelingen kann, die Energieversorgung schrittweise auf erneuerbare Energien umzustellen“, sagte der Minister. **Götz Hausding**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

SIND DIE PLÄNE ZUM NETZAUSBAU REALISTISCH?

Flaschenhals abbauen

PRO



Michael Bauchmüller »Süddeutsche Zeitung«

Mit dem Stromnetz ist es wie mit Straßen. Beide sind Rückgrat einer Industriegesellschaft, beide wachsen nicht über Nacht...

Zu lange Leitung

CONTRA



Jakob Schlandt »Berliner Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«

Der geplante Ausbau der Stromnetze ist ein gewaltiges Infrastrukturprojekt – und wird das gleiche Schicksal erleiden wie der Berliner Flughafen...

Herr Krischer, damit die Leute Bahn fahren, reicht es nicht, Züge zu kaufen, man muss auch Gleise verlegen...

Das ist nicht ganz so. Wir diskutieren Netzausbau in Deutschland schon seit dem Jahr 2004/2005...

Wie kritisch sehen Sie denn die Situation der nächsten Jahre? Wenn nach und nach Atomkraftwerke abgeschaltet werden...

Wir hatten diesen Montag das Thema im Beirat der Bundesnetzagentur, und da wurde deutlich: Es gab diesen Winter keine wirklich kritischen Situationen...

Die Bundesregierung will jetzt, um beim Netzausbau zügig voranzukommen, die Rechtswege verkürzen...

Wenig. Normalerweise haben wir zwei Instanzen im Klageverfahren, und man verkürzt das jetzt auf eine...

Thema Bürgerbeteiligung: Wie sympathisch ist Ihnen der heilige Florian?

Ich kenne keinen, der gerne einen 60 Meter hohen 380-Kilovolt-Mast in seinem Garten oder hinter seinem Haus stehen haben will...

Wie soll das konkret funktionieren? Wir kennen das schon von Windparks und Bürger-Solaranlagen...

»Es geht um die Kabel«

OLIVER KRISCHER Der Energieexperte der Grünen setzt sich für eine transparente Bürgerbeteiligung beim Netzausbau ein



Besatzungszonen, das heißt vier Übertragungsbetreiber. Die arbeiten zwar zusammen, aber nicht unbedingt synergiemäßig...

Aber wäre ein solcher Schritt nicht erst einmal ein großer Aufwand und Zeitverlust?

Wir wollen nicht von heute auf morgen alles ändern. Wir sagen, der Einstieg des Bundes soll über eine Beteiligung bei einzelnen Netzausbauprojekten erfolgen...

Die Bundesregierung beziffert die Kosten für den Netzausbau auf zirka zehn Milliarden Euro. Halten Sie diese Prognose für realistisch und können die Kosten schmerzlos aufgebracht werden?

Die Zahlen, die beim Netzausbau genannt werden, sind immer gigantische Milliardenzahlen. Wenn man dann nachfragt, stellt sich heraus, dass das aufaddierte Zahlen bis 2030 sind...

Das Interview führte Peter Stützel.

Oliver Krischer (43) ist Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Energiepolitik...



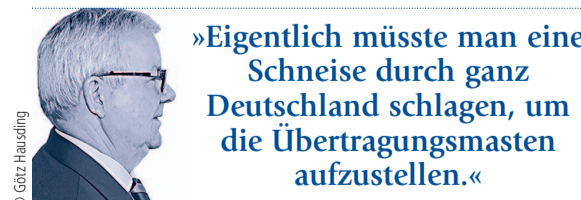
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Lobbyist der Arbeitsplätze: Michael Fuchs

Off-Shore-Windkraftanlagen in der Nordsee kann Michael Fuchs durchaus Gutes abgewinnen. „Da herrscht genug Wind, so dass sich das Ganze auch rechnet“...

Abschaffung aller Befreiungstatbestände für die Industrie „die EEG-Umlage lediglich um rund einen Cent sinken würde“...



»Eigentlich müsste man eine Schneise durch ganz Deutschland schlagen, um die Übertragungsmasten aufzustellen.«

gut geht, könnten schließlich auch Arbeitsplätze geschaffen werden, fügt er hinzu.

Mit seinem unternehmerischen Denken erreicht Fuchs selbst in der eigenen Fraktion nicht immer alle. Beispiel EEG. Die Zahl der Photovoltaik-Anlagen wächst angesichts großer Renditen für die Betreiber weiter...

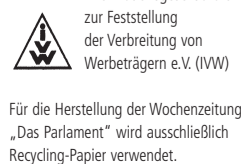
1980 gründete er ein Import-Großhandels-Unternehmen zur Einfuhr von Produkten aus Fernost. Anfang 2000 verkaufte er es – auch weil seine beiden Töchter keine Ambitionen verspürten...

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X
Anschrift der Redaktion (äußer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantwortl.) Franklenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €
Anmeldung zur Redaktion für die Übernahme der Verantwortung der Redaktion durch die Vertretung der Arbeitgeber e.V. (IWW)





In Niedersachsen demonstrieren Anwohner gegen den Bau neuer oberirdischer Stromtrassen.

Bürger unter Strom

NETZAUSBAU Wo die Energiewende mit neuen Hochspannungstrassen konkret wird, formiert sich der Widerstand der Anwohner

Bisher war in Winkelhaid nahe Nürnberg die Welt noch in Ordnung. Zwölf Vollerwerbshöfe gibt es hier, gut zwei Dutzend denkmalgeschützte Bauten, darunter die überregional wichtige Johanniskirche, in der früher Theologiestudenten ihre ersten Probepredigten hielten und für das Seelenheil der Winkelhaider Gläubigen beteten. Doch heute ist es mit dem Seelenfrieden der rund 4.000 Einwohner vorbei. Quer durch ihr Wohngebiet, Richtung Penzenhofen, soll die bereits bestehende 220.000-Volt-Hochspannungsleitung „aufgerüstet“ werden – auf 380.000 Volt. Die in Berlin durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verkündete Energiewende ist schuld und natürlich Fukushima, die Atomkatastrophe in Japan vor ziemlich genau zwei Jahren. Und hier in Winkelhaid, ausgerechnet in Winkelhaid, soll die Energiewende nun konkret werden. Durch eine neue Leitung.

„Für Bürger bedeutet das in einem Bereich von 400 Metern links und 400 Metern rechts der jetzigen Trasse eine massive Erhöhung des Elektromogs, der Lärmbelastung durch Knistern der Leitung und ein unkalkulierbar erhöhtes Gesundheitsrisiko durch Ausfall von Schadstoffen in Windrichtung“, erklärt Walter Hübner, Sprecher der neu gegründeten Bürgerinitiative gegen die „Aufrüstungspläne“ des Netzbetreibers Tennet. Betroffen seien nicht nur die unmittelbar unter und neben den Leitungen wohnenden Winkelhaider, sondern auch die Grundschule in der Penzenhofener Straße und die beiden Kindergärten im Brunnenlehenweg. In der Apcer Straße stehe zudem ein Hochspannungsmast mitten im Kreisverkehr. Vorrangiges Ziel der Initiative sei deshalb die Verhinderung der geplanten „Stromautobahn“ über Winkelhaid. Alternativ fordert man eine Erdverkabelung und/oder eine Verlegung der Trasse aus dem Ort heraus. „Es gibt Alternativen zu den heutigen Freileitungsmasten und zum Trassenverlauf, die die Menschen schützen und die Umwelt weniger belasten“, sagt Hübner. Letztlich laufe alles auf eine reine Kostenfrage hinaus: „Da geht es um die Abwägung, wie viel die Gesundheit der Winkelhaider Bürger wert ist.“

Von Nord nach Süd Szenenwechsel in den Norden: Denn von hier, wo vor allem der Wind zu Land aber auch auf dem Meer kräftig bläst, soll der Strom in den Süden der Republik transportiert werden. Dort sitzen die energiehungrigen Industrien. Doch in Fedderingen, in der „Kirchspielgemeinde“ Eider in Dithmarschen sieht man das anders. Hier ist die Welt ebenso wie im Nürnberger Land in Ordnung. Eigentlich. Und schon immer. Gegen die Dänen hat man hier vor langer Zeit einmal gekämpft. Der berühmteste Einwohner Fedderings, Hans Reimer Claussen, musste deswegen sogar bis nach Amerika auswandern, wo er ausgerechnet in der Prohibitionsgesetzgebung des Staates Iowa ein gewichtiges Wort mitzureden hatte. Heute wird in Fedderingen wieder heftig gestritten – in der Bürgerinitiative „Westküste Trassenfrei“ über die geplante „Stromautobahn“ von Niebüll über Husum nach Heide – mitten durch die

schützenswerte Eider-Treene-Niederung. Von den Planern des Netzbetreibers wird das Gebiet dieser Trasse als eine Region „mit sehr hohem Raumwiderstand“ bezeichnet. Die Fedderingers nehmen dies als Auszeichnung. Im Herbst will man hier eigentlich mit dem Raumordnungsverfahren für die Detailplanung der Strommastentrasse beginnen. Baubeginn soll 2018 sein. Doch bis dahin wird sich der Netzbetreiber durch André Tesch und Jürgen Dithmer von der Bürgerinitiative und ihren Mitstreitern noch einige Nachfragen und vor allem viel Widerstand gefallen lassen müssen.

Im Windland Das gilt besonders auch für Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), den stellvertretenden Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins. Er trägt als erster Minister in Deutschland den Titel „Energiewende-Minister“. „Der Netzausbau ist die Herausforderung der Energiewende schlechthin. Im Windland Schleswig-Holstein lässt sich das wie unter einem Brennglas beobachten“, meint Habeck und treibt in allen Landesteilen Schleswig-Holsteins Netzinfrastrukturprojekte voran, um den boomenden Ausbau der Windenergie auch in den nächsten Jahren fortführen zu können. Keine leichte Aufgabe. „So wichtig der Netzausbau ist – er muss mit den Interessen von Mensch und Natur in Einklang gebracht werden. Das ist ein hartes Stück Arbeit, aber ich bin zuversichtlich, dass es gelingt“, sagt Habeck.

Das aber ist leichter gesagt als getan. Denn nebenan, im Kreis Plön, genauer gesagt in Schwentental/Pohnsdorf haben sie sich in der Bürgerinitiative „Unter Hochspannung“ zusammengeschlossen, um gegen die Pläne für eine neue Energie-Autobahn vom Umspannwerk im ostholsteinischen Göhl bis nach Kiel zu protestieren. Die Trasse soll Ökostrom transportieren – zerstört

Parlamännchen
Politik für Kinder

Strom

Im Dunkeln machen wir das Licht an. Das ist einfach, denn wir haben Strom. Er kommt aus der Steckdose. Aber wie kommt er da rein? Zunächst muss der Strom erzeugt werden. Zum Beispiel, indem man in Kraftwerken Kohle, Öl oder Gas verbrennt. Das ist aber nicht immer gut für die Umwelt. Man kann auch Strom mit Sonne und Wind erzeugen. Dieser Strom ist erneuerbar. Die Sonne scheint ja immer wieder – so wie es immer wieder Wind gibt, der die Windräder drehen lässt. Über lange Kabel wird Strom nach Hause in die Steckdose geleitet. Auf dem Land spannen sich die Kabel auf großen Strommasten. In den Städten und Dörfern sind die Kabel unter der Erde.

nach Worten der Initiative jedoch die Natur. „Wir lassen uns nicht veralbern“, sagt Initiator-Sprecher Malte Graf. Der Pohnsdorfer bekommt Rückenwind vom Landesnaturschutz und SH (LNV): „Das ist eine Trittbrettrasse, die mit der Energiewende nichts zu tun hat“, betont Ragnar Schaefer,

Geschäftsführer des LNV. „Diese Trasse ist nur ein Beispiel von vielen. Im Netzentwicklungsplan Strom sind im gesamten Bundesgebiet jede Menge Trassen eingeplant, die kritisch hinterfragt werden sollten“, fordert Graf.

Im benachbarten Niedersachsen sieht es nicht anders aus: Nicht nur im Nordwesten formiert sich der Widerstand gegen den Ausbau von Hochspannungstrassen. Auch im Südosten wollen Bürgerinitiativen verhindern, dass die Stromleitungen in der Nähe von Städten und Gemeinden gebaut werden und fordern eine Erdverkabelung. Bewohner aus allen 130 Ortschaften im Gebiet der Hochspannungstrasse zwischen Walle (Landkreis Peine) und Mecklar (Landkreis Hersfeld-Rotenburg in Hessen) protestieren. Überall in der gesamten Republik stößt die Energiewende, dort wo sie konkrete Gestalt annimmt, auf teils erbitterten Widerstand. Neue Energien – ja gerne und möglichst sauber. Aber neue Leitungen über meinem Haus – nein danke – so lautet die schlichte Wahrheit. Auch im Rheinland, im Kreis Neuss und hier in der 7.500-Einwohner-Gemeinde Reuschenberg etwa. Zwar steht über dem Haus von Willi Traut bereits heute ein

33 Meter hoher Strommast. Er stand schon immer da, jedenfalls bevor es das Dörfchen Reuschenberg und das Haus von Willi Traut gab. Aber jetzt soll ein neuer Mast, ein so genannter „Monster-Mast“ kommen. Höher und größer. Für 380 Kilovolt ausgelegt. Denn um die bislang geltenden Elektromog-Grenzwerte am Boden bei stärkeren Leitungen einhalten zu können, planen die Betreiber mit bis zu 60 Meter hohen Riesenmasten.

Breite Schneisen Willi Traut ist dagegen. Die Leitung könne gerne in seinem Garten verbuddelt werden, aber nicht weiterhin über seinem Haus hängen, meint er. Und mit ihm die lokale Bürgerinitiative „Pro Erdkabel“, die wiederum auf Landesebene Mitglied bei „Pro Erdkabel NRW“ ist. Alle Argumente, dass die Verlegung eines Erdkabels um ein Vielfaches teurer würde und eine 30 Meter breite Schneise entlang der Kabeltrasse benötige, helfen nichts. Hinzu kämen alle paar Kilometer technisch notwendige Einrichtungen, so genannte Umspannwerke, entlang der Strecke jeweils in Garagengröße. Willi Traut in Reuschenberg ist dennoch gegen die oberirdische Variante. Und mit ihm viele andere Bürger auch. Und sie protestieren – gegen die „Verspargelung“ der Landschaft durch übergroße Windräder, gegen Offshore-Windparks, Biogasanlagen, Solarparks und Stromtrassen. Allein 30 Bürgerinitiativen gegen den Stromtrassenbau gibt es in Brandenburg. Beim Bau einer Trasse vom nordhessischen Mecklar ins niedersächsische Walle gab es im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens in Hessen rund 8.000 Einwendungen. In Niedersachsen waren es sogar 14.000. Als Musterbeispiel für Verzögerungen galt dabei lange Zeit die „Thüringer Strombrücke“. Während Teilschnitte der gut 170

Kilometer langen Strecke nach Bayern bereits fertig sind, gab es im Thüringer Wald selbst seit sage und schreibe zehn Jahren heftigsten Widerstand. Denn hier kämpfen die Anwohner in einer Initiative mit dem Namen „Achtung Hochspannung“. Sie befürchten Umwelterstörungen in dem Naturpark und Schäden für den Tourismus. Doch im benachbarten Bayern wird der Strom aus Thüringen schon bald dringend gebraucht, dann nämlich, wenn 2015 das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht. Die für dieses Jahr vorgesehene Inbetriebnahme der Stromautobahn ist schon lange nicht mehr zu halten gewesen – „aufgrund der Komplexität der Verfahren“, wie die Bundesnetzagentur beklagt. Dass einige Kommunen sich zudem an den Kosten für Gerichtsverfahren gegen das Projekt beteiligen, trägt ebenfalls nicht gerade zur Vereinfachung bei. Bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sind die Bürger von „Achtung Hochspannung“ gegangen, damit ihre Proteste endlich irgendwo Gehör fanden. Vor kurzem erging wieder die Richter ihre Einsprüche ab. Die Leitung darf nun doch – endlich – gebaut werden.

Für Frank Weber, den energiepolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, ist dies ein Meilenstein in der Rechtsprechung, da der Richterspruch Prä-

zedenwirkung entfalten könne: „Der Netzausbau ist unumgänglich, wenn die Energiewende hin zu einer klimaschonenden und risikoarmen Energieversorgung gelingen soll“, erklärt Weber.

Entschädigungen Und die kostet viel Geld. Sehr viel Geld. Von dem man vielleicht auch ein wenig abhaben könnte, meint zum Beispiel Winfried Hanft, Landwirt aus Rödental-Unterwolsbach in der Nähe von Coburg. Über seine Felder soll eine dieser neuen Leitungen gehen. Das Planfeststellungsverfahren steht kurz vor dem Abschluss. Erst dann darf der Netzbetreiber, die Tennet, mit dem Bau der umstrittenen Stromtrassen beginnen. Als Entschädigung ist für die Eigentümer eine einmalige Ausgleichszahlung vorgesehen. Dagegen wehrt sich der Bauernverband. „Wir wollen den jährlichen Ausgleich. Ein Jungbauer, der das Grundstück in 20 Jahren von seinem Vater übernimmt, hat doch nichts von einer Einmalzahlung“, so Hans-Jürgen Rebelein vom Bayerischen Bauernverband. Man habe deshalb deutschlandweit die Rahmenvereinbarung über Entschädigungen gekündigt und denkt nach. Würüber ist klar: über einen Musterprozess. Christoph Birnbaum

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.

Lange Leitung

TRASSEN Der Ausbau der »Stromautobahnen« stockt

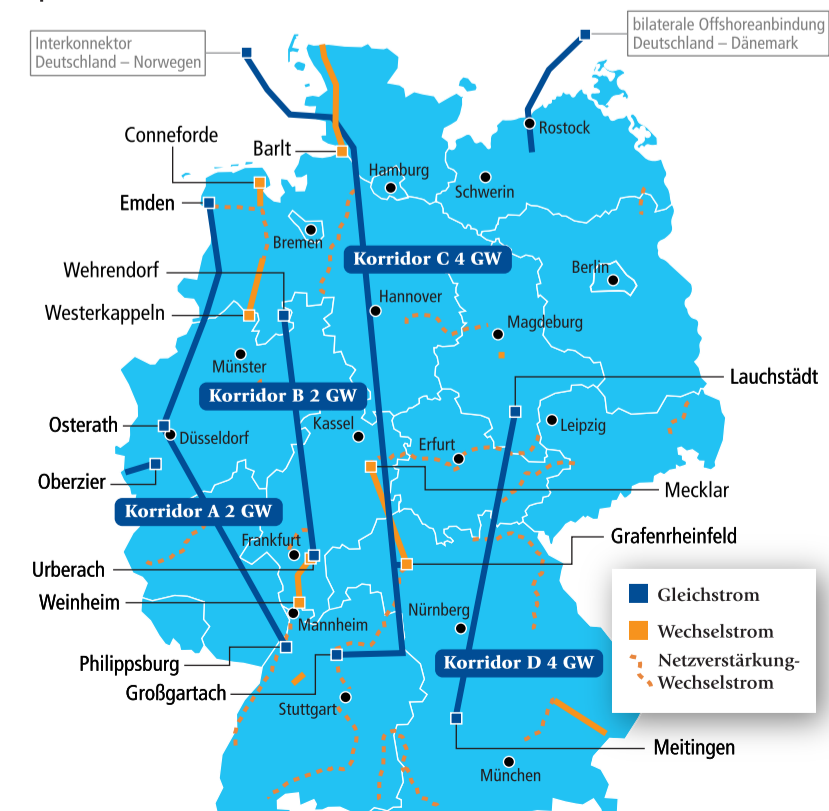
Eine Momentaufnahme vom anderen Ende der Erde, so hatte es den Anschein, brachte die Energiewende in Deutschland schneller ins Rollen als jahrzehntelange Anti-Atomkraft-Demonstrationen. Unter dem Eindruck des Reaktorunglücks in Fukushima beschloss die Bundesregierung im Sommer 2011 im Rekordtempo den Atomausstieg bis 2022 und die Kehrtwende hin zu erneuerbaren Energien. Nun hapert es an der Umsetzung. Zwar wächst der Anteil des grünen Stroms, aber der Ausbau der Stromnetze hält nicht Schritt. 36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen hält die Bundesregierung für nötig. „Um das Verfahren zur Realisierung der Vorhaben zu beschleunigen, wird weiterhin eine Rechtswegverkürzung herbeigeführt“, schreibt die Regierung in ihrem Entwurf eines „Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze“ (17/12638), über den die Abgeordneten vergangene Woche in erster Lesung berieten.

Mit dem „Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz“ (NABEG), das bereits vom Bundestag beschlossen wurde, wurde dabei die Planungskompetenz an die Bundesnetzagentur in Bonn übertragen. Ähnlich des Eisenbahn-Bundesamtes soll der Ausbau so zentralisiert und damit vereinfacht werden. Rund 240 zusätzliche Beamte wurden für diese Aufgabe eingestellt. Die vier „Stromautobahn“-Betreiber Tennet, Amprion, 50Hertz und TransnetBW speisen zur Zeit den Großteil des Stroms in das bestehende deutsche Stromnetz ein und verteilen ihn anschließend über lange Distanzen.

Hinzu kommen bundesweit 869 Verteilernetzbetreiber, darunter viele Stadtwerke, die den Strom vor Ort zum Verbraucher bringen. Der Bundesbedarfsplan ist künftig die Voraussetzung für die Durchführung von verkürzten Planungs- und Genehmigungsverfahren mit vorgeschalteter Bürgerbeteiligung – ein Verfahren, das manche Juristen wegen geringerer Anwohnerrechte kritisch sehen. Die Großplanungen für vier neue, verstärkte Gleichstromtrassen sehen dabei wie folgt aus: Von Emden (Niedersachsen) nach Osterath in Nordrhein-Westfalen und von dort nach Philippsburg in Baden-Württemberg. Eine weitere Trasse ist von Wehrendorf (Niedersachsen) nach Urberach (Hessen) geplant. Zudem soll eine „Stromautobahn“ von Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg und Bayern führen. Die vierte große Gleichstromtrasse soll vom ostdeutschen Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nach Meitingen (Bayern) verlaufen. Fix sind bisher nur die Start- und Zielpunkte, diese werden nach technischen Begebenheiten, wie großen Umspannwerken ausgewählt. Der genaue Trassenverlauf soll nach den Bürgerkonsultationen festgelegt werden. Insgesamt müssen rund 2.800 Kilometer Stromleitungen neu verlegt, 2.900 Kilometer bestehende Leitungen müssen „verstärkt“ werden. cb

Netzausbau für die Energiewende bis 2023

Geplante Korridore zum Aus- und Neubau von Stromtrassen in Deutschland



Quelle: Netzentwicklungsplan.de, FNN/VDN, ÜNB (Übertragungsnetzbetreiber)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Andreas Meyer, Vorsitzender des Bundes Contergan-Geschädigter, kämpft dafür, dass die Herstellerfirma Grünenthal für alle entstandenen Schäden der Opfer aufkommen muss.

Grüne: Mehr Hilfe für Queere

FAMILIE Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert mehr Unterstützung für sogenannte queere Jugendliche. In einem Antrag (17/12562), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in die Ausschüsse überwies, fordert sie die Bundesregierung auf, einen nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie vorzulegen und auf die Bundesländer einzuwirken, entsprechende Aktionspläne auch auf Länderebene aufzustellen. Nach Ansicht der Grünen werden Jugendliche, „die ein Coming-out als Lesbe, als Schwule oder als Trans durchlaufen oder ihre Intersexualität entdecken“, in der Gesellschaft häufig diskriminiert. Für viele Jugendliche verläufe ihr Coming-out im Elternhaus, in der Schule und im Freundeskreis problematisch. Sie seien deshalb signifikant stärker selbstmordgefährdet als ihre heterosexuellen Altersgenossen. Die Grünen fordern spezialisierte Beratungsstellen für queere Jugendliche sowie Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte und Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu dieser Problematik. Zudem müsse geprüft werden, wie eine ausreichende Zahl von Notunterkünften für von Obdachlosigkeit bedrohte queere Jugendliche bereitgestellt werden können. Die Grünen sprechen sich ferner für ein Verbot von geschlechtszuweisenden Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen ohne deren ausdrückliche Einwilligung aus. **aw**

Kritik an Nachzugsrecht

INNERES Die Grünen-Fraktion dringt auf Änderungen am Nachzugsrecht für minderjährige Kinder. Es enthalte „verschiedene Vorschriften, die das Zusammenleben in der (nichtdeutschen) Familie erheblich erschweren und damit dem Kindeswohl entgegenstehen“, schreibt die Fraktion in einem Antrag (17/12395), mit dem sich der Bundestag vergangene Woche erstmals befasste. Probleme gebe es insbesondere „bei dem Nachzug von über 16-jährigen Kindern sowie bei Kindern von Personen mit einem humanitären Aufenthaltstitel und getrennt lebenden Elternteilen, die die Personensorge gemeinsam ausüben“. Weiter heißt es in der Vorlage, in Deutschland werde der Nachzug von minderjährigen Kindern zu ihren hier lebenden Eltern ab dem Alter von 16 Jahren in der Regel davon abhängig gemacht, „dass das Kind die deutsche Sprache beherrscht oder gewähleistet erscheint, dass es sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann“. Mit dieser Regelung sei Deutschland innerhalb der EU isoliert, schreiben die Abgeordneten. Nach ihrem Willen soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, um diese „Integrationsbedingungen für über 16-jährige Kinder beim Nachzug aufzuheben“. Auch soll der Gesetzentwurf unter anderem den Anspruch auf Kindermachzug auf getrennt lebende Elternteile erweitern, die das Sorgerecht gemeinsam ausüben, sofern der andere Elternteil der Zusammenführung zugestimmt hat. Ferner soll die Regierung der Vorlage zufolge unter anderem festlegen, dass DNS-Abstammungsgutachten in Verfahren zum Kindesnachzug „nur in sehr engen Grenzen als ultima ratio nach Ausschöpfung aller weniger belastenden Beweismittel durchgeführt werden“. **sto**

Im Zeichen des Respekts

CONTERGANSKANDAL Bund soll jährlich 120 Millionen Euro mehr für die Opfer zur Verfügung stellen

Dieses Thema eignet sich nicht zur parteipolitischen Profilierung.“ An diese Leitlinie der SPD-Parlamentarierin Marlene Rupprecht hielten sich die Vertreter aller Fraktionen am vergangenen Donnerstag in der Debatte über die geplante Novellierung des Conterganstiftungsgesetzes. An der Sache orientiert und ohne die sonst üblichen politischen Polemiken und Attacken diskutierten die Fraktionen den von CDU/CSU, SPD und FDP vorgelegten Gesetzentwurf (17/12678). Dieser sieht im Kern eine Erhöhung der Renten und Hilfsleistungen um jährlich 120 Millionen Euro an die Opfer eines der größten Arzneimittelskandale in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor. Im Oktober 1957 hatte die Firma Grünenthal das thalidomidhaltige Schlafmittel Contergan auf den Markt gebracht. Drei Jahre später stellte sich heraus, dass das Medikament zu schweren Fehlbildungen der Gliedmaßen, Schädigungen der Augen und der inneren Organe bei Säuglingen führen kann, wenn es von Müttern während der Schwangerschaft eingenommen wird. Zwischen 1958 und 1962 überlebten in der Bundesrepublik unter den geschädigten Kindern bei einer Sterberate von rund 40

Prozent etwa 5.000 Kinder die Geburt mit teils schwersten Schädigungen. Das Strafverfahren gegen Grünenthal wurde jedoch 1970 eingestellt. In der Folge gründete die Bundesrepublik 1972 die Conterganstiftung, um die geschädigten Kinder zu versorgen. Die Firma Grünenthal beteiligte sich mit 100 Millionen Mark an der Stiftung. „Das Leid und die Schmerzen können wir als Staat nicht ungeschehen machen, aber wir können immerhin versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten dahin gehend zu helfen, dass der Alltag leichter wird und dass diejenigen, die unterstützungstätig werden, besser entlastet“ werden, betonte die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion Dorothee Bär (CSU). Diesen Alltag der Conterganopfer hatte das Gerontologische Institut der Universität Heidelberg im Auftrag des Bundestags untersucht. Das Ergebnis der Studie, die dem Bundestag im Januar übergeben wurde, sei „noch viel schlimmer“ ausgefallen, „als wir gedacht hatten“, räumte Rupprecht ein. „Im Bericht steht, dass der Körper eines 50-jährigen Contergangeschädigten so abgenutzt ist wie der Körper eines 80-jährigen.“ Der Bundestag müsse deshalb tatkräftig handeln, forderte sie.

Nicole Bracht-Bendt, FDP-Sprecherin für Seniorenpolitik, zählte exemplarisch auf, welchen speziellen Belastungen Conterganopfer ausgesetzt sind: „Sein Leben lang mit den Füßen zu essen, die Haare mit den Füßen zu waschen, Flaschen mit den Zähnen zu tragen und zu öffnen, mit den schweren Gehprothesen aus dem Rücken heraus zu laufen: Dies alles bleibt natürlich nicht ohne Folgen.“ Die Hälfte der rund 2.700 Conterganopfer sei rund um die Uhr pflegebedürftig, viele litten unter Depressionen, über zwei Drittel müssten vor Erreichen des Rentenalters aus dem Beruf ausscheiden. „Weil ihre Körper den jahrzehntelangen Belastungen nicht mehr standhalten“, führte Bracht-Bendt an.

Erhöhung der Renten Die 120 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellen soll, verteilen sich auf zwei Töpfe. Rund 90 Millionen Euro sind für eine Erhöhung der monatlichen Conterganrente eingeplant: Sie soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2013 von derzeit maximal 1.152 Euro auf maximal 6.912 Euro steigen. Die Höhe der Rente ist abhängig vom jeweiligen Schädigungsgrad. Weitere 30 Millionen Euro sind zur Deckung spezifischer Bedarfe der Geschädigten vorgesehen. Dazu gehören etwa Rehabilitationsleistungen, Heil- und Hilfsmittel oder zahnärztliche Behandlungen. Besser gestellt werden sollen auch die Angehörigen der Contergangeschädigten. So sollen unterhaltspflichtige Angehörige von den Trägern der Sozialhilfe finanziell nicht in

die Pflicht genommen werden, wenn die Contergangeschädigten Sozialhilfe erhalten. Die Angehörigen – Eltern, Kinder, Ehegatten oder eingetragene Lebenspartner – seien schließlich ohnehin erheblich belastet, heißt es in der Gesetzesvorlage. Die Novelle regelt zudem, dass alle Leistungen ausländischer Staaten an contergangeschädigte Menschen künftig auf die Leistungen der deutschen Conterganstiftung angerechnet werden. Ausgenommen davon sollen allerdings die jährlichen Sonderzahlungen sein, die seit 2009 geleistet werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass die im Ausland lebenden Betroffenen besser gestellt sind als die in Deutschland lebenden. Von den derzeit 2.700 Leistungsberechtigten nach dem Conterganstiftungsgesetz leben derzeit rund zehn Prozent im Ausland. Nach Angaben der Conterganstiftung werden in mindestens zehn weiteren Staaten Leistungen an Contergangeschädigte gezahlt.

Nachbesserung gefordert Trotz der prinzipiellen Einigkeit über die Zielsetzung der Gesetzesnovelle sehen die Oppositionsfraktionen Nachbesserungsbedarf. Ilja Seifert, behindertenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, kritisierte, dass der Fonds für die spezifischen Bedarfe bei 30 Millionen Euro jährlich gedeckelt ist. „Was wollen Sie tun, wenn im September eines Jahres noch jemand einen nachweisbar erforderlichen Betrag beantragt, aber kein Geld mehr vorhanden ist? Wollen Sie dann sagen: Ihr muss

warten bis zum nächsten Jahr?“, fragte er in die Reihen der Regierungskoalition. Seifert bemängelte zudem die bestehenden Ausschlussfristen. Geschädigt seien die betroffenen Menschen schließlich von Geburt an. Die Höhe der Leistungen werde aber erst ab Antragstellung berechnet. Auch der behindertenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Markus Kurth, will die Gesetzesvorlage nachbessern. Er kritisierte, dass ausgerechnet die Opferverbände, die die geschädigten Menschen kompetent beraten würden, im Gegensatz zu Ärzten, Kliniken und Pflegedienst keine Mittel aus dem Fonds für die speziellen Bedarfe erhalten sollen. Dies sei nicht einleuchtend, argumentierte Kurth. Nachverhandeln über das Gesetz möchte auch die SPD, die den Gesetzentwurf gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen eingebracht hat. So müssten die Antragsverfahren für Mittel aus dem Fonds für spezielle Bedarfe im Sinne der Menschen deutlich vereinfacht werden, forderte Marlene Rupprecht. Ebenso wie Kurth sprach sie sich zudem für transparentere Strukturen in der Conterganstiftung aus. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hielt der Kritik entgegen, „dass die Mehrheit der contergangeschädigten Menschen die neuen Regelungen richtig findet“. Die Gesetzesnovelle bedeute für die Betroffenen mehr Hilfe, mehr Respekt und mehr Gerechtigkeit. Dies sei „mehr als einfach nur mehr Geld“. **Alexander Weinlein**



»Der Bundestag muss handeln, und er muss tatkräftig handeln.«
Marlene Rupprecht (SPD)

Schwule und Lesben können weiter hoffen

HOMOSEXUALITÄT Bundestag debattiert Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe

Vielleicht hat es am Geist des neuen Paps- tegelegen. Oder aber am beginnenden Wahlkampf. Auf jeden Fall aber hat der Bundestag mit Koalitionsmehrheit das Thema Homo-Ehe verabschiedet. Bis zur neuen Legislaturperiode erst einmal.

Warten auf Karlsruhe Die Union warte jetzt zunächst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe ab. Da Karlsruhe sein Urteil voraussichtlich erst im Juni verkünden werde, sei davon auszugehen, dass es schon aus Zeitgründen in diesem Jahr keine gesetzliche Regelung mehr gebe, informierte Fraktionschef Volker Kauder (CDU) vergangene Woche die Medien. Dies hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auch bereits verkündet. Sehr zum Unmut der Oppositionsfraktionen – und des Koalitionspartners, der FDP-Fraktion. Ihr Abgeordneter Michael Kauch verkündete, ebenfalls über die Medien, dass die Liberalen die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft mit der Ehe befürworten. Außerdem solle die Entscheidung in Berlin getroffen und nicht Karlsruhe überlassen werden. Immerhin war das Thema am Donnerstag der zurückliegenden Woche Thema im

Bundestagsplenum. Volker Beck, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte fest: „Dass hier Menschen für ihre Rechte streiten und andere diesen Kampf unterstützen, ist kein Meinungssterror, sondern eine wichtige gesellschaftspolitische Diskussion.“ „Man sollte Zwischenfragen von Ihnen nicht mehr zulassen“, erklärte sein Kon-

trahent Norbert Geis (CSU) an Beck gerichtet, „denn Sie nutzen jede Gelegenheit, um hier Ihre Meinung zu deklamieren. Sie stellen ja gar keine wirklichen Fragen.“ Der Debatte lagen vier Vorlagen der Grünen-Fraktion zugrunde: ein Entwurf „zur abschließenden Beendigung der verfassungswidrigen Diskriminierung eingetra-

gener Lebenspartnerschaften“ (17/12676), einer „zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und anderer Gesetze im Bereich des Adoptionsrechts“ (17/1429) und der „zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ (17/12677).

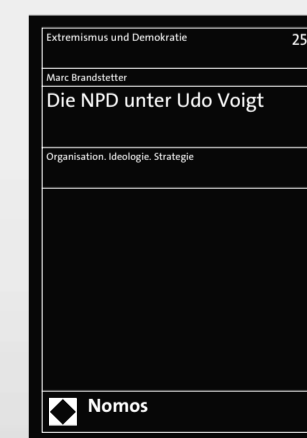
Sukzessive Adoptionen Hinzu kam noch ein Antrag mit der Forderung, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2013 umzusetzen (17/12691). An diesem Datum hatte Karlsruhe entschieden, „dass das Verbot der sukzessiven Adoption durch Lesben und Schwule mit dem Grundgesetz unvereinbar ist“, erklären die Grünen in der Vorlage. Deshalb fordern sie in dem Antrag die Bundesregierung auf, die Adoptionsmöglichkeiten von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften anzugleichen. Die Vorlagen wurden im Anschluss an die Debatte an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. **ver**



Travestiekünstler Oliver Knöbel alias Olivia Jones ist ein Befürworter der Homo-Ehe

Anzeige

Extremismus und Demokratie



Die NPD unter Udo Voigt
Organisation. Ideologie. Strategie
Von Dr. Marc Brandstetter
2013, Band 25, 402 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8329-7083-3

Der innere Widerspruch der NPD ist der versuchte Spagat zwischen außenparlamentarischer Opposition sowie vermeintlich seriös-bürgerlicher Protestpartei und wird oft übersehen. Nicht so in diesem Buch, das einen Überblick über die Amtszeit des fünften NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt bietet. Im Gegensatz zu anderen Autoren geht der Verfasser der wortgewaltigen NPD-Propaganda aber nicht auf den Leim und trägt damit zu ihrer Entmythologisierung bei.

»Kurzum, die kommende Beschäftigung mit der Partei hat mit Brandstetters Buch ein solides Grundlagenwerk zum Thema erhalten.«

Armin Pfahli-Traugbber, www.hpd.de/Januar 2013

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/14210



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die EU-Parlamentarier erteilen den von den Mitgliedstaaten erzielten Kompromiss zum Budget „in seiner gegenwärtigen Form“ eine Absage.

Bildung als Schlüssel

ENTWICKLUNG Die SPD-Fraktion ist mit ihrer Initiative gescheitert, Bildung und Ausbildung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Ein entsprechender Antrag (17/11492, 17/6484) fand vergangene Woche keine Mehrheit im Bundestag. In der Initiative hieß es, vor allem Mädchen, Kinder mit Behinderung und Kinder ethnischer Minderheiten seien beim Bildungszugang benachteiligt. Deshalb müssten sich nationale Bildungsstrategien und die internationale Zusammenarbeit auf diese Gruppen konzentrieren, um chancengleichen Zugang zu Bildungssystemen auf allen Stufen zu etablieren.

Anette Hübinger (CDU) sagte, es sei besorgniserregend, dass 61 Millionen Kinder weltweit keine Grundschule besuchen und von 650 Millionen Kindern im Grundschulalter 120 Millionen Kinder nicht die vierte Klasse erreichen. Eine „riesige Herausforderung“ nannte Harald Leibrecht (FDP) diese Zahlen. Bärbel Kofler (SPD) verwies darauf, dass keines dieser Kinder lesen und schreiben könne. „Das muss uns doch sorgen und zu Anstrengungen beflügeln“, sagte die Abgeordnete. Niema Movassat (Die Linke) machte darauf aufmerksam, dass derjenige, der nicht lesen und schreiben kann, eher von Armut betroffen sei. Nicht nur der Zugang zu Bildung, sondern auch die Qualität von Bildung müsse verbessert werden, sagte Ute Koczy (Grüne). *bob/che*

Hilfe für Opfer von Halabja

AUSWÄRTIGES Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung auf, auch weiterhin Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen zur medizinischen und psychologischen Nachsorge der Opfer von Halabja (Irak) und ihrer Angehörigen bereitzustellen. Der Antrag (17/12684) fand am vergangenen Donnerstag auch die Zustimmung der Fraktion Die Linke. Die SPD stimmte gegen den Initiative; Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Nach Auffassung von Union und Liberalen sei weiterhin ein „signifikanter Beitrag“ zu leisten, um die immer noch vorhandenen Leiden der Betroffenen zu lindern. Am 16. März dieses Jahres jährte sich zum 25. Mal der Giftgasangriff durch Saddam Hussein auf die kurdische Stadt Halabja. Etwa 5.000 Menschen starben damals, weitere Tausende wurden verletzt, viele leiden bis heute unter den Folgen.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen scheiterten zu diesem Thema mit einem gemeinsamen Antrag (17/12685). CDU/CSU und FDP waren dagegen; die drei Oppositionsfraktionen dafür. Nicht besser erging es einer Initiative der Fraktion Die Linke (17/12692). Die Koalitionsfraktionen und die SPD votierten dagegen; die Grünen enthielten sich. Alle fünf Fraktionen erwarten von der Bundesregierung, sich weiterhin für die Ächtung von Chemiewaffen einzusetzen. Wie auch schon die Koalitionsfraktionen („tiefes Bedauern“) weist die Opposition darauf hin, dass die Verbrechen in Halabja mit Giftgas verübt wurden, dessen Herstellung höchstwahrscheinlich mit illegalen Lieferungen deutscher Firmen ermöglicht wurde. Die Linke fordert angesichts dieser Mitverantwortung deutscher Firmen und indirekt auch der damaligen Bundesregierung Entschädigungen und humanitäre Hilfe für die Überlebenden. *bob*

Kraftprobe in Krisenzeiten

EU Das Europaparlament lehnt den EU-Finanzrahmen bis 2020 ab. Das Volumen ist allerdings unstrittig

Das Europäische Parlament hat die EU-Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 abgelehnt und den EU-Mitgliedsstaaten klar signalisiert, dass es seine neu gewonnenen Kompetenzen in Sachen Haushalt ernst nimmt. Vergangene Woche stimmten die Europa-Abgeordneten in Straßburg mit großer Mehrheit gegen den Haushaltskompromiss, den die 27 Staats- und Regierungschefs Anfang Februar nach zähem Ringen erreicht hatten. Allerdings wollen die Abgeordneten die Finanzplanung nicht komplett aufschmähen. Das geplante Volumen von 960 Milliarden Euro stellen sie nicht in Frage. Ursprünglich hatten die Parlamentarier – wie auch die EU-Kommission – für eine deutliche Aufstockung des EU-Haushaltes plädiert. Der erzielte Kompromiss sieht dagegen vor, dass der EU-Haushalt erstmals real schrumpft.

„Das ist sicher ein guter Tag für die europäische Demokratie.“ Die EU-Kommission hat die Mitgliedsstaaten im Rat und das Europäische Parlament nun aufgefordert, die Verhandlungen „zügig“ aufzunehmen. Erste informelle Verhandlungen zwischen einer Gruppe von Abgeordneten und der irischen Ratspräsidentschaft sollen noch vor Ostern stattfinden. Im Idealfall werden die Abgeordneten im Juni oder Juli über eine nachgebesserte Haushaltsplanung abstimmen, so dass der Finanzrahmen pünktlich zum Jahresbeginn 2014 in Kraft treten könnte. In der verabschiedeten Entschließung fordern die Europa-Abgeordneten einen „zeitgemäßen, auf die Zukunft ausgerichteten, flexiblen und transparenten Haushalt“. Der FDP-Europa-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff betonte, es gehe „nicht um mehr Geld für die EU, sondern darum, dass das Geld der Steuerzahler sinnvoller ausgegeben wird.“ Die Mitgliedsstaaten hatten beim Gipfel im Februar vor allem die in die Zukunft gewandten Investitionen zusammengestrichen, weil es keinen Konsens gab, etwa die Ausgaben für Landwirtschaft stärker zu beschneiden. Dass die Mitgliedsstaaten bei den Verhandlungen rein auf die nationale Netto-Position geachtet und das Potenzial grenzüberschreitender Politikinitiativen vernachlässigt haben, stieß im Europäischen Parlament auf heftige Kritik. „27 nationale Egoismen schaffen keinen europäischen Mehrwert, Wachstumspulse und Wettbewerbsfähigkeit in Europa“, monierte Jutta Haug (SPD), stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Der Vorsitzende der Fraktion der Konservativen im Europäischen Parlament, der Franzose Joseph Daul, betonte, dass es dem Parlament ausdrücklich darum geht, in den bevorstehenden Verhandlungen „das europäische Interesse“ zu verteidigen. Konkret streben die Europa-Abgeordneten an, dass die Haushaltsmittel künftig flexibler genutzt werden können. Werden Beträge nicht genutzt, so sollen sie nicht wie bisher wieder an die EU-Mitgliedsstaaten zurückfließen, sondern auf die folgenden Jahre

übertragen werden. Außerdem wollen die EU-Parlamentarier die mittelfristige Haushaltsplanung nach der Europawahl 2014 grundlegend überarbeiten. Bei beiden Punkten haben die Staats- und Regierungschefs Kompromissbereitschaft signalisiert. Die Europa-Abgeordneten hoffen vor allem, dass es auf der Einnahmeseite zu Änderungen kommt. Rabatte würden sie gerne komplett abschaffen. Beim Kompromiss vom Februar war die Zahl der Sonderregelungen von aktuell 38 auf künftig 50 erhöht worden. „Ohne Rechtsgrundlage ist die Zustimmung hinter verschlossenen Türen erkaufte worden“, kritisiert Haug. „Das geht nicht und gehört dringend auf den demokratischen Prüfstand.“ Ohnehin setzt sich das Europäische Parlament dafür ein, dass alle EUAusgaben tatsächlich auch über den EU-Haushalt finanziert werden sollen, weil nur auf diesem Wege gesichert sei, dass die Ausgaben demokratisch kontrolliert werden. Um besonders starken Druck auf die Mitgliedsstaaten auszuüben, wollen die Europa-Abgeordneten die Verhandlungen nicht aufnehmen, ehe die unbezahlten Rechnungen aus dem vergangenen Jahr beglichen worden

sind. Ende 2012 beliefen sich die ausstehenden Beträge auf 217,3 Milliarden Euro. In diesem Jahr könnte dieser Rekordwert noch übertroffen werden, wenn die EU-Mitgliedsstaaten keinem Nachtragshaushalt zustimmen. Sollten die Rechnungen mit den für dieses Jahr vorgesehenen Mitteln beglichen werden, dann würde die EU Schulden vor sich herschieben. „Artikel 310 des Vertrags verbietet ein Europäisches Haushaltsdefizit“, sagt Daul. „Das Parlament kann daher nicht akzeptieren, dass wir uns seit 2013 in einer Defizitsituation befinden.“

Spardruck Forderungen nach einem Nachtragshaushalt haben die EU-Mitgliedsstaaten bisher abgelehnt und dies mit dem nationalen Sparzwang abgelehnt. „Es ist absurd, dass sich die Kommission künftig verschulden soll, während die Mitgliedsstaaten sich immer strengere Regeln zum Schuldenabbau geben“, urteilt Alexander Graf Lambsdorff. Wenn Länder auf den nationalen Spardruck verweisen, empfinden das viele in Europäischen Parlament ohnehin als verlogen. „94 Prozent der Ausgaben fließen in die Mitgliedsstaaten zurück oder gehen in die gemeinsame Außenpolitik“, sagt Helga Trüpel, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament. Das EU-Budget komme allen voran den Mitgliedsstaaten zugute und nicht den EU-Institutionen. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Brüssel-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“.



»27 nationale Egoismen schaffen keinen Mehrwert für Europa.«
Jutta Haug (SPD)



»Es geht nicht um mehr Geld für die EU.«
Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.
www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

EU-Gipfel überspielt Streit um Sparpolitik

EUROPA Die Auffassungen über den künftigen Kurs in der Wirtschaftspolitik gehen weiterhin erheblich auseinander

Es war ein EU-Gipfel ohne konkrete Beschlüsse - und ohne offenen Streit. Die 27 Staats- und Regierungschefs vermieden bei ihrem Treffen am vergangenen Donnerstag und Freitag in Brüssel eine direkte Konfrontation zum künftigen Kurs in der europäischen Wirtschaftspolitik. Durch weiche, interpretationsfähige Formulierungen im Abschlusscommuniqué wie „differenzierte, wachstumsfreundliche Haushaltsanierung“ versuchten sie die Divergenzen zu überspielen.

„Wir haben heute, in einer sehr einvernehmlichen Diskussion deutlich gemacht, dass Konsolidierung, Strukturreformen und Wachstum keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen“, beschrieb Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Debatte. Das klingt harmonisch. Die Aussagen anderer Gipfelteilnehmer zeichnen allerdings ein anderes Bild. Sowohl Frankreichs Präsident François Hollande als auch der scheidende Ministerpräsident Mario Monti sprachen sich für mehr Flexibilität bei den

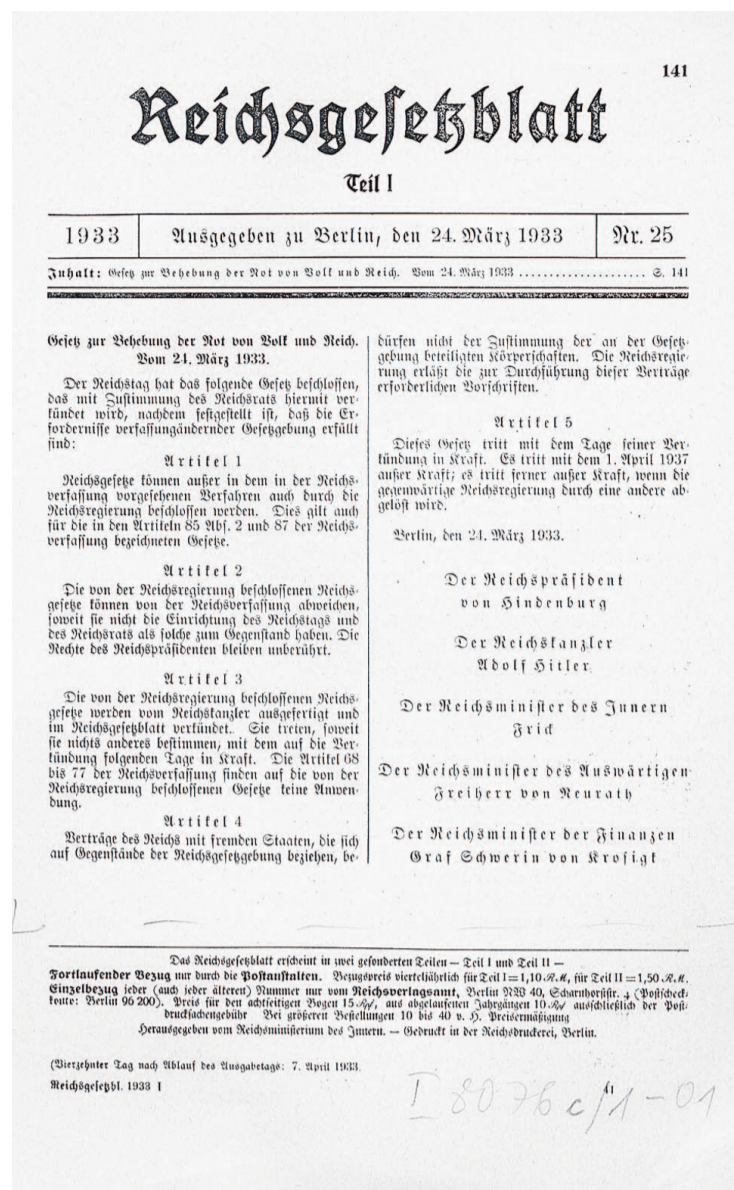
Sparausgaben aus. Der kürzlich abgewählte Monti warnte explizit, dass ein zu schnelles Reformtempo den Widerstand der Wähler auslöse. Er beobachte, dass „die öffentliche Unterstützung für Reformen und, noch schlimmer, für die Europäische Union dramatisch abnimmt“. Frankreichs Präsident Hollande möchte ganz konkret mehr Zeit für die Haushalts-

konsolidierung bekommen. Gerade erst hat er eingestanden, dass Frankreich in diesem Jahr das Defizitziel von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts verfehlen und bei 3,7 Prozent landen wird. Hollande, dessen Beliebtheit nach zehn Monaten im Amt mit nur 30 Prozent niedriger ist als die seiner drei Vorgänger, hofft auf die Milde der EU-Kommission.

Monti äußerte erneut den Wunsch, dass öffentliche Investitionen, die langfristig zu Wachstum führen, bei der Defizit- und Schuldenberechnung anders behandelt werden sollen als andere Staatsausgaben. Der finnische Premier Jyrki Katainen wies dies zurück, da es in der Praxis schwierig sei, den Unterschied zu definieren. In der Abschlussklärung findet sich jedoch ein vage Formulierung dazu wieder, die französische und italienische Diplomaten als positiv bewerten. Das Thema Arbeitslosigkeit war ein zentrales Thema beim Gipfel. Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte Zahlen mitgebracht, die das Ausmaß der Krise am Arbeitsmarkt belegen. In Griechenland und Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent. Ratspräsident Herman Van Rompuy betonte jedoch, dass Wachstum - eine Voraussetzung für mehr Jobs - sich von den Regierungen nicht kaufen oder bestellen lassen könne. Sie müssten die Voraussetzung dafür schaffen. Mögliche Faktoren für mehr Wachstum werden sich die europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihren kommenden Gipfeln im Detail ansehen. Im Juni wollen sich die Staats- und Regierungschefs die Vertiefung der Währungsunion vorantreiben, ein Thema, bei dem die unterschiedlichen Ansätze in der Wirtschaftspolitik erneut aufbrechen werden. *sw*



Bundeskanzlerin Merkel (rechts) im Gespräch mit dem griechischen Premier Samaras



Am 23. März 1933 stimmte eine Mehrheit im Reichstag für das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ und ebnete damit den Weg in die nationalsozialistische Diktatur.

Von der Last des Gewissens

ERMÄCHTIGUNGSGESETZ Vor 80 Jahren stimmte auch Theodor Heuss für Hitlers Griff zur Macht

Es passiert wohl selten in der parlamentarischen Praxis, dass ein Abgeordneter bereits im Moment seines Votums dessen nachhaltige Wirkung vollends zu überblicken vermag. Wie sollte er auch. Milliarden schwere Rettungspakete für Banken und Staaten, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr mit unübersehbaren Implikationen, aufwändige Sozialprogramme ohne Folgebewertung – und dies nicht selten unter ungeheurem Zeitdruck: Stets die profunde Kompetenz eines Willensaktes zu besitzen, grenzt an menschliche Überforderung. Dennoch wird dieses Dilemma des Parlamentarier-Daseins zumeist tabuisiert. „Verkämmerung“ bis zu reinen „Abnicken“, fragte sich als einer der wenigen der sozialdemokratischen Abgeordnete Marco Bülow, als er über seinen schleichenden „Einflussverlust“ sinnierte.

Absolute Macht Da erging es dem liberalen Reichstagsabgeordneten Theodor Heuss im Frühjahr 1933, also vor 80 Jahren, kaum anders. Als er bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März seinen Wahlzettel in die Urne warf: Konnte er wirklich ermessen, was Hitler aus diesem Votum machen würde? Dennoch beschlich ihn unmittelbar das heikle Gefühl, dass „ich dieses Ja nie mehr aus meiner Lebensgeschichte auslöschen könne“. Gewiss herrschten damals politisch hektische Tage in Berlin. Die Nazis versuchten die „nationale Revolution“, wie sie ihre Machteroberung im Staat enthusiastisch verkündeten, in totalitären Strukturen zu gießen. Sie wollten, wie Joseph Goebbels über das Ermächtigungsgesetz notierte, eben „plein pouvoir“, freie Hand. Machtsprüche mit solchem absoluten Vorzeichen stellen für Parlamentarier die extremsten Herausforderungen dar, da sie das Gewissen nicht nur tangieren, sondern belasten. Und Heuss hatte dafür eine Empfindung. Denn die Ereignisse dieses Frühjahrs hatten ihm reichlich Anschauungsmaterial geliefert.

Als am 30. Januar 1933 im Abendlicht die SA-Truppen mit brennenden Fackeln durch das Brandenburger Tor und die Wilhelmstraße zogen, um die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu feiern, ist Heuss in keiner guten Gemütsverfassung. Dabei wäre dazu Anlass, denn es ist der Vorabend seines 49. Geburtstages, ein Alter also, bei dem viele zumeist zufriedenen auf ihre Lebensleistung blicken. Die Gegebenheiten waren durchaus vorhanden: Dozent an der Hochschule für Politik, Reichstagsabgeordneter der liberalen Deutschen Staatspartei, langjähriger Geschäftsführer des Werkbundes, bekannter Journalist und erfolgreicher Buchautor – also ein gefragter Mann in der Hauptstadt. Doch Heuss erlebt die kleine Geburtstagsfeier „in kläglicher Stimmung, denn ich war über die kommenden Dinge, sachlich und persönlich, ohne jede Illusion“. Der individuellen Ahnung folgt bald die politische Wirklichkeit. Denn Heuss erfährt unmittelbar die sukzessive und rigorose „Machtergreifung“ der Nazis, von Woche zu Woche, von Etappe zu Etappe, mit immer hemmungsloserem Terror von SA

und SS in aller Öffentlichkeit. Dabei übertrafen sowohl das Tempo als auch der Hegemonie willen der Nazis schnell alle Illusionen. Am 23. März 1933, zwei Tage nach dem pompösen, aber verlogenen inszenierten „Tag von Potsdam“, bei dem Hitler vor Hindenburg den seriösen Staatsmann gepöhlte, setzten die Nationalsozialisten zum kalkulierten Handstreich an: Sie legten dem Reichstag das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vor. Danach soll die Reichsregierung ohne Zustimmung des Parlaments Gesetze erlassen können, selbst wenn sie gegen die Verfassung verstößen. Eine Gegenzeichnung durch den Reichspräsidenten gilt nicht mehr als notwendig. Heuss ist natürlich gegen dieses Gesetz, einmal aus seiner liberal-parlamentarischen Haltung, aber auch wegen seiner guten Kenntnisse. Denn als einer der wenigen Politiker der Weimarer Republik hat er sich, „wenn auch mit sprachlichem und sachlichem Widerwillen“, durch die einschlägige Nazi-Literatur gequält. Das Ergebnis ist Anfang 1932 das Buch „Hitlers Weg“, damals als die umfassendste Analyse der Ideologie und Strategie der Nazis betrachtet. Das Werk erlebte innerhalb eines Jahres acht Auflagen. Ebenfalls 1932 attackiert er in einer langen Rede die Nationalsozialisten im Reichstag. Über die Absichten Hitlers mit dem Ermächtigungsgesetz kann er also keine Zweifel hegen.

Im Koalitionszwang Und dann doch ein Ja zum Gesetz? Heuss spricht sich in der kleinen fünfköpfigen Fraktion der Staatspartei gegen eine Zustimmung aus, hat auch eine entsprechende Resolution vorbereitet. Doch er unterliegt mit seiner Einstellung, drei zu zwei. Da jedoch die Parteiführung beschlossen hatte, einstimmig zu votieren, vollzieht Heuss den Fraktionszwang. Wider sein Gewissen? Fehlte es ihm an der „Schärfung des Bewusstseins“, wie es die spätere FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher von Abgeordneten verlangte? Oder übermannten ihn die Umstände? Weimars Demokratie war, als Hitler 1933 an die Macht kam, weitgehend zu einer leeren Hülle verkommen. Präsidialkabinette seit 1930 ohne parlamentarische Mehrheiten, indifferente Eliten, verunsicherte Mittelschichten, soziale Antagonismen, immense Arbeitslosigkeit, bürgerkriegsähnliche Zustände, dann eine intrigante rechtskonservative Cli-

que um den greisen Reichspräsidenten Hindenburg: gesellschaftliche und politische Verwerfungen, die einer charismatischen Figur in die Hände arbeiteten. Das bürgerliche Lager verlor immer mehr die Kraft zur Gegenwehr. Einen millionenfachen „Nervenzusammenbruch“ konstatiert der scharfsinnige Beobachter Sebastian Haffner, von einer „moralischen Erosionsdynamik“ spricht der Historiker Norbert Frei. Kein Wunder, dass dem Ermächtigungsgesetz im Reichstag, das Hitler zu einer Entscheidung über „Frieden und Krieg“ stilisiert hatte, nicht nur die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zustimmten, sondern auch alle bürgerlichen Parteien: Zentrum, Bayerische Volkspartei, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Bauernpartei. Von 535 Abgeordneten – die Kommunisten waren ausgeschlossen – zogen 441 mit. Nur die 96 anwesenden Sozialdemokraten – von 120 Mandatsträgern –

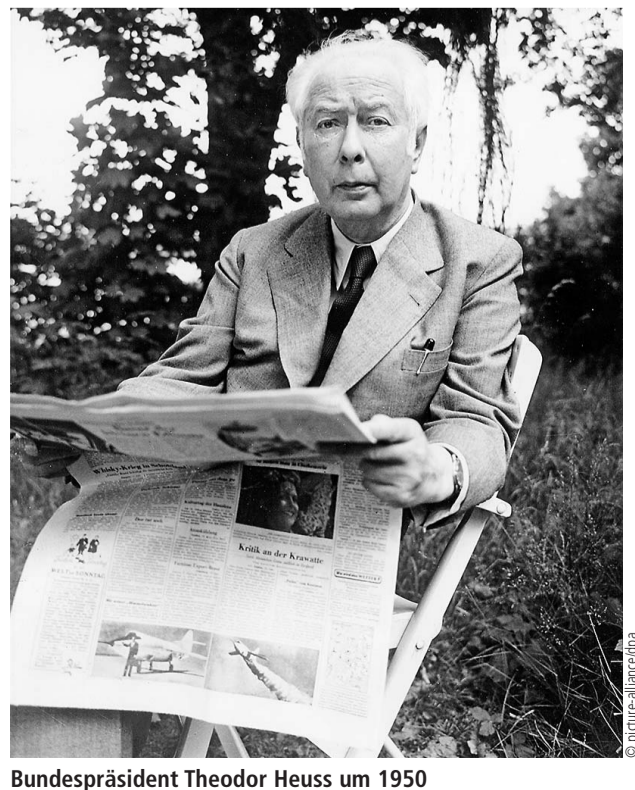
sagten Nein. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, hatte der SPD-Vorsitzende Otto Wels den Nazis entgegengehalten, eine einsame Stimme inmitten opportunistischer oder zynischer Willfährigkeit. Der Historiker Jürgen C. Heß kritisiert deshalb, gerade unter Hinweis auf die Sozialdemokraten, die Liberalen hätten damals versäumt, mit einem Nein „in einer machtpolitisch aussichtslosen Position noch einmal ein unübersehbares Signal zu setzen“. Dieser Wille habe ihnen „auf schmerzliche Weise“ gefehlt. Was war geschehen, dass die Republik aufgelöst, die Verfassung aufgekündigt, die Demokratie verworfen wurde? Und dass die gewählten Abgeordneten einer demütigenden Selbstentmachtung zugestimmt hatten? Die bürgerlichen Kräfte bauten sich Hilfskonstruktionen, um ihr Versagen nicht eingestehen zu müssen: Es werde nicht so schlimm kommen, Hitler müsse in die Legalität gezwungen werden, für den demokratischen Neuaufbau müssten minimale Strukturen aufrechterhalten werden – politische Wolkenspekulationen. Natürlich hat das Votum Heuss, den die Nazis Schritt für Schritt aus dem öffentlichen Leben ausschalteten, immer beschäftigt, auch wenn er es offen nie eingestand. So entschließt er sich in der Nazi-Zeit zu einem widerständigen „Sich-Behaupten“, wie sein aktueller Biograf Peter Merseburger bemerkt. In seinen Lebensbeschreibungen über den Politiker Friedrich Naumann, den Architekten Hans Poelzig, den Chemiker Justus von Liebig, den Unternehmer Robert Bosch beschwört er eine bürgerliche Gegenwelt, inmitten von Gleichschaltung und Zerstörung. Dann hält er engen Kontakt zu entschlossenen Opponenten Hitlers, die zu seinem Freundeskreis gehören. Und er sieht viele verfolgt, verurteilt, hingerichtet, ermordet, Elsas und Goederles, Bolz und Haefens, Bonhoeffer und Leber. Doch so bewahrt er sich eine eigene humane Existenz.

Überschätzter Vorgang? Umso erstaunlicher, dass Heuss nach Kriegsende die Motive seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz heruntergespielt hat. Nach dem Votum im Reichstag habe es „keinen Menschen politisch draußen interessiert“, rechtfertigte er sich 1947 vor einem Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags. Es sei „als Gesichtsvorgang fürchtbar überschätzt“ worden. Zwar hätte er „aus historischem Stillegefühl“ gerne mit Nein gestimmt, „aber ein Schuldgefühl gegenüber der Geschichte habe ich in der Tat nie gehabt; die bösen Dinge liefen nach einem anderen Gesetz“. Waren solche Aussagen der neuen politischen Karriere geschuldet, als Zeitungsherausgeber, Kultminister, FDP-Vorsitzender? Oder die nachträgliche Projektion eines schlechten Gewissens? „Der gewissenhafte Gebrauch der Macht ist das eigentliche Gewissensproblem des Politikers“, hat die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher formuliert. Sie hat es selbst hautnah erlebt. Als sie sich dem Wechsel vom sozialliberalen Kabinett Schmidt zur schwarz-gelben Koalition Kohl am 1. Oktober 1982 verweigerte, weil sie darin „das Odium des verletzten demokratischen Anstands“ erblickte: Da brandete ihr im Bundestag ein Sturm der Entrüstung entgegen. Heiner Geißler, damals noch in den wilden Jahren als CDU-Generalsekretär, nannte diese Haltung „einen Anschlag auf die Verfassung“.

Heuss hat sich, was das Ermächtigungsgesetz betrifft, zu einem zerknirschten „Outing“ nie durchgerungen, es wäre auch nicht seine Sache gewesen. Denn dieser „Bürger im Zeitalter der Extreme“, wie der Historiker Ernst-Wolfgang Becker ihn beschreibt, war bei allen Brüchen und Katastrophen seiner Epoche „erstaunlich beständig in seinen Anschauungen, Haltungen und seiner Lebensführung“.

Weimars Demokratie war 1933 weitgehend zu einer leeren Hülle verkommen.

Um nach dem Gewissen zu fragen, ist man bei Heuss auf andere Pfade angewiesen. Und er liefert sie durchaus in der Amtsführung als erster Bundespräsident von 1949 bis 1959. Ausdauernd führte er „Feldzüge gegen das Vergessen“, wie er es selbst nannte. Viele seiner Reden – und es sind wohl die besten – widmen sich der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Der weit verbreiteten Ausflucht großer Bevölkerungskreise, von allem nichts gewusst zu haben, setzte er den trotzigen Satz entgegen: „Wir haben von den Dingen gewusst.“ Es habe keinen Sinn, „um die Dinge herumzureden“. Das große Unrecht – gerade gegenüber den Juden – müsse zur Sprache gebracht werden in dem Sinne: „Sind wir, bin ich, bist du schuldig, weil wir in Deutschland leben, sind wir mitschuldig an diesem schrecklichen Verbrechen?“ Zwar wehrte er sich ausdrücklich gegen eine Kollektivschuld, „aber etwas kollektivschuldig ist aus der Zeit gewachsen und geblieben“. Und: „Wir alle sind an dieser Zeit und durch diese Zeit irgendwie schmutzig geworden.“ Das waren damals mutige Worte, und mit dem Begriff „Kollektivscham“ hat Heuss die politische Kultur in den Anfangsjahren der Bundesrepublik geprägt. Es entsprach nicht dem Zeitgeist, der bediente sich eher der Verdrängung und Verleugnung der braunen Vergangenheit. Gewiss war das ganze Ausmaß des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs historisch noch nicht erfasst, der Begriff Holocaust unbekannt. Daher sprach aus Heuss die individuelle Erfahrung und die persönliche Betroffenheit eines schockierten Zeitgenossen, der die Entmenschlichung einer Gesellschaft direkt und tragisch erlebt hatte. Indem der Bundespräsident diesen historischen Absturz immer wieder problematisierte, machte er ihn zu einem konstitutiven Element der westdeutschen Politik, ja sogar zu einem Stück Staatsraison. Hier unterschied er sich wesentlich von Konrad Adenauer, dem anderen Protagonisten der Gründerjahre, der mit seinem zupackenden Pragmatismus die Vergangenheit eher auf sich beruhen ließ und so auch manchen Taktiken zur Integration in die neue Gesellschaftsordnung verhalf. Die Haltung von Heuss zum Nationalsozialismus reflektiert, dass er sich an seinem Gewissen abgearbeitet hat. Die Spannung auszutragen, daraus die Konsequenzen zu ziehen: Darin war die Präsidentschaft von Heuss ein „Glücksfall“ für die junge Bundesrepublik. Er hat damit den Deutschen etwas sehr seltenes gegeben, meint der Publizist Hermann Rudolph: nämlich „das Beispiel einer gelungenen politischen Existenz“. Auf die heutigen Verhältnisse gewendet, ist dies wahrlich viel. *Heinz Verfürth*



Bundespräsident Theodor Heuss um 1950

DER WEG IN DIE DIKTATUR

- 30.1.1933** Reichspräsident Hindenburg ernennet Hitler zum Reichskanzler.
- 12.** Auf Wunsch Hitlers löst Hindenburg den Reichstag auf.
- 4.2.** Per Verordnung werden Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt.
- 27.2.** Reichstagsbrand. Die Nationalsozialisten machen die Kommunisten für die Tat verantwortlich. Es folgt eine Verhaftungswelle.
- 28.2.** Hindenburg unterzeichnet die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, mit der die Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.
- 5.3.** Bei der Reichstagswahl wird die NSDAP mit 43,9 Prozent der Stimmen stärkste Partei, verfehlt aber die absolute Mehrheit.
- 8.3.** Die KPD-Reichstagsitze werden annulliert.
- 21.3.** Zur Eröffnung des neuen Reichstags inszenieren die Nazis den „Tag von Potsdam“, mit dem sie sich in die Kontinuität preußischer Geschichte zu stellen suchen.
- 21./22.3.** In Oranienburg und Dachau werden Konzentrationslager eingerichtet.
- 23.3.** Gegen die Stimmen von 94 SPD-Abgeordneten beschließt der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz“, nach dem die Regierung Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments erlassen kann.
- 1.4.** Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte
- 7.4.** Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ kommt es zu einem weitgehenden Berufsverbot für jüdische und regimiekritische Beamte. Die Länder verlieren mit der Einsetzung von Reichsstatthaltern ihre Eigenständigkeit.
- 1./2.5.** Der 1. Mai wird zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Am folgenden Tag werden die Gewerkschaften zerschlagen.
- 10.5.** In vielen deutschen Universitätsstädten kommt es zu öffentlichen Bücherverbrennungen von Werken jüdischer und oppositioneller Autoren.
- 22.6.** Die SPD wird verboten.
- 27.6.** Die Deutschnationale Volkspartei (seit Mai: „Deutschnationale Front“), Koalitionspartner der NSDAP, löst sich auf.
- 4./5.7.** Deutsche Volkspartei (DVP), Bayerische Volkspartei und Zentrum lösen sich auf.
- 7.7.** Die SPD-Mandate in allen Parlamenten werden aufgehoben.
- 14.7.** Deutschland wird per Gesetz zum Einparteiensstaat. *sto*

Der Autor arbeitet als freier Journalist und Autor in Berlin.

Mehr zum Thema unter: www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Verkehrspunktesystem soll einfacher werden

Die Bundesregierung will das Punktesystem im Straßenverkehr einfacher und transparenter gestalten. Dazu hat sie den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze (17/12636) vorgelegt, der am Freitag erstmals im Bundestag beraten wurde. Im Punktesystem soll es zukünftig nur noch drei Kategorien geben: ein Punkt bei verkehrssicherheitsbeeinträchtigenden Ordnungswidrigkeiten, zwei Punkte bei besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigenden Ordnungswidrigkeiten und Straftaten ohne Entzug der Fahrerlaubnis und drei Punkte bei Straftaten mit Entzug der Fahrerlaubnis. Die Transparenz soll durch Verzicht auf komplizierte Tilgungsregelungen erreicht werden, heißt es weiter. Stattdessen sollen künftig feste Tilgungslisten für die jeweiligen Verkehrsverstöße und ein einheitlicher Beginn für die Tilgungsfristen mit dem Tag der Rechtskraft gelten. Die Bundesregierung erhofft sich durch den Gesetzentwurf eine Verbesserung der Verkehrssicherheit durch mehr Akzeptanz bei den Betroffenen, heißt es im Gesetzentwurf. *mik |*

SPD möchte Vielfalt bei den Medien sicherstellen

Kleine und mittlere Presseunternehmen sollen die Möglichkeit zu einer Fusion mit stärkeren Marktpartnern haben, bevor sie gezwungen sind, einen Insolvenzantrag zu stellen. Daher hat die SPD-Fraktion zur Erweiterung des Handlungsspielraums kleinerer und mittlerer Presseunternehmen und zur dauerhaften Sicherstellung der Vielfalt der Medienlandschaft den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Änderung des Pressefusionsrechts (17/12680) eingebracht. Er wurde vergangene Woche zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Anforderungen an den Nachweis eines Sanierungsfalles im Pressebereich dürften nicht zu hoch angesetzt werden. „Das ist berechtigt aufgrund der Besonderheiten im Pressebereich, die aus den stark verändernden Verhältnissen im digitalen Medienumfeld herrühren“, schreibt die SPD-Fraktion. Durch die spezielle Preseregulierung werde die Beurteilung von Fusionen in anderen Wirtschaftsbereichen nicht berührt. *hle |*

Kartellrechtliche Absicherung des Presse-Grosso-Systems

Das seit Jahrzehnten bewährte Presse-Grosso-Vertriebssystem soll kartellrechtlich abgesichert werden. Zu diesem Zweck haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen gemeinsamen Gesetzentwurf (17/12679) eingebracht, der vergangene Woche erstmals im Bundestag beraten wurde. Das Presse-Grosso-System stelle sicher, dass Presseartikel und insbesondere auch Titel kleiner Verlage und Titel mit kleinen Auflagen überall erhältlich seien. Eine gesetzliche Regelung sei notwendig, da in einem Zivilgerichtsverfahren das Verhandlungsmandat des Pressegrossoverbandes über Handelsverträge mit den Verlagen für seine Mitglieder als kartellrechtlich unzulässig angesehen worden sei. Da es keine außergerichtliche oder außergerichtliche Verständigung gegeben habe, werde der Weg einer gesetzlichen Absicherung von Branchenvereinbarungen der Pressegrosso-Systemen und Verlage gewählt, begründen die Fraktionen ihr Vorgehen. *hle |*

Koalition will Mittelstand zukunftsproof machen

Der deutsche Mittelstand soll weiter zukunftsproof gemacht werden. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP fordern in einem gemeinsamen Antrag (17/12700), den Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene fortzuführen. Außerdem soll die Bundesregierung ihre Fachkräfte-Offensive zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die Hightech-Strategie 2020 fortsetzen sowie das Umfeld für Unternehmensgründungen weiter verbessern, damit mehr Menschen unternehmerisch tätig werden. Die Fraktionen setzen sich auch für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein. Die deutschen kleinen und mittleren Unternehmen würden zu den innovativsten in Europa gehören. 54 Prozent von ihnen hätten zwischen 2008 und 2010 eine Prozess- oder Produktinnovation auf den Markt gebracht. Zugleich wenden sich die Fraktionen gegen Steuererhöhungen und besonders die Einführung einer Vermögenssteuer. „Steuererhöhungen würden gerade den Mittelstand ins Herz treffen und die gute wirtschaftliche Entwicklung im Lande gefährden.“ *hle |*



Auch ein höheres Renteneintrittsalter wird nicht für vollständige Generationengerechtigkeit sorgen.



Rente mit 69 im Blick

WACHSTUMS-ENQUETE Debatte über »nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik«

Wer mit dem verwickelten parlamentarischen Prozedere nicht vertraut ist, versteht wohl nicht auf Anhieb, was sich bei der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ abgespielt hat. Das Gremium debatierte vergangene Woche einen Bericht, den die Projektgruppe 4 unter Leitung Edelgard Bulmahn (SPD) über „nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“ im Finanzwesen und im Umweltsektor entworfen hatte. In einem Kapitel über finanzielle Risiken, die der demographischen Entwicklung entspringen, hatte die Koalition unter Verweis auf den Sachverständigenrat die Forderung nach einer Rente mit 69 im Jahr 2060 verankert, um so die „Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte“ einzudämmen.

Höheres Rentenalter Ein rotes Tuch für die Opposition, es kam zur Kampfabstimmung: Mit 17 gegen 15 Stimmen setzten sich Union und FDP gegen SPD, Linke und Grüne durch. Dann aber wurde die gesamte Expertise inklusive des Plädoyers für ein höheres Rentenalter einstimmig verabschiedet. Zuerst votierte die Opposition gegen die Rente mit 69, dann doch dafür? Des Rätsels Lösung: Teil des Berichts sind auch diverse Sondervoten von SPD, Linken und Grünen, in denen unter anderem die Anhebung des Rentenalters abgelehnt wird. Ein Reizthema wie die Rente mit 69 erregt natürlich Aufmerksamkeit. Im Grunde aber ist das noch Zukunftsmusik. Bemerkens-

wertiger ist, dass im Sinne von mehr Stabilität und Nachhaltigkeit im Finanzsektor weithin fraktionsübergreifend Regulierungsmaßnahmen gefordert werden, die in ihrer Strenge über das hinausreichen, was ansonsten diskutiert wird. „Sonst können wir eine erneute Krise wie 2008/2009 nicht ausschließen“, argumentierte Bulmahn. Die Projektgruppe 4 sollte in einem „ordnungspolitischen Instrumentenkasten“ Mittel und Wege benennen, mit deren Hilfe das Ziel der Nachhaltigkeit erreicht werden kann. „Wir wollen Nachhaltigkeit nicht nur in Sonntagsreden proklamieren, sondern konkrete Vorschläge zur Umsetzung dieses Prinzips präsentieren“, sagte Bulmahn.

Bankenaufsicht Die Parlamentarier verlangen eine wirkungsvolle europäische Bankenaufsicht mit „echten Durchgriffsrechten“ auf Kreditinstitute. Deren Eigenkapitalquoten müssten höher sein als bislang international vorgesehen, bei systemrelevanten Einrichtungen sollen die Auflagen noch rigider sein. Schluss sein soll mit „Schattenbanken“, Finanzinstitute dürften ihre Aktivitäten nicht mehr in Zweckgesellschaften auslagern, um sich der Regulierung zu entziehen. Zum Katalog gehört auch, Verbriefungen zu erschweren. All dies steht unter der Leitlinie, im Bankensektor Risiko und Haftung wieder zusammenzuführen. Auf Ablehnung bei Union und FDP stieß die Idee von SPD, Linken und Grünen, im Sinne nachhaltiger öffentlicher Finanzen die Einnahmen zu erhöhen, etwa über eine Vermögenssteuer. Ansonsten herrschte aber

auch beim Thema Finanzpolitik viel Einigkeit. Weitreichende Folgen hätte eine These, so sie Eingang in die Politik finden sollte: Künftig soll zuerst geklärt werden, welche gesellschaftlichen Aufgaben der Staat erledigen soll, etwa in der Bildung und im Gesundheitswesen, und danach soll sich der

tragen. Erstaunlich wenig Kontroversen tauchten sich in der Umweltpolitik auf. Mehr Nachhaltigkeit in der Chemieindustrie? Natürlich: Die Branche soll mehr biologisch abbaubare Verpackungsmaterialien herstellen und fossile Ressourcen durch Biomasse ersetzen. Auch sollen sich einzelne

nig spektakulär an. Streit kam bei der Frage auf, ob bei der Verminderung von Treibhausgasen Fortschritte vor allem über internationale Vereinbarungen oder über eine Vorreiterrolle der Bundesrepublik erreicht werden können. Hermann Ott (Bündnis 90/Die Grünen) mahnte, die von Deutschland ausgehende „enorme Signalwirkung“ nicht zu unterschätzen. Aus Sicht von Judith Skudelny (FDP) bringen indes nationale Vorstöße nicht viel, solche Anstrengungen müsse man mit der internationalen Politik koppeln.

Problem vertagt Ein unkämpftes Thema wurde erst einmal vertagt, nämlich das Kapitel über Prinzipien der Ordnungspolitik. Für die Koalition trat der von FDP benannte Sachverständige Karl-Heinz Paqué mit Verve dafür ein, auch angesichts der sich durch die Nachhaltigkeit stellenden neuen Herausforderungen nicht mit dem System der sozialen Marktwirtschaft zu brechen, sondern diese „in pragmatischer Weise weiterzuentwickeln“. Die Marktwirtschaft werde auch jetzt wieder ihre „ungeheure Anpassungsfähigkeit“ unter Beweis stellen. Die Opposition hingegen will eine „sozial-ökologische Transformation“. Bulmahn forderte deshalb eine „Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit“.

Angesichts großer Krisen wie dem Klimawandel oder der gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich würden „kleinere pragmatische Anpassungen“ nicht mehr weiterhelfen. Die Koalition unterschätze die „Dramatik der Veränderungen“. *Karl-Otto Sattler |*



Die BaFin in Bonn ist für die Bankenaufsicht zuständig.

Geldbedarf bemessen – und nicht umgekehrt. Das Konzept der Schuldenbremse wird befürwortet, nur die Linksfraktion sieht das anders. Mehr Zuwanderung, höhere Erwerbsquoten bei Älteren und Frauen, weniger Arbeitslose: Auch dies soll zur „Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen“ bei-

Betriebe in „Chemieparks“ niederlassen, um über eine Vernetzung von Produktionsketten die Verwertungsquote bei Rohstoffen zu erhöhen und Müllmengen zu senken. Erneuerbare Energien fördern, den EU-Emissionshandel reformieren: Auch solche klimapolitischen Forderungen muten we-

Neuverschuldung soll weiter sinken

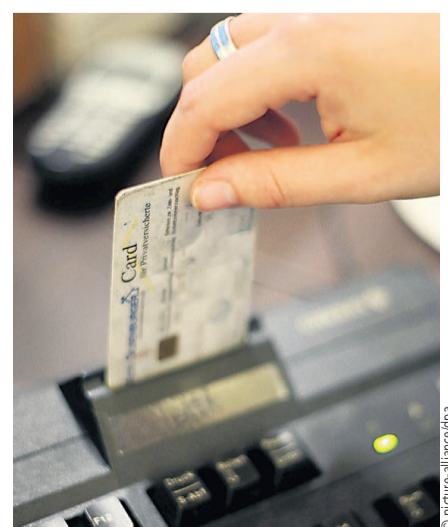
HAUSHALT Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) stellt Eckwerte 2014 vor

Die Bundesregierung will im kommenden Jahr die Nettoneuverschuldung auf 6,4 Milliarden Euro (2013: 17,1 Milliarden Euro) senken. Im Jahr 2015 will der Bund keine neuen Schulden machen. Das geht aus den Eckwerten des Bundeshaushalts 2014 und des Finanzplans bis 2017 hervor, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche im Haushaltsausschuss vorstellte. Danach sollen auch die Ausgaben des Bundes auf 296,9 Milliarden Euro (302 Milliarden Euro) sinken. Minister Schäuble wies darauf hin, dass die vorgesehene Nettokreditaufnahme von 6,4 Milliarden Euro so gering sei wie zuletzt vor 40 Jahren. Außerdem komme der Bund schon im kommenden Jahr ohne „strukturelle“ Neuverschuldung (neue Schulden abzüglich konjunktureller Sondereinflüsse und Zahlungen an den ESM) aus. „Dies ist ein Erfolg unserer nachhaltigen Finanzpolitik“, sagte Schäuble weiter. Diese zeichne sich besonders dadurch aus, dass steigende Steuereinnahmen nicht für Mehrausgaben genutzt würden.

Ein Sprecher der CDU/CSU-Fraktion sprach von „beeindruckend guten Zahlen“. Es sei gelungen, dass strukturelle Defizit von 46 Milliarden Euro zu Beginn dieser Legislaturperiode auf Null zu senken. Die Sozialversicherungen seien weiterhin solide finan-

ziert, obwohl im kommenden Jahr der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden Euro reduziert werden solle. Auch ein Vertreter der FDP-Fraktion wies darauf hin, dass in diesem Bereich keine Leistungen gekürzt werden würden, sondern lediglich die Zuschüsse. Mit diesem Haushalt werde die Verantwortung auch für die künftigen Generationen wahrgenommen, betonte er.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion hielt die Neuverschuldung für „zu hoch“. Die gestiegenen Steuereinnahmen hätten genutzt werden müssen, um die Neuverschuldung weiter zu reduzieren. Die Kürzung im Gesundheitsfonds sei ein „Griff in die Sozialkassen“. Eine Alternative wäre gewesen, die Beiträge zu senken. Auch die Investitionen seien zu gering. So leide der Verkehrset seit Jahren unter einer Unterfinanzierung. Trotzdem müsse nun weiter wegen der Finanzierung des Betreuungsgeldes gespart werden. Die Sprecherin der Linksfraktion erinnerte daran, dass vor Wahlen Finanzminister gerne eine „schwarze Null“ ankündigen würden. Sie warf der Regierung ein soziales Ungleichgewicht vor. Den Vermögenden werde gegeben und denjenigen, die weniger zum Leben hätten, genommen. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte die Einsparungen bei den Sozialversicherungen. Diese würden sich in diesem und im kommenden Jahr auf insgesamt zehn Milliarden Euro summieren. Ein zu hoher Überschuss in der Sozialversicherung müsse den Beitragszahlern zurückgegeben werden und nicht den Steuerzahlern. Zudem kritisierte die Fraktion, dass die Energiegewende auch in den vorliegenden Eckpunkten nicht finanziert werde. *Michael Klein |*



Leistungen werden weiterhin bezahlt.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Streit um Umsetzung des Fiskalpakts

HAUSHALT Das Verhalten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundesrat beim Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts war am Mittwoch Thema einer von den Koalitionsfraktionen beantragten aktuellen Stunde. Dabei ging es aber auch um die Eckwerte des Bundeshaushalts 2014, die das Kabinett am Vormittag beschlossen hatte. Für den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), sind diese Eckwerte eine Fortsetzung des Versprechens der Regierung, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieses Ziel sei fast erreicht. Demgegenüber würden in den Ländern weiterhin Schulden angehäuft. Zudem verhinderten die Länder die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpaktes im Bundesrat. Dem vom Bundestag beschlossene Gesetz (17/12058) habe der Bundesrat nicht zugestimmt, stattdessen den Vermittlungsausschuss angerufen. Diese Blockadepolitik werfe ein schlechtes Licht auf den Föderalismus und gebe ein schlechtes Zeichen nach Europa. Für den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne), ist der Vorwurf der Blockadepolitik unhaltbar. „So können Verfassungsorgane nicht miteinander umgehen“, sagte er. Die Länder hätten dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt, weil der Bund

Vereinbarungen nicht eingehalten habe. Dabei gehe es unter anderem um die Fortzahlung der Entflechtungsmittel und um die Haftungsfreiheit der Länder. Mit dem Antrag des Vermittlungsausschusses solle vor allem eine Blockade verhindert werden. Die Probleme müssten gemeinsam gelöst werden. Dem stimmte Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) zu. Im Bundesrat gehe es nicht um Parteipolitik, sondern um Länderinteressen. Auch Dietmar Bartsch (Die Linke) betonte, dass beim Fiskalpaket die Bundesregierung sich gegenüber den Ländern nicht an Vereinbarungen gehalten habe. Es liege an der Verantwortung der Bundesregierung, dass der Bundesrat nicht zustimmen könne. Carsten Schneider (SPD) ging vor allem auf die Eckpunkte des Haushalts 2014 ein. Er warf der Regierung vor, dass sie weiterhin neue Schulden mache obwohl dies nicht notwendig sei. Es gebe keinen Grund, auf diese Haushaltspolitik stolz zu sein. Florian Toncar (FDP) hielt das Verhalten des Bundesrates für „schäbig und verantwortungslos“. Die Wahrheit sei, dass die Opposition nicht mehr Geld umgehen könne. Thomas Strobl (CDU) hält das Ganze für ein „politisches Trauerspiel“. Der Bund habe sich an Absprachen gehalten. Die Länder seien nicht auf Gespräche eingegangen. *mik |*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Milliarden-Schub

WIRTSCHAFT SPD-Fraktion fordert kräftige Aufstockung der Infrastruktur-Mittel und weist auf »baufällige Autobahnbrücken«

Wenige Tage, nachdem die SPD-Parteiführung den Entwurf ihres Programms für die Bundestagswahl präsentiert hatte, stand eines der Kernthemen auf der Tagesordnung des Bundestages. „Deutschland 2020 – Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft: Infrastruktur modernisieren, Energiewende gestalten, Innovationen fördern“ ist der Antrag der SPD-Fraktion (17/12682) überschrieben, den das Parlament am Donnerstag in erster Lesung beriet. Als Ziel nennt der Antrag, dass soziale Gerechtigkeit sowie nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Deutschland gleichermaßen erreicht werden sollen.

Besser durch die Krise Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil wies darauf hin, dass Deutschland besser als andere durch die Krise gekommen sei, weil es Industrienationen geblieben sei. Er erinnerte sich noch gut, dass die FDP vor zehn Jahren geglaubt habe, die Zukunft liege allein bei Dienstleistungen. „Herr Westerwelle hat uns damals empfohlen, den Irweg Irlands zu gehen, stärker auf Finanz-Zockereien zu setzen.“ Heute versäume es die Regierung, die großen Herausforderungen der Zukunft anzupacken, kritisierte Heil. „Das Chaos dieser Regierung, das Zuwartem im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik, im Bereich der Energiepolitik, ist das eigentliche Standortrisiko für Deutschland.“ Herausforderungen sieht Heil insbesondere in der demografischen Entwicklung, der Internationalisierung der Märkte, der Notwendigkeit, bei Forschung und Entwicklung Schritt zu halten, sowie als „größte Herausforderung“ Ressourcenknappheit und Energiewende. Als Maßnahmen zur Zukunftssicherung

nannte Heil unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn, mehr Ganztagschulen und frühkindliche Förderung sowie eine steuerliche Forschungsförderung für mittelständische Unternehmen.

Birgit Homburger (FDP) warf Heil vor, eine Standardrede „heruntergeleiert“ zu haben. „Nichts von dem, was Sie hier erzählt haben, steht in Ihrem Antrag.“ Sowohl Homburger als auch Georg Nüßlein (CSU) würdigten aber den SPD-Antrag, weil in ihm auch viel Richtiges stehe. „Sie fordern Dinge, die wir sehr wohl umsetzen und bearbeiten“, sagte Nüßlein. Er begrüßte insbesondere, dass in dem Antrag mehrfach Wachstum als Ziel genannt werde. Das höre man aus der SPD nicht immer so. Homburger warf Rot-Rot-Grün vor, vor allem höhere Steuern und Abgaben zu planen. Damit schaden sie der Wirtschaft. Für Gregor Gysi (Die Linke) müsste „die erste Zukunftsinvestition sein, die Binnenwirtschaft zu stärken“. Das schon allein deshalb, weil die Politik aller anderen Fraktionen gegenüber Südeuropa zu einem Einbruch der Exporte dorthin führe. Erforderlich sei es insbesondere, die sozial Schwächeren besser zu stellen, die mit ihrem Geld nicht spekulierten, sondern es ausgaben. „Der Binnenwirtschaft können Sie mit mehr Reichtum nicht helfen, sondern nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit“, stellte der Fraktionsvorsitzende der Linken fest.

Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) warf den Regierungsparteien vor, sie ruhten sich auf den Erfolgen der Vorgängerregierungen aus, „leben nur von der Hand in den Mund“ und dächten „nicht mehr langfristig in die Zukunft“. Daraufhin bedauerte Ernst Hinsken (CSU), dass „manche das Rednerpult hier mit der Parteitagshöhle verwechseln“ hätten, statt sich ernsthaft mit wichtigen Zukunftsthemen zu befassen.

Erst im weiteren Verlauf der Debatte ging mit Sören Bartol (SPD) ein Redner auf einen zentralen Punkt des SPD-Antrags ein: „Deutschland ist ein Land mit einer hervorragenden Infrastruktur. Die Frage ist nur: Wie lange noch?“ Der Nord-Ostsee-Kanal habe für große Schiffe gesperrt werden müssen, weil Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) die Mittel für neue Schleusen gekürzt habe. Viele Autobahnbrücken seien baufällig. Bartol forderte, wesentlich mehr Geld für den Erhalt der Infrastruktur bereitzustellen. Er löste damit eine Reihe von Zwischenfragen aus, in denen es darum ging, ob die amtierende oder frühere Regierungen zu wenig auf diesem Gebiet getan hätten und ob die Mittel gerecht auf die Bundesländer verteilt würden.

In dem an die Ausschüsse überwiesenen Antrag fordert die SPD-Fraktion, im Bundeshaushalt 2014 und in der mittelfristigen Finanzplanung drei Milliarden Euro jährlich mehr für die Modernisierung der Infrastruktur sowie für die Energiewende einzustellen. Zwei Milliarden davon sollen in die Verkehrsinfrastruktur gehen. Die Bundesregierung solle die Voraussetzungen schaffen, dass die Lkw-Maut in der kommenden Legislaturperiode auf alle Bundesstraßen sowie mittelfristig auf Landes- und Kommunalstraßen ausgeweitet werden kann. Die Mehreinnahmen sollten „ohne Abstriche“ in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Zur Energiewende heißt es, diese müsse möglichst kosteneffizient umgesetzt werden, „damit Strom auch künftig für den industriellen Mittelstand, industrieorientierte Dienstleistungen, den Handel und das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe des Handwerks bezahlbar bleibt“. Über die internationale Konkurrenzfähigkeit der Produktion würden künftig in noch stärkerem Maße die Kosten für Energie, Rohstoffe und Materialien entscheiden. *Peter Stützel*



Bauarbeiten der Autobahnbrücke über den Havelkanal bei Brieselang

Schutz für Kleinanleger

FINANZEN Neureglungen bei Immobilienfonds geplant

Banken und Investmentfonds haben sich in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche für eine bessere Handelbarkeit von Anteilen offener Immobilienfonds ausgesprochen und die von der Bundesregierung geplanten Einschränkungen kritisiert. So warnte die Deutsche Kreditwirtschaft, der Zusammenschluss der Bankenverbände, in ihrer Stellungnahme vor erheblichen Nachteilen für Kleinanleger. Dies könne insbesondere vor dem Hintergrund, dass Anteils-Scheine von offenen Immobilienfonds im Rahmen von Sparplänen zur Altersvorsorge auch mit kleinen Beträgen erworben werden, nicht gewollt sein. Die Einschränkungen für Investmentfonds sind in dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz, 17/12294) enthalten. Damit reagiert die Regierung auf die Lage bei offenen Immobilienfonds, die zum Teil mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und geschlossen werden mussten, weil zu viele Anleger ihre Anteile zurückgeben wollten. In Zukunft sollen Anteile an offenen Immobilienfonds nur noch einmal im Jahr zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückgegeben werden können. Dem Anleger müsse bewusst sein, dass er in eine langfristige Anlage mit illiquiden Vermögensgegenständen investiere.

Die Kreditwirtschaft warf der Regierung vor, durch die Maßnahmen werde das Anlageprodukt offener Immobilienfonds wesentlich unattraktiver und gefährde den Bestand der Produkte mit einem Volumen von 62 Milliarden Euro und zwei Millionen Anlegern. Der Fondsverband BVI bewertete den Gesetzentwurf insgesamt positiv, nannte jedoch die Verschärfungen bei den Immobilienfonds „weder praxisgerecht noch berücksichtigen sie die Anlegerbelange“. Die Neuregelungen würden „den offenen Immobilienfonds für viele Privatanleger endgültig unattraktiv machen“. Auch die Fondsgesellschaften Union und Deka warnten davor, die Funktionsfähigkeit dieses Anlageprodukts zu gefährden. Bei derartigen Einschränkungen könne der Kleinanleger „kurzfristigen Liquiditätsbedarf nicht mehr aus dem offenen Immobilienfonds generieren“, warnte der Bundesverband deutscher Vermögensberater. Die Professoren Stephan Madaus und Steffen Sebastian (beide

Universität Regensburg) erklärten in ihrer Stellungnahme, offene Immobilienfonds würden zwar unattraktiver. Das Problem des systemischen Risikos werde aber nicht gelöst. Neben den offenen Fonds sieht der Gesetzentwurf auch Änderungen bei geschlossenen Fonds, die in Unternehmensbeteiligungen wie zum Beispiel Immobilien oder Schiffe investieren, vor. Wie bei offenen Fonds wird künftig auch bei den geschlossenen Fonds eine Risikomischung der Investitionen gefordert, und die Möglichkeit der Kreditaufnahme wird begrenzt. Verwalter alternativer Investmentfonds wie Private Equity Fonds werden einer Zulassungspflicht und einer dauerhaften Aufsicht unterworfen. Sie müssen ein Risiko- und Liquiditätsmanagement einrichten, über besondere Sachkenntnis, Erfahrung und Zuverlässigkeit verfügen. Für Manager von Hedgefonds gelten besondere

Transparenzpflichten. Der Verkauf dieser Fonds an Privatanleger soll verboten werden.

Die Deutsche Bundesbank begrüßte in ihrer Stellungnahme die Produktregulierung alternativer Fonds und besonders die der geschlossenen Publikums-AIF. „da in diesem Anlagensegment nicht unbedeutende Risiken für Privatanleger bestehen“. Auch der Verband geschlossener Fonds (VGF) äußerte sich positiv: „Die umfangreiche Regulierung, die geschlossene Fonds nun erwarten dürfen, führt dazu, dass diese in Zukunft nicht mehr dem grauen Kapitalmarkt zuzurechnen sind.“ Für die Marktteilnehmer sei es eine zukunfts- und rechtssichernde Maßnahme, gesetzlich normiert zu sein, schrieb der VGF in seiner Stellungnahme.

Professor Julius Reiter (Kanzlei Baum, Reiter und Kollegen) sah eine beträchtliche Schutzlücke für Anleger, falls kleinere Publikumsfonds unter 100 Millionen Euro pauschal aus den Vorschriften ausgeklammert würden. Er verwies auf eine Untersuchung, nach der den Bundesbürgern durch schlechte Beratung und mangelnden Anlegerschutz ein jährlicher Schaden von mindestens 50 Milliarden Euro entstehe. *h/e*



Fondsanteile kosten nicht viel.

Anzeige

3 Wochen gratis

Testen Sie jetzt den Freitag!

Die unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur und Haltung.



Liebe Leserinnen und Leser,

der Freitag ist eine kritische Wochenzeitung, die für **mutigen und unabhängigen Journalismus mit Haltung** steht. In einer Zeit, in der alles in die Mitte rückt, vor allem die politischen Parteien, sorgt der Freitag für Kontraste.

Überzeugen Sie sich selbst von einem überraschenden und mutigen Medium. **Testen Sie jetzt den Freitag drei Wochen kostenlos!**

Herzlich, Ihr *Jakob Augstein*

Jakob Augstein,
Verleger und Chefredakteur des Freitag

Jetzt 1 von 3 iPad mini gewinnen!
www.freitag.de/testen

Ja, ich teste den Freitag 3 Wochen kostenlos!

Hat mich der Freitag überzeugt und möchte ich anschließend weiter lesen, brauche ich nichts zu tun. Ich erhalte den Freitag dann jeweils donnerstags zum Vorzugspreis von 3,10 € pro Ausgabe statt 3,60 € am Kiosk. Ich spare dabei rund 14% und erhalte ein Schreibset von Faber Castell geschenkt. Bis zum 31.07.2013 verlost der Freitag unter allen Einsendern 3 x ein iPad mini im Wert von je 459 €.

Möchte ich den Freitag nicht weiterlesen, schicke ich vor Erhalt der 3. Ausgabe eine schriftliche Information per E-Mail an service@abo.freitag.de oder per Post an der Freitag Kundenservice, PF 11 04 67, 20404 Hamburg.

<input type="text" value="Vor- / Nachname"/>	<input type="text" value="Geburtsdatum"/>
<input type="text" value="Straße / Hausnummer"/>	
<input type="text" value="PLZ / Ort"/>	
<input type="text" value="E-Mail"/>	
<input type="text" value="Telefon"/>	

Ja, ich möchte weitere Informationen und Angebote per E-Mail oder Telefon vom Freitag erhalten. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Unterschrift

Post
Der Freitag
 Postfach 11 04 67
 20404 Hamburg

Telefon
040 3007-3510

Fax
040 3007-857055

Internet
www.freitag.de/testen

Ausgezeichnet von:

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Haltung von Delfinen soll verboten werden

Die Haltung von Delfinen sowie deren Einfuhr soll verboten werden. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/12657) von der Bundesregierung auf Grundlage von Paragraph 13 Absatz 3 des Tierschutzgesetzes. Dieser sieht die Möglichkeit vor, ein Verbot für das Halten von Tieren wild lebender Arten auszusprechen. Die Zulassung neuer Delfinhaltungen soll in Zukunft nur noch an den Nachweis artgerechter baulicher Anlagen gebunden werden. Der Antrag wurde am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. *eis*

Bundesregierung soll Bienen vor Pestiziden schützen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, Bienen und andere Insekten wirksamer vor „bienegefährlichen“ Pestiziden zu schützen. In einem Antrag (17/12695), der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurde, schlägt die Fraktion konkret vor, dass Pestizide mit den drei Wirkstoffen Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam aus der Gruppe der Neonicotinoide mithilfe einer Anweisung an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz keine befristeten Ausnahmezulassungen für Pflanzenschutz- und Beizmittel mehr erhalten. Außerdem soll sich die Bundesregierung nach dem Willen der Grünen einem ähnlichen Vorstoß der EU-Kommission hinsichtlich einer Anwendungsbeschränkung auf EU-Ebene anschließen und bei anderen Mitgliedsstaaten offensiv dafür werben. *eis*

Antrag zum Tourismus im ländlichen Raum abgelehnt

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP lehnte der Tourismusausschuss in der vergangenen Woche einen Antrag (17/11373) der Fraktion Die Linke ab, ein Tourismuskonzept für den ländlichen Raum zu entwickeln. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten für den Antrag, die SPD-Fraktion enthielt sich. In dem Antrag mit dem Titel „Sozial und regional – Tourismus in ländlichen Räumen stärken“ forderte die Linksfraktion die Bundesregierung auf, eine bundesweite SWOT-Analyse (Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken) zum Landtourismus zu beauftragen, die überregionale Vernetzung touristischer Regionen zu verbessern und die Förderung von Projekten im Landtourismus auf Länderebene zu harmonisieren. *jbb*

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Für den Erhalt der drei energiepolitischen Grundsätze



Philipp Rösler (*1973)
Bundesminister

Wir haben in Deutschland eine starke Volkswirtschaft, einen starken Mittelstand mit einem starken industriellen Kern. Es ist diese Struktur, die Wachstum möglich macht, die Beschäftigung sichert und damit für den Wohlstand in unserem Lande steht. Weil wir das wissen, kämpft diese Regierungskoalition genau für diese Struktur. Das gilt insbesondere in dem wichtigen Bereich der Energiepolitik.

Es gibt fünf Felder – Kraftwerke, neue Netze, natürlich erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieforschung –, in denen es sich besonders lohnt, genau

für diese Struktur zu kämpfen. Die Leitlinien, die für eine kluge Energiepolitik immer gelten, sind zum Ersten eine umweltfreundliche Erzeugung, zum Zweiten das wichtige Thema Versorgungssicherheit und zum Dritten die Bezahlbarkeit von Energie, und zwar nicht nur für Unternehmen, sondern für Menschen und private Haushalte gleichermaßen.

Der Aspekt der Umweltverträglichkeit – ich finde, daran kann man zwei Jahre nach der Katastrophe von Fukushima erinnern – ist der eigentliche Grund für unseren gemeinsamen Beschluss, aus der Kernenergie auszusteigen. Er wurde hier im Deutschen Bundestag gefasst. Er ist getragen von einer breiten Mehrheit im Bundesrat und in der Gesellschaft.

Anders als die frühere rot-grüne Bundesregierung haben wir uns nicht darauf beschränkt, einfach nur den Ausstieg zu beschließen und da-

nach die Hände in den Schoß zu legen, so wie Sie es sehr selbstzufrieden getan haben.

Wir haben gewusst: Wir müssen alles dafür tun, dass das Ziel, bis zum Jahr 2022 auszusteigen, auch erreicht werden kann. Sie haben sich nach Ihrem Beschluss zurückgelehnt. Wir haben die Hände in die Hand genommen

Der erste Bereich ist der Bereich der neuen Netze. Wir haben dafür die notwendigen Gesetze beschlossen, zum Beispiel das Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Unser Ziel ist es, die bisherigen Planungs- und Bauzeiten von derzeit bis zu zehn Jahren auf vier Jahre zu verkürzen. Ein Teil dieser Gesetze beinhaltet die Vorgabe, einen Netzentwicklungsplan auf den Weg zu bringen, der die Strukturen, aber auch die weiteren Maßnahmen für den Netzausbau in Deutschland festlegt. Genau das ist in enorm kurzer Zeit gelungen. Man darf nicht vergessen: Bisher gab es einen solchen Netzentwicklungsplan nicht. Man musste ihn also im wahrsten Sinne des

Wortes aus dem Nichts heraus definieren, um zu sehen, wie die neuen Netzstrukturen in Deutschland aussehen sollen.

Der Netzentwicklungsplan liegt jetzt vor. Wir wissen, dass 2 900 Kilometer er-

tüchtigt oder im Bestand erneuert werden müssen. Es gibt weitere 2 800 Kilometer, die tatsächlich neu gebaut werden müssen. Es ist gut, dass wir diesen Netzentwicklungsplan haben. Entscheidend ist aber auch das Umsetzen dieses Netzentwicklungsplans; denn wir haben sehr frühzeitig – schon bei der -Gesetzgebung – gesagt: Wenn wir in Deutschland Industriepolitik betreiben wollen, bedeutet dies das Durchsetzen, das Umsetzen von Infrastrukturmaßnahmen.

Wenn Sie in Deutschland Infrastrukturmaßnahmen umsetzen wollen, brauchen Sie die Akzeptanz, das Verständnis der Bevölkerung. Deswegen wurde sehr früh ein Konsultationsverfahren eröffnet, damit die betroffenen Menschen vor Ort und die betroffenen Kommunen Stellung nehmen konnten. Diese wurden von den Übertragungsnetzbetreibern

einbezogen und später auch von der Bundesnetzagentur.

Es gab in diesem einjährigen Verfahren über 3 300 Einwendungen von Privatpersonen. Alle konnten in den Diskussionsprozess einfließen. Es ist quasi revolutionär für die Bundesnetzagentur, dass die Behörde die Anliegen nicht nur in Form von schriftlichen Stellungnahmen behandelt hat, sondern sie ist in die Fläche gegangen, sie hat mit den betroffenen Kommunen und den betroffenen Menschen gesprochen.

In Stuttgart zum Beispiel wird das, was im Schlichtungsverfahren vereinbart wurde, immer noch nicht umgesetzt, weil man nicht bereit ist, dafür das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. Da weiß man, was man an dieser Bundesregierung hat; denn wir sprechen mit den Menschen, um Infrastrukturprojekte umzusetzen. So sieht richtige Bürgerbeteiligung aus.

Als Folge des Netzentwicklungsplans diskutieren wir heute gemeinsam in erster Lesung das Bundesbedarfsplangesetz. Dabei geht es nicht nur darum, wie die neuen Trassenverläufe aussehen sollen, sondern wir müssen uns konkret überlegen, wie wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass Projekttrassen, zum Beispiel für die Erdverkabelung, entstehen können.

Wir sehen auch eine Instanzenwegverkürzung vor, das heißt, dass man sich mit einer Klage direkt an das Bundesverwaltungsgericht wenden kann, das dann endgültig entscheidet. Damit können wir die Geschwindigkeit im Bereich Netzausbau erreichen, die wir uns vorgenommen haben, ebendiese vier Jahre.

Was noch viel entscheidender ist: Wir arbeiten hervorragend mit den Bundesländern zusammen. Das ist keine Selbstverständlichkeit; denn derzeit ist es so, dass sich mindestens 8 von 16 Bundesländern autonom versorgen möchten, weitere möchten sich in Bezug auf erneuerbare Energien nicht nur autonom versorgen, sondern sie sogar exportieren.

Wir sagen Ihnen: Der Erfolg wird nur möglich sein, wenn alle 16 Bundesländer, der Bund und Europa bei dem wichtigen Thema Netzausbau zusammenstehen.

Deswegen schaffen wir mit dem Bundesbedarfsplangesetz die Voraussetzung dafür, dass erstmalig

auch die großen und raumbedeutsamen Strecken, die mehrere Länder übergreifen, in die Planungszuständigkeit des Bundes, der Bundesnetzagentur übergehen können. Bisher haben wir immer gesehen: Dort, wo zwei Ländergrenzen aneinanderstoßen, kommt es zu Schwierigkeiten, kommt es zu Verzögerungen. Das muss geändert werden. Deswegen hoffen wir sehr, dass der Bundesrat bereit ist, auch wenn es um die konkreten Strecken geht, wenn es auf die einzelnen Maßnahmen ankommt, seine Zusage einzuhalten und die Zuständigkeiten von den einzelnen Ländern auf den Bund zu übertragen. Sonst wird es schwierig mit der Verkürzung von Bau- und Planungszeiten bei dem wichtigen Netzausbau in Deutschland.

Mindestens genauso wichtig wie die großen Fernübertragungsnetze ist das Verteilnetz. Wir diskutieren darüber im Rahmen der Netzplattform in meinem Ministerium, aber auch in anderen Gremien. Wir überlegen: Wie muss ein solches Verteilnetz eigentlich aussehen? Wir werden ungefähr die gleiche Anzahl an Kilometern brauchen, nur um das Verteilnetz zu ertüchtigen und zu modernisieren.

Hier geht es nicht nur darum, Produktion und Verbrauch räumlich zusammenzubringen, sondern Sie müssen Produktion und Verbrauch auch zeitlich zusammenbringen. Deswegen brauchen wir nicht nur Verteilnetze mit vielen Tausend Kilometern, sondern wir brauchen auch intelligente Netze die in der Lage sind, Produktion und Verbrauch zusammenzubringen. Wenn wir die beiden Dinge zusammenbringen wollen, dann brauchen wir nicht nur die Netze, sondern dann müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie der Markt für den konventionellen Kraftwerksbereich aussieht.

Ich will hier für die Bundesregierung und die Regierungskoalition sehr klar sagen: Wenn wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen, werden wir, auch wenn wir auf den stärkeren Ausbau des Bereichs der erneuerbaren Energien setzen, auch in Zukunft konventionelle Kraftwerke brauchen, Gaskraftwerke genauso wie Kohlekraftwerke.

Wenn die Grünen beschließen, dass man gerne auf Kohlekraftwerke verzichten möchte, dann ist das den Menschen gegenüber schlichtweg unehrlich; denn irgendwo muss der Strom für die Menschen und die Unternehmen ja herkommen.

Dass wir für Versorgungssicherheit stehen, haben wir bei der Winterre-

gelung gezeigt, die Sie im Bundestag im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes beschlossen haben.

Natürlich wissen wir, dass all die Maßnahmen, die darin enthalten sind, nicht vollumfänglich die Schönheit der sozialen Marktwirtschaft widerspiegeln.

Aber bei der Abwägung zwischen der Versorgungssicherheit auf der einen Seite und der Schönheit mancher Instrumente auf der anderen Seite war und ist es immer richtig, sich für die Versorgungssicherheit der Menschen und Unternehmen gleichermaßen zu entscheiden.

Wir brauchen Ähnliches auch bei der Marktstruktur im Bereich der konventionellen Kraftwerke. Allein

auf den Strom und nicht auf die Erzeugung zu achten, wird auf Dauer nicht mehr funktionieren. Trotzdem warne ich davor, zu glauben, dass man nur Kapazitätsmärkte fordern müsse und schon wäre das Problem

gelöst. „Kapazitätsmärkte“ ist ein schönes Wort dafür, dass man das Vorhalten von Kraftwerken mit dem Geld der Stromkunden in Deutschland subventionieren will.

Wenn Sie ein Problem, das durch die Förderung des Bereichs der erneuerbaren Energien, also durch ein Subventionsgesetz entstanden ist, durch eine weitere Subvention lösen wollen, dann handeln Sie entgegen dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Das kann nicht die alleinige Lösung für das zukünftige Marktdesign in Deutschland sein.

Wenn Sie ein solches Marktdesign auf den Weg bringen wollen, gerade für konventionelle Kraftwerke, dann müssen Sie auch an die Förderung des Bereichs der erneuerbaren Energien herangehen; denn beides gehört zusammen, die konventionelle Energieerzeugung in Deutschland und die Erzeugung durch die Nutzung erneuerbarer Energien. Das bisherige Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien ist ein Gesetz, das eigentlich nicht zur sozialen Markt-

Fortsetzung auf Seite 2

Sie haben schon den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und nichts für neue Netze getan.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Philipp Rösler (Bundesminister für Wirtschaft und Technologie)

wirtschaft passt. So, wie es momentan aufgebaut ist, ist es ein planwirtschaftliches Gesetz.

Es ist damals entstanden, als man eine Nischenbranche größer machen wollte. Das war absolut gerechtfertigt; jetzt aber haben wir ein Gesetz, das sich mit einem Markt befasst, der längst nicht mehr einem Nischenmarkt entspricht, sondern einen Marktanteil von 25 oder 35 Prozent hat. Deswegen dürfen Sie ein solches Gesetz nicht länger zulassen.

Das ist ein Gesetz, mit dem der Gesetzgeber, der Deutsche Bundestag, den Preis für jede einzelne Erzeugungsart auf den Cent genau festlegt.

Das ist Planwirtschaft und führt natürlich auch zu all den Verzerrungen und zu Ineffizienzen, die die Planwirtschaft mit sich bringt.

Es ist doch Ihre Verantwortung, dass wir momentan – mit all den

Verzerrungen – in der Planwirtschaft leben.

Wenn Sie sich ein Windrad in den Hintergarten stellen – egal ob Sie einen Netzanschluss haben oder nicht –, bekommen Sie bis zu 95 Prozent Ihrer Kosten vergütet. Was ist das für ein Geschäftsmodell?

Frau Höhn, stellen Sie sich vor, unser Wirtschaftsausschussvorsitzender Herr Hinsken – er ist Bäcker – würde ständig Brötchen produzieren, die er nicht verkaufen müsste, und er würde trotzdem 95 Prozent der Kosten als Vergütung bekommen. Was für ein großartiges Geschäftsmodell wäre das?

Es hat nur zwei Nachteile: Erstens. Die Menschen in Deutschland müssten es bezahlen. Zweitens. Es wäre kein zur sozialen Marktwirtschaft passendes Modell, und deswegen verzichtet Herr Hinsken auf ein solches Modell. Das Gleiche gilt auch für die Energiepolitik in Deutschland.

Deswegen brauchen wir ein anderes Modell, ein Mengenmodell, mit dem endlich die unterschiedlichen Erzeugungsarten – so, wie es sich für die soziale Marktwirtschaft gehört – in einen Wettbewerb miteinander gestellt werden.

Sonst wird Energie am Ende nicht mehr bezahlbar sein.

Wir erleben gerade die Diskussion über eine EEG-Umlage in Höhe von 5,277 Cent, die vielleicht bis zum Ende des Jahres sogar noch auf 6 Cent die Kilowattstunde ansteigen wird.

Ich finde, diese Zahlen zeigen eines sehr deutlich: Wir müssen schon jetzt – nicht zum Zweck der Integration von konventionellem Markt und dem Bereich der erneuerbaren Energien, sondern gerade im Interesse der Bezahlbarkeit von Energie für den Mittelstand, aber auch für private Haushalte – an einer grundlegenden Reform des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien arbeiten.

Die Energiepreise sind das Entscheidende für unseren Mittelstand und unseren industriellen Kern.

Die deutsche Wirtschaft steht in einem internationalen Wettbewerb mit günstigen Energiepreisen in Europa, mehr aber noch außerhalb Europas. Wir sprechen über Strompreise für Industrieunternehmen von 10 bis 15 Cent die Kilowattstunde hier in Deutschland und in Europa. Wir sprechen, was beispielsweise die USA angeht, über Strompreise im Bereich von 2 bis 5 Cent die Kilowattstunde.

Wenn künftig viele Unternehmen in Deutschland Investitionsentscheidungen zulasten des Standortes Deutschland bzw. Europa treffen, indem sie in die USA gehen, wäre das gerade für unseren industriellen Kern fatal; denn wir brauchen die gesamte Bandbreite einer industriellen Wertschöpfungskette. Das betrifft chemische Grundstoffe, Stahl und Aluminium genauso wie Hightechprodukte. Deswegen ist es notwendig, dass die Bezahlbarkeit von Ener-

gie als prioritäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik anerkannt wird.

Sie kommen aus Nordrhein-Westfalen. Ich sage Ihnen: Die Unternehmen werden sich sehr genau ansehen, wie Politiker aus Nordrhein-Westfalen agieren, wenn es darum geht, für die Bezahlbarkeit von Energie zu kämpfen.

Daran hängen hier Hunderttausende Arbeitsplätze. Sie zeigen, dass Sie kein Interesse an den Arbeitsplätzen in Deutschland haben. Das ist doch das wahre Gesicht von Roten, Grünen und Linken in Deutschland.

Sie haben den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie beschlossen und nichts für unser Land bzw. für neue Netze getan. Auch für neue

Kraftwerke und den Bereich der erneuerbaren Energien haben Sie nichts getan – und schon gar nichts für Energieforschung und Energieeffizienz. Im Gegenteil, bei Energieeffizienz halten Sie es bis heute nicht für nötig, etwas für die Menschen zu tun. Sie blockieren nach wie vor Gesetze im Bundesrat, bei denen es darum geht, Energieeffizienz für die Menschen durchzusetzen. Das ist doch Ihr Gesicht, wenn es um Energieversorgung in Deutschland geht.

Ich halte also fest: Diese Regierungskoalition hält sich an die drei energiepolitischen Grundsätze

Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in den fünf wesentlichen Feldern

Netzausbau, Kraftwerksausbau, erneuerbare Energien, Energieforschung und Energieeffizienz.

Viele Unternehmen aus dem Ausland beneiden uns um unsere starke Volkswirtschaft. Sie haben sich zu Anfang die Frage gestellt: Kann Deutschland den Ausstieg bis zum Jahre 2022 schaffen? Wenn man sich jetzt die Pläne ansieht, wenn man die Dinge erklärt, wenn man die Vorbereitung erkennt, dann weiß man: Wenn es einer schaffen kann, dann ist das unser Land. Diese Regierungskoalition steht und kämpft dafür, dass genau das gelingen kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sigmar Gabriel, SPD:

Wir haben ein massives Umsetzungsproblem



Sigmar Gabriel (*1959)
Wahlkreis Salzgitter – Wolfenbüttel

Wenn man eben bei der Rede des Kollegen Rösler eine Sekunde die Augen geschlossen und sich überlegt hätte, wer da eigentlich redet, dann hätte man den Eindruck haben können, dass da ein Oppositionspolitiker die aktuelle Regierung beschimpft.

Herr Rösler, ich bin nicht sicher, ob Sie es wissen, aber für all die Probleme, die Sie eben diagnostiziert haben, sind Sie und Ihr Kollege Brüderle seit fast vier Jahren zuständig.

Übrigens, als Sie gesagt haben, dass Sie wieder in der Regierung sein werden, hat nur die FDP geklatscht, die CDU/CSU wohl vorsichtshalber nicht. Die Kollegen in der CDU/CSU ahnen, was bei den Wahlen herauskommen wird.

Sie können das übrigens heute in der Süddeutschen Zeitung nachlesen. Sie haben sich ja selber für Ihre Arbeit so gelobt und eben hier versucht, den Schwarzen Peter anderen zuzuschieben. Dabei sitzt der Schwarze Peter bei Ihnen ganz in der Nähe am Kabinetttisch.

Er hat heute auf die Frage der Süddeutschen Zeitung, was er von Ihrer Arbeit hält, geantwortet – ich lese es einmal vor –: „Ich urteile

grundsätzlich nicht über die Arbeit befreundeter Kabinettskollegen.“

Das ist ja einmal ein richtiges Lob. So stellt man sich Freundschaften bei Ihnen vor.

Herr Rösler, ich will einmal versuchen, auf ein paar der Probleme, die Sie, wie ich finde, treffend beschrieben haben, einzugehen – Sie haben sie zwar jetzt beschrieben, aber Sie haben dreieinhalb Jahre nichts getan, um sie zu lösen – und darauf hinzuweisen, was Sie eigentlich hätten tun müssen. Wie sieht eigentlich der Stand des Ausbaus der Netze in der Realität aus, nachdem Sie und Ihr Vorgänger Herr Brüderle hier dem Parlament mehrfach große Ankündigungen gemacht haben? Sie haben Beschleunigungsgesetze eingebracht, Sie haben gesagt, dass Sie den Netzausbau richtig in den Griff bekommen wollen. Das ist das Versprechen Ihres Kollegen Brüderle – man ist sich bei Ihnen immer nicht so sicher, ob er gerade Nachfolger oder Vorgänger ist – und auch Ihr Versprechen gewesen.

Ich sage Ihnen: Das Energieleitungsbaugesetz von 2009 hat die wichtigsten Strecken für den Netzausbau per Gesetz begründet. Von 2009 bis heute, Herr Rösler, sind ganze 12 Prozent von Ihnen realisiert worden: 214 Kilometer von 1 834 Kilometern, die Sie bauen müssen. Keines der damals benannten Pilotvorhaben für die Erdverkabelung in der Gleichstromtechnik, um die durch Windkraft im Norden erzeugte Energie zu den Lastschwerpunkten in den Süden zu bringen, haben Sie in Ihrer Regierungszeit bis heute umgesetzt.

16 der 24 Vorhaben von damals sind im Zeitverzug; dieser beträgt ein bis sieben Jahre.

Herr Rösler, damit Sie es nicht völlig verdrängen, erinnere ich Sie daran: Der dafür verantwortliche Minister sind Sie und nicht Vorgängerregierungen, die übrigens diesen irren Weg des Ausstiegs nicht gewählt haben.

Wären Sie beim rot-grünen Energieumstieg geblieben, hätten Sie diese Probleme nie in dieser Art auf den Tisch bekommen.

Sie scheinen ja völlig verdrängt zu haben, was Sie da angerichtet haben. Sie haben doch in das Herz-Kreislauf-System der deutschen Wirtschaft – das haben Sie eben zu Recht so genannt; es ist das Herz-Kreislauf-System der deutschen Wirtschaft – eingegriffen. Sie haben in den letzten dreieinhalb

Jahren zweimal am offenen Herzen operiert. Aber Ihr Ärzteteam – einschließlich der Chefärztin, die gerade hinausgegangen ist – hat bei diesen Operationen wechselnde Diagnosen gestellt und wechselnde Therapievorstellungen gehabt. Dass der Patient noch lebt, liegt nicht an der Kunst Ihres Ärzteteams, sondern an der guten Konstitution des Patienten. Sie haben ihn allerdings fast ans Ende gebracht.

Wir sind nicht diejenigen gewesen, die erst beschlossen haben, 14 Jahre länger an der Atomenergie festzuhalten, und dann gesagt haben: Nun aber schneller raus!

Wir haben übrigens auch keinen Prozess verloren, wie Sie ihn gerade wegen der illegalen Stilllegung von Atommeilern verlieren.

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 11. bis 15. März 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Verkehr und Bau „Gesetz zu dem Abkommen vom 3. März 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Seeschifffahrt“ (Bundesregierung, 17/12336, 17/12574);

„Gesetz zur Änderung seeverkehrsrechtlicher und sonstiger Vorschriften mit Bezug zum Seerecht“ (Bundesregierung, 17/12594, 17/12348);

„Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von Nairobi von 2007 über die Beseitigung von Wracks“ (Bundesregierung, 17/12343, 17/12595);

Wirtschaft und Technologie „Fünftundneunzigste Verordnung zur Außenwirtschaftsverordnung“ (Bundesregierung, 17/12226, 17/12441 Nr. 2.1, 17/12728);

„Einhundertzehnte Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AI zur Außenwirtschaftsverordnung –“ (Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, 17/12227, 17/12441 Nr. 2.2, 17/12729);

Umwelt „Verordnung über die Hinweispflichten des Handels beim Vertrieb bepfandeter Getränkeverpackungen (GvpHpV) (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 17/12303, 17/12441 Nr. 2.3, 17/12739).

Ablehnung

Familie „Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen umsetzen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/7953, 17/8643);

Inneres „Residenzpflicht abschaffen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/11356, 17/11725).

Sie haben die Probleme zwar beschrieben aber dreieinhalb Jahre nichts dagegen getan.

Wo im Bundeshaushalt findet man eigentlich die 15 Milliarden Euro, die Sie an Regressforderungen der Energiekonzerne wegen Ihrer damaligen Kumpanei mit ihnen zu erwarten haben?

Die waren dann nämlich enttäuscht. Die Rechnung für die Kumpanei mit diesen Konzernen müssen jetzt die Steuerzahler bezahlen. Das ist das Ergebnis Ihres Atomausstiegs von vor zweieinhalb Jahren.

Zurück zum Netzausbau. 12 Prozent wurden bisher realisiert. Wenn die Bundesregierung beim Netzausbau in diesem Tempo weitermacht, Herr Rösler, dann wird die Energiewende tatsächlich ein Jahrhundertprojekt; das kann man wohl sagen.

Zwischen der Realität beim Netzausbau in Deutschland und dem, was Sie hier erklären, gibt es einen Riesenschied. Sie legen hier einen Gesetzentwurf vor, nach dem bis 2022 auf einer Strecke von insgesamt 2 800 Kilometern neue Leitungen gebaut werden sollen; das entspricht der Entfernung zwischen Stockholm und Madrid. Bei Beibehaltung Ihres bisherigen Schnecken tempos – bisher wurden, wie gesagt, erst 12 Prozent realisiert – werden diese Leitungen nicht bis 2022 fertig sein, sondern frühestens 2060. Mit anderen Worten: Sie legen einen Netzausbauplan vor, von dem Sie schon heute wissen, dass er mit Ihrer Regierungskunst nie und nimmer realisiert werden wird.

Was haben Sie eigentlich die letzten dreieinhalb Jahre getan, damit das Nord-Süd-Gefälle, dass der Windstrom im Norden produziert, aber an den Lastschwerpunkten im Süden und Westen gebraucht wird, endlich abgebaut wird? Das Gegenteil ist eingetreten: Dieses Gefälle verschärft sich von Jahr zu Jahr. Inzwischen produzieren wir, weil die Netze verstopft sind, Wegwerfstrom. Wir bezahlen ihn, aber wir können ihn nicht nutzen. Bezahlen müssen das die Steuerzahler, die Stromkunden und all diejenigen, die da zur Kasse gebeten werden. Das, Herr Rösler, ist Ihre Verantwortung. Sie sind derjenige, der das zulässt.

Sie versagen komplett, was die Steuerungskompetenz angeht. Sie sagen hier: Die 16 Bundesländer können nicht machen, was sie wollen.

Aber sagen Sie einmal: Was tun Sie eigentlich, um mit Ländern, Kommunen, der Energiewirtschaft und Stadtwerken den geplanten Netzausbau oder eine Kopplung des Netzausbaus und des Ausbaus der Nutzung erneuerbarer Energien hinzubekommen? Bis heute gar nichts! Sie beschreiben die Probleme richtig. Aber Sie sind der Minister, der dafür da ist, sie zu lösen. Das machen Sie seit dreieinhalb Jahren nicht.

Kurz vor der Bundestagswahl kommen Sie hierher und erklären, was man alles machen muss. Wissen Sie, es gibt ein altes Sprichwort für Leute wie Sie. Es lautet: Am Abend werden die Faulen fleißig. Das beschreibt, was Sie machen.

Herr Rösler, nun können Sie ja sagen: Na ja, es ist doch klar, dass die Opposition über mich schimpfen muss; das ist ein altes Spiel im Parlament. – Deshalb lese ich Ihnen einmal vor, was außerhalb Ihrer eigenen Wirklichkeit, außerhalb dieses Parlaments über Sie, Ihre Regierung und die Kanzlerin gedacht wird.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herr Kerber, meint – ich

zitiere –: Es fehlen eindeutige Verantwortlichkeiten. Der Konkurrenzkampf innerhalb der Bundesregierung muss aufhören. Wir brauchen den Aufbau eines „Kontrollzentrums Energiestrategie Deutschland“.

Der Vorsitzende der Energiegewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, erklärte vor wenigen Wochen:

Es fehlt der Bundesregierung an Koordination und Entscheidungen. Wenn das so weitergeht wie bisher, dann wird das nichts mit der Energiewende.

Vor wenigen Tagen wurde der Unternehmer Ulrich Grillo, zugleich der neue Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, gefragt, wie er das Management der Energiewende durch die Bundesregierung bewertet – hören Sie gut zu, Herr Rösler! –, und die -Antwort von Herrn Grillo lautete: „Es gibt kein Management.“

Herr Rösler, sagen Sie das auch Ihrer Kanzlerin; denn auch sie ist damit gemeint. Ich habe aufgehört, zu zählen, wie oft die Kanzlerin die Energiewende zur Chefsache erklärt hat. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder beherrscht sie die Chefsache nicht, oder Sie, Herr Rösler, lassen nicht zu, dass das Ganze geführt wird.

Ich könnte zwar noch mehrere ähnliche Zitate vortragen, aber ich beende diese Aufzählung mit einem Kommentar aus der Passauer Neuen Presse von der letzten Woche. Unter der Überschrift „Verlorenes Jahr“ fasst der Kommentator das wie folgt zusammen:

Für das Gelingen der Energiewende wird 2013 ein weitgehend verlorenes Jahr werden.

Leider hat er recht, meine Damen und Herren.

Alle, aber auch ausnahmslos alle, Herr Rösler, die in Deutschland etwas von Energiepolitik verstehen, sagen, dass diese Regierung ein Totalausfall ist hinsichtlich einer Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare

Preise während der Energiewende sicherstellen soll.

Meine Damen und Herren, wie sieht das aus mit der Chefsache der Bundeskanzlerin, dem neuen Strommarktdesign? Fehlanzeige. Wie sieht das aus mit dem von der Ethik-Kommission zum Ausstieg aus der Atomenergie dringend geforderten Aufbau eines Kapazitätsmarktes, vor allem mit Gaskraftwerken? Fehlanzeige.

Sie erklären hier, die Bundesländer sollten nicht machen, was sie wollen. Was macht Ihr Koalitionspartner, die CSU? Ministerpräsident Seehofer hat als Erster erklärt, sein Land, Bayern, würde energieautark.

Wenn man an den Industriestandort Deutschland denkt, muss man sagen: Die sind völlig verrückt geworden. – Und was passiert? Gar nichts passiert. Im Gegenteil, anstatt dass neue Gaskraftwerke gebaut werden – dafür sind Sie übrigens verantwortlich –, werden in Deutschland neue Gaskraftwerke stillgelegt, und wir stehen an den Tagen, an denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, vor massiven Problemen mit der Versorgungssicherheit und der Stabilität im Netz. Genau das bewirkt Ihre Politik.

Das geht ja noch weiter: Sie jammern zwar über steigende Strompreise – zu Recht übrigens –, aber gleichzeitig verhindern Sie, dass Effizienzmaßnahmen den Stromkunden helfen, ihren Stromverbrauch zu senken und Geld zu sparen. Warum verhindern Sie das eigentlich?

Sie stehen in Europa auf der Bremse, wenn es um Energieeffizienz geht. Sie verhindern – gemeinsam mit Ihrer Bundesregierung und anderen –, dass der europäische Emissionshandel wieder in Gang kommt. Ihrem Finanzminister fehlen jetzt 1 bis 2 Milliarden Euro im Haushalt, um Maßnahmen zur Energieeinsparung zu finanzieren. Sie erklären öffentlich, wie schlimm das ist, aber Sie helfen keinem einzigen Verbraucher. Vielmehr stoppen Sie die Programme, weil Sie die Mittel dafür nicht mehr haben, weil Sie den Emissionshandel durch Ihr Verhalten in Europa ruiniert haben.

Steigende Strompreise, steigende Versorgungsunsicherheit, das ist das Ergebnis Ihrer Politik und nicht etwa die Schuld von Rot-Grün oder irgendwelcher Außerirdischer. Sie sind Minister, auch wenn Sie es manchmal nicht glauben können. Wir würden es ja auch gerne anders sehen; aber es ist nun einmal so. Dann müssen Sie einmal arbeiten in diesem Land.

Sie müssen übrigens nicht einmal für irgendetwas kämpfen: Über alles, was wir hier bereden, besteht doch Einvernehmen. Aber Sie setzen nichts um. Bei der Umsetzung der Energiewende sind Sie ein Totalversager; das ist das eigentliche Problem in Deutschland.

Jetzt kommt – alle Achtung! – die Strompreispbremse. Kurz vor Toreschluss erklären Sie: Keine Sorge! Wir bremsen die Strompreise.

Wie wollen Sie das eigentlich machen? Obwohl die steigenden Strompreise nach Ihren eigenen Aussagen und nach Aussagen Ihres Ministeriums praktisch nichts mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu tun haben – selbst wenn kein einziges Windrad mehr gebaut würde, würden aktuell die Strompreise steigen –, wollen Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien und damit die Energiewende selbst stoppen; das ist Ihr Vorschlag.

Damit nicht genug: Sie beherrschen das kleine Einmaleins eines Wirtschaftsministers nicht, das da lautet: Wir brauchen Investitionssicherheit und keine ständigen Veränderungen der Rahmenbedingungen. Ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister schlägt, gemeinsam mit seinem Kabinettskollegen Altmaier, vor, in bestehende Verträge einzugreifen. Ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister schlägt vor, dass die im internationalen Wettbewerb stehende Rohstoffindustrie in Deutschland – von Aluminium über Stahl zu Kupfer – jetzt höhere Strompreise zahlen soll. Und so etwas fordert ein FDP-Bundeswirtschaftsminister!

Was Sie da vorschlagen, ist doch irre. Weil Sie offenbar von allen guten Geistern verlassen sind, wollen Sie das jetzt im Schweinsgalopp durchsetzen. Sie müssen wirklich, Entschuldigung, nicht mehr ganz bei Trost sein.

Keine dieser Maßnahmen, Herr Rösler, behebt die Ursachen steigender Strompreise. Nichts von dem, was Sie vorschlagen, hält länger als bis zum Wahlabend, 18.01 Uhr. Und jede dieser Maßnahmen verunsichert sämtliche Investoren. Herr Rösler, Unberechenbarkeit wird zum Markenzeichen Ihrer Energiepolitik. Das ist das, was die Investoren in Deutschland von Ihnen lernen.

Wenn Sie, wie wir auch, Sorgen wegen steigender Strompreise haben: Warum verdienen Sie in der Bundesregierung dann noch heimlich mit? Aufgrund steigender EEG-Umlage haben Sie nämlich bis zu 1 Milliarde Euro Mehreinnahmen über die Mehrwertsteuer. Warum geben Sie nicht wenigstens das, was Sie über steigende Strompreise zusagen für Ihren Haushalt abkassieren, an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurück? Warum machen Sie das eigentlich nicht?

Sie können übrigens mit uns reden, wenn Sie nicht generell 1 000 Kilowattstunden stromsteuerfrei stellen wollen, sondern Ermäßigungen lieber an bestimmte Gruppen geben wollen, zum Beispiel an Familien, Niedrigverdiener oder

BAföG-Empfänger. Das alles können wir machen. Sie können aber doch nicht mitkassieren und gleichzeitig öffentlich darüber jammern, dass die Strompreise steigen.

Ich finde es wirklich eine erbärmliche Bilanz, die wir hier vorgestellt bekommen. Das alles wird dann auch noch mit großen Zielen beschrieben.

Es wird Zeit, dass in der Bundesregierung einmal Ordnung geschaffen wird. Sie müssen erstens aufhören, über Kompetenzen zu streiten.

Zweitens brauchen wir wirklich auch im Rahmen der Energiewende eine Gerechtigkeitswende; denn sinkende Börsenstrompreise werden nicht an die Verbraucher weitergegeben, sondern nur an die Großindustrie, und die von CDU/CSU und FDP massiv ausgeweiteten Ausnahmen bei der Stromsteuer – weit über die Rohstoffindustrie hinaus – führen dazu, dass der Rest höhere Strompreise zahlt. Daneben verdienen an Windparks und Solardächern immer mehr Grundstücks- und Hauseigentümer, während die Mieter die Zeche zahlen.

Dann stimmen Sie doch zu! Wir wollen den Verbrauchern das zurückgeben. Stimmen Sie doch zu, dass wir endlich ein neues Strommarktdesign machen!

Schaffen Sie einen Kapazitätsmarkt! Sorgen Sie dafür, dass wir endlich zu einer Kopplung zwischen Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien kommen! Das sind Vorschläge, für die Sie hier im Haus eine breite Mehrheit bekommen würden. Sie müssen es aber umsetzen, Herr Kollege. Es gibt kein Erkenntnisproblem, wir haben kein Diagnoseproblem, sondern wir haben ein massives Umsetzungsproblem.

Es gibt böse Zungen, die sagen, Herr Rösler als alter Freund der Atomenergie habe gar kein Interesse daran, dass das am Ende funktioniert. Ich glaube, das ist nicht so. Ich nehme Ihnen ab, dass Sie die Energiewende wirklich wollen. Offensichtlich ist aber: Parteien, die jahrzehntelang sozusagen auf die „Bruttoregistertonnenmentalität“ der Atomenergie gesetzt haben, scheint die Fantasie dafür zu fehlen, sich vorzustellen, wie das Ganze intelligent hin zu mehr Dezentralität umgebaut werden kann, sodass ein möglichst hoher Anteil erneuerbarer Energie erreicht wird. Sie sind in Ihrem alten Denken verhaftet, und das führte dazu, dass Sie, als Sie sich hier hingestellt haben und beschrieben haben, was fehlt, Ihr eigenes Versagen beschrieben haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für das Gelingen der Energiewende wird 2013 ein verlorenes Jahr werden.

Es fehlt der Bundesregierung an Koordination und Entscheidungen.

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

Energiewende gelingt nur mit den Bundesländern



Michael Fuchs (*1949)
Wahlkreis Koblenz

Herr Kollege Gabriel, Freundschaft in der SPD erkennt man schon daran, dass Ihr Kanzlerkandidat bei der Rede seines Parteivorsitzenden nicht im Deutschen Bundestag war. Daran lässt sich ablesen, wie sich die Situation darstellt. Ich würde an Ihrer Stelle nicht über andere lästern.

Herr Kollege, Sie haben eben über das Thema Energieeffizienz gesprochen. Energieeffizienz ist mit Sicherheit eine der besten Möglichkeiten, in Deutschland Energie einzusparen. Da sind wir uns einig. Insofern frage ich mich, warum Ihre Mehrheit im Bundesrat seit mehreren Monaten 1,5 Milliarden Euro blockiert, die wir in die Sanierung von Häusern stecken wollen, um sie energieeffizienter zu machen. Das ist doch scheinheilig, was Sie hier machen. Sie haben doch gar nicht das Recht, darüber zu reden, wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, solche Dinge umzusetzen.

Sie hier permanent an den Tag legen, geht mir ziemlich auf den Geist. Sie wissen ganz genau, warum diverse Ausbaumaßnahmen nicht vorgenommen werden. Sie wissen ganz genau, dass Sie sie vor Ort verhindert haben. Das ist mehr als traurig. In all den Ländern, in denen wir Ausbaumaßnahmen vorhaben, sitzen Sie zum großen Teil mit in der Regierung. Und das ist der Grund, warum es nicht vorangeht.

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank ist die Stromversorgung in Deutschland zuverlässig. Sie funktioniert. Laut der Bundesnetzagentur – und auch das sollten Sie wissen, Herr Gabriel; Lesen bildet – ist es im letzten Jahr insgesamt zu nur rund 15 Minuten Stromunterbrechung in Deutschland gekommen. Wir sind damit Weltspitze. Es gibt kein einziges Land, in dem es so wenige

Stromunterbrechungen gab wie bei uns. In den USA waren es bis zu 500 Minuten, in Frankreich immerhin bis zu 100 Minuten. Die Qualität der Stromversorgung ist gut, und das ist in einem so hoch industrialisierten Land wie unserem auch notwendig. Die Chipindustrie in Deutschland könnte nicht funktionieren, wenn es eine solche gute Stromversorgung nicht gäbe.

Wir wissen aber auch ganz genau, dass aufgrund der Maßnahme, die wir mit vollem Herzen ergriffen haben – ich meine den Ausstieg aus der Kernenergie und das Abschalten diverser Anlagen –, jetzt eine Kompensation her muss. Es nützt uns überhaupt nichts, darüber zu diskutieren, dass im Jahre

2020 der Anteil von erneuerbaren Energien bis zu 57 Prozent betragen kann, wenn wir nicht gleichzeitig sicherstellen, dass permanent Strom zur Verfügung steht. Denn es ist dummerweise so, dass der Wind nicht immer weht.

Ich habe mir einmal beispielhaft von der Bundesnetzagentur das Diagramm eines Tages ausdrucken lassen, das ich Ihnen gerne zeige. Hier sehen Sie den geringen Beitrag der erneuerbaren Energien zur Lastdeckung am 13. Februar 2013. Die kleine Fläche unten – das können Sie sogar von Ihren Sitzen aus sehen – zeigt den Anteil der erneuerbaren Energien.

Die große Fläche darüber stellt den Anteil konventioneller Energie dar, die erzeugt werden musste, weil dieser Tag ein wunderschöner grauer Wintertag

war, der Himmel voller Wolken und windstill. Es herrschte eine typische Inversionswetterlage, und diese Inversionswetterlage hatten wir in den letzten sechs Wochen leider permanent. Das zeigt, dass wir nach wie vor einen vernünftigen Kraftwerkspark brauchen, der in dem Moment anspringt, in dem keine erneuerbare Energie produziert wird. Die einzige grundlastfähige erneuerbare Energie, die es überhaupt gibt, ist die Biomasse. Alles andere ist nicht machbar.

Und machen wir uns bitte auch nichts vor: Wir können noch so viel darüber reden, aber in diesem Land haben wir keine Speicherkapazitäten. Eine Ausnahme sind die paar Stauseen, die wir haben, und die wenigen Möglichkeiten, mit Hochdruckwasserspeichern zu arbeiten. Ich würde Ihnen in diesem Zusammenhang einmal raten, nach Baden-Württemberg zu fahren; dort tragen

Sie Regierungsverantwortung. Fahren Sie doch einmal in den Hotzenwald, und schauen Sie sich an, was Ihre Kollegen dort machen.

Ihre Kollegen verhindern dort seit langer Zeit den Bau eines großen Pumpspeicherwerkes, das uns bei der Sicherstellung der Versorgung helfen könnte.

Dann sage ich Ihnen auch: Wir müssen beim Netzausbau genau so weitermachen. Wer den Netzausbau will, der muss auch dafür sorgen, dass er in allen Bundesländern umgesetzt wird: Der muss für die Thüringer Strombrücke sorgen.

Der muss auch in allen anderen Bereichen dafür sorgen, dass es vo-

rangeht. Das sollten wir schon gemeinsam tun.

Es wird höchste Zeit, dass wir gemeinsam in diesem Hohen Hause bereit sind, den Leitungsausbau stärker zu unterstützen. Wir haben dazu jetzt die nötigen Gesetze. Wir haben über den Netzentwicklungsplan entsprechende Möglichkeiten geschaffen. Wir haben auch eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen. Gott sei Dank haben wir beschlossen, dass es – Herr Bundesminister Rösler hat es eben gesagt – nur noch eine einzügige Gerichtsbarkeit gibt. Das ist notwendig, damit wir überhaupt so schnell wie möglich die Netze ausbauen.

Wenn wir das nicht tun, dann funktioniert die ganze Energiewende nicht; denn was nützen uns die schönsten Offshorewindanlagen, wenn der Strom nicht dahin kommt, wo er gebraucht wird? Also, sorgen Sie an allererster Stelle in den Bundesländern, in denen Sie Verantwortung tragen, dafür, dass auch dort

der Netzausbau so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Ich sage Ihnen eines: Es ist völlig richtig, dass die Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang die Ministerpräsidenten eingeladen hat. Diese haben genauso viel Verantwortung dafür zu tragen, dass die Energiewende funktioniert. Sie funktioniert nur dann, wenn das gemeinsam geschieht, und zwar in allen Bereichen dieses Landes. Wenn nicht jeder an seiner Stelle seine Arbeit macht – ich habe das Gefühl, Sie glauben, wir könnten das hier alleine machen, ohne dass die Bundesländer mithelfen –, dann funktioniert das nicht. Eine solche Aufgabenteilung kann in unserem Land einfach nicht funktionieren. Meine Damen und Herren, es wird Zeit, dass die Bundesländer das begreifen und ihre Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Die Energiewende ist bei dieser Koalition in schlechten Händen



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu Herrn Rösler. Herr Rösler, ich glaube, Sie waren noch zu sehr im Parteitagmodus der FDP. Sie haben auf Ihrem Parteitag die schöne Geschichte von Brüderle und Schwesterchen erzählt, die im Märchen sehr gut ausgeht. So wie Sie allerdings an die Energiewende herangehen, wird dieses Märchen leider nicht gut ausgehen. Sie regieren seit vier Jahren. Wer sich die Ergebnisse anschaut, das, was Sie gerade auch bei dem heutigen Thema vorzulegen haben, sieht, dass das wirklich mehr als dürftig ist. Sie haben insgesamt dazu beigetragen, dass es bei den Menschen und Unternehmen in diesem Land Verunsicherung gibt.

Es wundert mich schon sehr, dass Herr Fuchs auf einmal als Kämpfer für den Atomausstieg dasteht.

Ich habe das ein bisschen anders in Erinnerung: Da gab es ein „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“. All das ist schon sehr eigenartig.

Was wir heute in erster Lesung behandeln, hat mit einem verantwortungsbewussten Beitrag zur Energiewende sehr wenig zu tun. Man fragt sich sowieso immer: Ist das die Bundesregierung? Ich habe gerade gehört, dass Herr Altmaier und Herr Rösler gar nicht mehr zusammen in den Umweltausschuss gehen, weil sie sich dort wahrscheinlich beharken würden. Das ist also wirklich sehr wenig Bundesregierung.

Im Kern handelt es sich schlicht und ergreifend um einen Gesetzentwurf, durch den die Profite der Energiemonopolisten und die Profite der Netzbetreiber weiter abgesichert werden sollen. Denen ist es im Übrigen völlig egal, welcher ökologische und welcher soziale Preis für welche Energie bezahlt werden muss, die transportiert wird. Versorgungssicherheit übersetzt Schwarz-Gelb letztlich mit Profitsicherheit.

Natürlich wissen auch wir: Energietransport braucht moderne Netze. Da muss etwas geschehen. Aber wer die Energiewende wirklich will, der muss dafür einen Plan haben, auch was die Netze betrifft. Dabei muss das Thema Energieverbrauchs-senkung natürlich eine wichtige Rolle spielen. Dann kommt man aber im Ergebnis zu der Erkenntnis, so viel Netz wie nötig, und nicht, so viel Netz wie möglich.

In dem Gesetzentwurf geht es um Rechtswegekürzung und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das alles ist durchaus sinnvoll, aber löst letztlich kein grundsätzliches Problem. Die Bundesregierung hat eben keinen Plan, was die Energiewende betrifft.

Sie reden hier davon, dass man sich mit den 16 Ländern ins Benehmen setzen muss. Aber es geht natürlich nicht, dass die Bundesregierung ansagt und die Länder zu folgen haben. Warum haben Sie eigentlich nicht die Bundesratsstellungnahme vom Februar bei Ihrem Gesetzentwurf in irgendeiner Weise beachtet? Es gab auch eine Stellungnahme auf Initiative des Bundeslandes der Bundeskanzlerin, das zufälligerweise auch meines ist, nämlich Mecklenburg-Vorpommern. Ist es Ignoranz oder handwerkliche Schlußdrei, dass Sie das einfach nicht beachten? Es darf nicht heißen: „Die Bundesregierung sagt an, und die Länder haben zu machen“, sondern das muss gemeinsam umgesetzt werden. Sie müssen sich von diesem hohen Ross herunterbegeben.

Mit diesem Gesetzentwurf lassen sich die schweren politischen Fehler bei der Planung und Durchsetzung der Energiewendepolitik nicht korrigieren. So stärkt man nicht das dringend notwendige Vertrauen in die Energiewende, und man organisiert sich auch keine Unterstützung bei der Bevölkerung. Es gibt eher eine ganz große Verunsicherung.

Die wahren Innovationsfeinde sitzen auf der Regierungsbank. Was ist denn innovativ daran, eines der größten Zukunftsprojekte in Deutschland, den Umbau der Stromerzeugung, zwar politisch auszurufen, aber dann einfach zu hoffen, dass die notwendige Infrastruktur sich quasi von alleine plant und baut? Was ist innovativ daran, den großen Energiekonzernen in weiten Teilen diese Planung zu überlassen, die schon betriebswirtschaftlich keinen Grund sehen, die alten Kraftwerke der Konkurrenz regenerativer Energien auszusetzen? Was ist innovativ daran, die Netzplanung an den Bedürfnissen dieser Konzerne und ihrer Lobbygruppen auszurichten, obwohl technisch eine dezentralere Stromerzeugung in effektiven Einheiten vor Ort, bürgernah, kosten-

günstig und flächendeckend möglich ist?

Sie haben auch über Bürgerbeteiligung und Bürgerinteressen geredet. Ich habe einmal nachgelesen, was in Ihrem Gesetzentwurf zu Ziel und Problemstellung steht. Das kommt bei Ihnen überhaupt nicht vor.

Was das Thema Bezahlbarkeit angeht, will ich auf eines aufmerksam machen: Auf Seite 16 ist von einem „Anstieg der Netzentgelte auf Übertragungsebene und damit auch der Strompreise“ die Rede. Das ist offensichtlich ehrlich. Sie gehen davon aus, dass die Strompreise steigen. Das ist letztlich ein Offenbarungseid in Ihrem eigenen Gesetzentwurf, dass Sie hier nichts tun wollen und die Bürgerinnen und Bürger diejenigen sein sollen, die letztlich die Ener-

giewende bezahlen. Das kann nicht sein.

Ich will auf eines hinweisen: Sie haben in Ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass es eine unabhängige Netzgesellschaft geben soll. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Das will die Linke auch. Wir wollen eine in öffentlicher Hand befindliche Netzgesellschaft.

Was ist in den vier Jahren passiert? Gar nichts ist passiert. Sie haben nichts in diese Richtung gemacht. Darum ist das, was sowohl SPD als auch Grüne vorschlagen, durchaus vernünftig. Wir wollen, dass alles, was öffentliche Daseinsvorsorge betrifft,

in öffentlicher Hand ist. Das betrifft nicht nur die Bereiche Wohnen, Gesundheit und Bildung, sondern auch die Energienetze. Das schreiben Sie zwar in Ihrem Koalitionsvertrag, aber Sie brechen ihn ein weiteres Mal.

Die Energiewendepolitik muss letztlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Die Energiewendepolitik muss letztlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Frage ist: Wollen wir dezentrale Energieversorgung in Bürgerhand, oder erhalten wir die Macht der großen Vier? Es geht dabei nicht an, zu sagen: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen die Energiewende bezahlen. Es muss vielmehr darum gehen, zu rekommunalisieren und auch die Neuvergabe von

Netzkonzessionen durchzusetzen sowie vieles andere mehr.

Deswegen sage ich ganz klar und eindeutig: Die Energiewende ist bei dieser Koalition in schlechten Händen und in falschen Händen. Statt einer Politik, mit der Vertrauen zurückgewonnen werden kann, betreiben Sie eine Politik, der alles zuzutrauen ist.

Statt den Menschen Sicherheit zu geben, dass sie morgen noch Strom, Wasser und Gas bezahlen können, sorgen Sie sich um die Profite der Energiemonopolisten und der Netzbetreiber. Diese Politik, meine Damen und Herren, muss im Herbst abgewählt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Breil, FDP:

Wir holen Versäumnisse von Rot-Grün nach



Klaus Breil (*1945)
Landesliste Bayern

Ja, die Latte liegt hoch. Aber ich habe viel Sport in meinem Leben gemacht. Ich bemühe mich immer, auch die Höhen zu erreichen.

Herr Dr. Bartsch, eine Bemerkung vorab: Die Energiewende ist bei dieser christlich-liberalen Koalition in guten Händen. Ich widerspreche Ihnen ausdrücklich.

„Ja zum Netzausbau. Damit die Energiewende gelingt.“ Das ist der Titel, unter dem die Bundesregierung mit ihrer Informationsinitiative den Bürgerinnen und Bürgern bundesweit die Dringlichkeit des Netzausbaus in Deutschland näherbringt; denn nur mit neuen Stromleitungen können wir erneuerbare Energien überall nutzen. Doch diese Kampagne in Zeitungen sowie an Hauswänden und Bushaltestellen ist nur das Sichtbare, sozusagen das, was nach außen passiert. Tatsächlich aber haben die Bundesregierung sowie die christlich-liberale Koalition schon eine ganze Reihe von Gesetzen für den schnelleren Ausbau unserer Stromautobahnen beschlossen und da-

mit zur Erreichung des Zieldreiecks Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit beigetragen.

Gestatten Sie mir einen kleinen Exkurs. Einige von uns haben gestern an der Veranstaltung der AmCham, der amerikanischen Handelskammer, teilgenommen. Dort hat der CEO einer europäischen Tochtergesellschaft eines großen amerikanischen Grundstoffproduzenten der Chemieindustrie ausgeführt, welche Investitionen die Unternehmen für die Zukunft planen. Wenn wir nicht darauf achten, dass die Energiepreise in Deutschland bezahlbar bleiben, dann gehen an uns mittelfristig und langfristig wichtige Investitionen vorbei. Deshalb muss das EEG dringend reformiert werden.

Zurück zu den Netzen. Wir sind mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz einen großen Schritt hin zu kompakteren Planungs- und Genehmigungsverfahren gegangen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Rot-Grün hat zwar das EEG auf den Weg gebracht, aber die spätere Entfaltung völlig unterschätzt und für den Netzausbau nichts getan.

Das holen wir nun nach. Erst wir haben im Energiewirtschaftsgesetz ein neues, strukturiertes und nachvollziehbares Verfahren zur Planung des Netzausbaubedarfs eingeführt. Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze, über das wir heute in erster Le-

sung beraten, ist Teil davon. Insgesamt öffnen wir den Prozess der Netzplanung durch zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten einer interessierten Öffentlichkeit. Das ist unser oberster Grundsatz.

Auf Grundlage der angesprochenen Gesetze haben die vier Übertragungsnetzbetreiber schon Mitte des letzten Jahres den Netzausbaubedarf errechnet. Die Ergebnisse haben scheinbar reflexartig zu viel Kritik aus den Reihen der Opposition geführt.

An dieser Stelle sei mir noch ein deutlicher Hinweis in Richtung Opposition erlaubt: Aus Ihren Reihen sprechen noch immer ein paar Unbelehrbare im Energiebereich von Konzernen, auch bei den Übertragungsnetzbetreibern, und sie suggerieren damit der Öffentlichkeit, dass diese Unternehmen nur daran interessiert seien, Atom- und Kohlestrom zu transportieren, und dass sie nur dafür so viele Netze und Leitungen bräuchten.

Zu den Fakten: Das Übertragungsnetz mit 50 Hertz gehört zu 40 Prozent dem australischen Infrastrukturfonds IFM; 60 Prozent gehören einem niederländischen Netzbetreiber. Das Übertragungsnetz von Amprion gehört unter der Führung der Commerzbank mehreren Unternehmen aus der Versicherungsbranche. Das Übertragungsnetz von TenneT gehört der deutschen Tochter eines niederländischen Staatsunternehmens. Das Übertragungsnetz von TransnetBW ist eine 100-prozentige Tochter von

EnBW, dessen Hauptanteilseigner das rot-grün geführte Baden-Württemberg ist.

Meine Damen und Herren von der Opposition, sind das für Sie nicht Hinweise genug, dass dort in den Unternehmen keine Lobbyisten alter Energiestrukturen mehr sitzen und Sie mit Ihrem notorischen Misstrauen gegenüber Unternehmen vollkommen falsch liegen?

Oder machen Sie das ebenso mit Absicht wie Claudia Roth, die der Öffentlichkeit am Montag weismachen wollte, dass 16 000 Menschen an den Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima starben?

Frau Roth, Sie haben damit in den sozialen Netzwerken nicht nur einen Shitstorm – Frau Präsidentin, Sie erlauben mir bitte diesen Ausdruck –, sondern einen Tsunami ausgelöst.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr Argument, dass die Übertragungsnetzbetreiber absichtlich den Netzbedarf zu hoch veranschlagen, um die Energiewende teuer zu machen, ist ein Musterbeispiel für Ihren systematischen Populismus.

Es geht um Baurecht. Baurecht ist Ländersache, und Ihre Freunde in den Landesregierungen sind dringend aufgerufen, konstruktiv hier mitzuwirken, dass es schneller geht.

Ich möchte auf den Ablauf des jetzt etablierten strukturierten Verfahrens zum Netzausbau zurückkommen. Der von den Übertragungsnetzbetreibern berechnete Netzausbaubedarf wurde der Öffentlichkeit vorgestellt. Mehr als 2 100 Akteure nahmen zum NEP 2012 ausführlich Stellung. Dann überprüfte die Bundesnetzagentur gemeinsam mit Wissenschaftlern die Plausibilität der Ergebnisse und lud zu weiteren Konsultationen. Insgesamt kamen bei dem

Konsultationsverfahren weit über 5 000 Stellungnahmen zusammen; diese wurden ausgewertet. Letztes Jahr, Ende November, lag der Netzentwicklungsplan 2012, kurz: NEP 2012, vor. Er wurde der Bundesregierung als Entwurf für einen Bundesbedarfsplan präsentiert.

Als Vorhaben des Bundesbedarfsplans definieren wir in dem heute zu beratenden Gesetzentwurf solche Vorhaben, für die die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf bestehen. Wir verkürzen außerdem im

Interesse der zügigen Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung mit dem heute zu beratenden Gesetz zur Beschleunigung der Realisierung der Vorhaben den Rechtsweg, ohne die Rechte der

Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden. Dabei wird die Transparenz des Verfahrens natürlich vollständig beibehalten. Das Bundesverwaltungsgericht wird zukünftig als erste und letzte Instanz für Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Vorhaben des Bundesbedarfsplans zuständig sein.

Meine Damen und Herren, mit dem Bundesbedarfsplangesetz gehen wir den letzten legislativen Schritt für einen strukturierten, schnellen und vor allem kontinuierlichen Netzausbau mit umfassender Bürgerbeteiligung; ich wiederhole: im Interesse der zügigen Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung.

Ich komme zum Schluss. – „Kontinuierlich“ sage ich deswegen, da gerade erst Anfang März der Entwurf für den NEP 2013 sowie der Offshorenetzentwicklungsplan, der sogenannte ONEP, von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegt wurde.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rot-Grün hat zwar das EEG auf den Weg gebracht aber für den Netzausbau nichts getan.

Nur mit neuen Stromleitungen können wir erneuerbare Energien überall nutzen.

Bärbel Höhn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende



Bärbel Höhn (*1952)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir haben eben ein seltsames Schauspiel erlebt. Diese Regierung hat wie keine andere Regierung zuvor Planungsunsicherheit geschaffen.

Denn Sie sind dafür verantwortlich: rein in die Atomkraft, raus aus der Atomkraft. Die Laufzeitverlängerung war eine absolute Fehlentscheidung, was die Energiewende angeht.

Diese Bundesregierung gefährdet in unserem Land Arbeitsplätze im Bereich der Energiewende, die Rie-

senchancen bietet. Schwarz-Gelb vergeigt die Energiewende. Schwarz-Gelb gefährdet Arbeitsplätze in diesem Land. Herr Rösler, das haben Sie mit dieser Rede nicht wiedergutmachen können. Sie haben gezeigt, dass Sie es nicht können. Das wissen wir nun.

Sie haben einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Netzausbaus vorgelegt. In der Funktion als Wirtschaftsminister sind Sie zwar noch nicht so lange im Amt. Aber der neue Spitzenkandidat der FDP war zuvor für das Wirtschaftsministerium verantwortlich.

Im Koalitionsvertrag haben Sie festgeschrieben, dass der Netzausbau eine wichtige Sache ist. Herr Brüderle hat gesagt, das habe höchste Priorität. Herr Rösler, Sie haben versprochen, dass Sie liefern wollen. Was haben Sie aber geliefert? Sie selbst sagen, 2 900 Kilometer Netz müssten ertüchtigt werden, 2 800 Kilometer müssten neu gebaut wer-

den. Sie haben aber noch nicht einmal 300 Kilometer geschafft. Sie haben nicht nur nicht geliefert; Sie haben auch noch Schrott geliefert, Herr Rösler. An diesen Fakten und an nicht mehr und nicht weniger werden Sie gemessen.

Was Sie abgeliefert haben, führt zu einem dramatischen Debakel. Die Windparks sind bis heute nicht

angeschlossen. Das hat gravierende Folgen. Denn dadurch werden Haftungskosten fällig. Was machen Sie aber? Anstatt das Problem zu lösen, wälzen Sie diese Haftungskosten, die tendenziell steigen, auf die Be-

völkerung ab. Damit sind Sie verantwortlich für Energiepreissteigerungen, die die Bevölkerung treffen, Herr Rösler. Sie haben die Strompreise für die Bevölkerung nach oben getrieben, weil Sie keine richtige Politik betreiben und weil Sie nicht dafür sorgen, dass die Windkraftanlagen angeschlossen werden können.

Sie haben zu verantworten, dass im Klimaschutz nichts mehr passiert.

Nie zuvor sind die Ziele der EU so blockiert worden, wie es diese Bundesregierung macht.

Wenn Sie etwas machen, dann machen Sie das Falsche. Schauen wir uns einmal das Erneuerbare-Energien-Gesetz an. Hierzu hat der Kollege Altmaier einen Vorschlag vorgelegt. Er hat gesagt, dass wir etwas ändern müssen, weil die Kosten zu hoch sind. Herr Rösler, in einem Vermerk aus Ihrem Ministerium steht zu den vorgeschlagenen Änderungen von Herrn Altmaier: Das bedeutet den faktischen Ausbaustopp für Neuanlagen. – Damit hat Ihr Ministerium recht. Anstatt das abzumildern, weil Sie eigentlich erneuerbare Energien fördern müssten, legen Sie noch einen drauf, machen noch mehr Ausbaustopp und sagen, dass das ein Weg ist, mit dem Sie einverstanden sind.

Herr Fuchs hat sich vorhin versprochen. Es ist nett, dass Sie hin und wieder ehrlich sind, Herr Fuchs. Sie haben sich gegen eine Verspargelung der Landschaft ausgesprochen. Das ist aber genau die Wirkung der Vorschläge, die hier gemacht worden sind. Bei der Windkraft sollen 40 Millionen Euro eingespart werden. Das sind gerade einmal 3 Cent pro Monat für einen Drei- bis Vierpersonenhaushalt. Wegen 40 Millionen Euro im Jahr wollen Altmaier und Rösler die Windkraft im Süden stoppen. Damit gefährdet diese Regierung massiv Arbeitsplätze im Süden. Das ist nicht in Ordnung.

Das nächste Opfer sind die Windkraftanlagen auf dem Meer. Diese geplanten Windkraftanlagen werden nicht gebaut werden. EnBW beispielsweise hat klar gesagt, die geplanten Windkraftprojekte im Meer nicht umzusetzen.

Zunächst einmal haben Sie mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Photovoltaikindustrie kaputtgemacht. Jetzt versuchen Sie auch noch, die Windkraftindustrie kaputtzumachen. Herr Rösler, das ist ein schlechtes Zeugnis für einen Wirtschaftsminister. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie die Windkraft kaputtmachen, zerstören Sie Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Das wissen Sie sehr genau. Daher lassen Sie endlich von der Politik ab, Arbeitsplätze in diesem Land zu vernichten! Das ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministers.

Sie feiern einen Bundesnetzplan. Dann verhindern Sie, dass Windparks, die an diese Netze angeschlossen werden sollen, gebaut werden können. Das heißt, es werden Netze ins Nirgendwo gebaut, und am Ende zahlen wieder die Verbraucherinnen und Verbraucher die Zeche. So geht es nicht.

Der nächste Punkt betrifft die Energieeffizienz. Diese Bundesregierung ist der größte Blockierer, was Energieeffizienz angeht.

Nie zuvor sind die Ziele der EU so blockiert worden, wie es diese Bundesregierung macht.

Sie haben die Einführung von Energiemanagementsystemen verhindert. Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass die wenigen Gelder, die wir noch im Energie- und Klimafonds haben – 90 Millionen Euro –, nicht in den Bereich Energieeffizienz abfließen, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Am Ende sagen Sie: Okay, wir reißen das Ziel der EU, bis 2020 20 Prozent Energie einzusparen. Wir machen es wie beim Reichtums- und Armutsbericht und schönen die Zahlen; dann wird das Ganze schon hinkommen. – Wir werden Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie die Realität schönen, sondern werden Sie für diese Realität verantwortlich machen.

Der nächste Punkt ist der Klimaschutz. Da ist es wirklich so, dass diese Bundesregierung an einem Strick zieht, aber jeder an einem anderen Ende. Da kommt nichts voran. Die Folge dessen ist, dass der CO₂-Ausstoß in Deutschland 2012 – nicht 2011, als die Atomkraftwerke abgeschaltet worden sind – wegen des wenig ambitionierten Klimaschutzes erstmals wieder gestiegen ist. Jetzt laufen Kohle-

kraftwerke, und die modernsten Gaskraftwerke liegen still. Das ist eine Fehlpolitik Ihrer Regierung. Sie haben zu verantworten, dass im Klimaschutz nichts mehr passiert.

Sie bremsen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie blockieren die Steigerung der Energieeffizienz. Sie betreiben beim Klimaschutz eine Totalverweigerung. Sie entlasten die Industrie und schieben damit den Verbrauchern die Kosten zu.

Es gibt einen Satz – wir könnten ihn vor kurzem hören –, der Ihre Politik insgesamt beschreibt. Der Kollege Brüderle hat auf dem Parteitag gesagt – das passt, wie ich finde, genau auf die Politik dieser Bundesregierung und der FDP –: „Wir lassen nicht diese Fuzzis ... unser Land regieren.“ Genau richtig: Diese Fuzzis, die die Energiewende vergeigen, lassen wir dieses Land nicht regieren, meine Damen und Herren.

Wir ändern das.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Rolf Hempelmann (SPD), Horst Meierhofer (FDP), Ralph Lenkert (Die Linke), Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Andreas G. Lämmel, Georg Nüßlein und Jens Koppen (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.



Der Ausbau der Hochspannungsleitungen im gesamten Bundesgebiet ist wichtiger Teil der Energiewende.

Debatte über die Zukunftsinvestition in die Wirtschaft / 228. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 14. März 2013

Hubertus Heil, SPD:

Diese Regierung ist ein Standortrisiko für Deutschland



Hubertus Heil (*1972)
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben diesen Antrag eingebracht, weil wir uns Gedanken über die Frage machen, wie wir es schaffen, dass Deutschland wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

Ohne Frage: Deutschland ist derzeit im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften in Europa ein extrem erfolgreiches Land. Wir sind Exportweltmeister. Die Ursachen dafür liegen zum Beispiel darin, dass wir vor zehn Jahren den Mut zu politischen Veränderungen hatten, die notwendig waren, die zum Teil schmerzhaft waren, die nicht in jedem Detail richtig waren, aber die mitgeholfen haben, dass Deutschland vor der Krise 2008 besser aufgestellt war als andere Volkswirtschaften in Europa.

Der wesentliche Grund aber, warum Deutschland im Gegensatz zu anderen Volkswirtschaften bis dato besser durch die Krise gekommen ist, ist die Tatsache, dass wir nach wie vor eine Industrienation sind, dass wir eine breite industrielle Wertschöpfungskette haben: von den Grundstoffindustrien über den industriellen Mittelstand bis hin zu den kleinen Hightechunternehmen in diesem Land.

Das ist keine Banalität, weil wir uns noch sehr gut erinnern können, meine Damen und Herren von der FDP, wie Sie und Ihre Gesinnungsfreunde vor zehn Jahren über Industrie in Deutschland gesprochen haben. Sie haben damals geglaubt, die Zukunft liege allein bei Dienstleistungen: Gemeint waren Finanzdienstleistungen.

Ihr Herr Westerwelle hat uns damals empfohlen, den Irrweg Irlands

zu gehen und stärker auf Finanzzockereien zu setzen. Wir sind Gott sei Dank diesen Weg nicht gegangen, sondern wir haben unsere industrielle Basis erhalten und erneuert.

Im Jahr 1998 betrug der industrielle Anteil Deutschlands an seiner Wirtschaft 24 Prozent. Großbritannien hatte einen gleich hohen Anteil. Heute liegt der Wert in Großbritannien bei 14 Prozent. Wir müssen etwas dafür tun, damit wir ein erfolgreiches Wirtschaftsland bleiben. Doch die Sorge, die wir haben, ist, dass Sie sich in den letzten drei Jahren, seit Schwarz-Gelb dieses Land regiert, auf guter Konjunktur, auf dem Mut von Vorgängerregierungen, auf dem industriellen Fortschritt von Unternehmen und Gewerkschaften einfach ausgeruht haben und dass wir in der Gefahr sind, den Vorsprung, den wir uns in Deutschland mühsam erarbeitet haben, wieder zu verlieren. Der Attentismus, das Chaos dieser Bundesregierung, das Zuwarten im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik – im Bereich der Energiepolitik eben wortreich beschrieben –, ist das eigentliche Standortrisiko für Deutschland, für die Zukunft des Wohlstands und für die Arbeitsplätze in unserem Land.

Es sind vier große Herausforderungen, vor denen Sie sich im Moment wegduckten und auf die Sie keine Antworten haben. Da ist beispielsweise der veränderte Altersaufbau unserer Gesellschaft, der mittlerweile am Arbeitsmarkt ankommt.

Der Standortvorteil Deutschlands hat mit der dualen Ausbildung zu tun.

Die Politik, die Sie machen, führt dazu, dass wir in einen tief gespaltenen Arbeitsmarkt geradezu hineingetrieben werden. Auf der einen Seite suchen immer mehr Unternehmen händeringend qualifizierte Fachkräfte, und auf der anderen Seite sorgen Sie dafür, dass Menschen durch prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt werden. Das kann sich Deutschland wirtschaftlich nicht leisten. Wir brauchen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, die Menschen in Arbeit bringt und sie nicht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse abhängt.

Dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn. Dazu gehört gleicher

Lohn für gleiche Arbeit in der Zeit- und Leiharbeit. Dazu gehört auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wenn wir über Fachkräftesicherung sprechen, dann müssen wir uns auch über die Potenziale in unserem Land Gedanken machen. Das Wichtigste dabei ist, dafür zu sorgen, dass die Frauenerwerbsbeteiligung, auch was Vollzeitarbeit betrifft, in diesem Land endlich auf europäisches Niveau kommt. Sie führen ein idiotisches Betreuungsgeld ein, das Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten soll. Das ist das Gegenteil von Fachkräftesicherung.

Wir brauchen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Männer und Frauen, damit die Potenziale genutzt werden können. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass nicht weiterhin 60 000 junge Menschen Jahr für Jahr unsere Schulen ohne Schulabschluss verlassen, dass 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne berufliche Erstausbildung dastehen.

Der Standortvorteil Deutschlands hat mit der guten dualen Ausbildung in diesem Land zu tun. Das bescheinigen uns inzwischen sogar amerikanische Präsidenten. Wir müssen sie erhalten und modernisieren, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass junge Menschen ausbildungsfähig sind. Deshalb brauchen wir mehr Ganztagschulen und auch frühkindliche Förderung in Deutschland. Sie machen das Gegenteil, und das ist wirtschaftlicher Unsinn.

Die zweite große Herausforderung neben der Frage von Demografie und ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt ist und bleibt die Internationalisierung. Hierbei muss die Frage angesprochen werden, welche Regeln wir auf den internationalen Finanzmärkten haben. Es gibt jetzt viel Gerede vor der Wahl und Papiere von Herrn Schäuble, die sich endlich auch einmal mit dem Thema Trennbanken beschäftigen.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen im Interesse der Realwirtschaft und auch der industriellen Basis dieses Landes die Spielregeln auf den Finanzmärkten. Wir wollen dafür sorgen, dass in Deutschland in Realwirtschaft statt in Zockerei investiert wird. Dafür müssen Sie Ihre Hausaufgaben machen.

Die dritte große Herausforderung neben dem veränderten Altersaufbau und der Internationalisierung ist die Tatsache, dass wir wissenschaftlichen und technischen Fortschritt in diesem Land haben und brauchen, um erfolgreich sein zu können. Deutschland wird nicht mit den niedrigsten Löhnen, sondern nur mit den besten Produkten, Verfahren und Dienstleistungen wettbewerbsfähig sein. Wenn man das in Deutschland erhalten will, dann muss man dafür sorgen, dass auch der industrielle Mittelstand in diesem Land stärker an Forschung und Entwicklung partizipieren kann.

Sie haben im Koalitionsvertrag dem Mittelstand steuerliche Forschungsförderung versprochen. In den Ankündigungsreden höre ich, dass Sie das wieder versprechen. Nur gehalten haben Sie es nicht. Wo ist denn Ihr Konzept für steuerliche Forschungsförderung in dieser Legislaturperiode? Wir werden das nach der Wahl ändern.

Die größte Herausforderung neben der Demografie für die deutsche Wirtschaft und für unser Land wird die Frage sein, wie wir mit dem Thema Ressourcenknappheit und Energiewende seriös umgehen. Darüber ist heute Morgen diskutiert worden.

Ich will eine Begebenheit von gestern schildern. Ich war auf einer Veranstaltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der unverdächtig ist, eine Vorfeldorganisation der SPD zu sein. Dort war ein Vertreter Ihrer Regierungsfraktion – es war, glaube ich, der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion –, der Wert darauf legte, dass er mit der Energiepolitik seiner eigenen Bundesregierung wenig zu tun hat. Er sprach davon, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion streng genommen eine Nichtregierungsorganisation sei.

Ich kann nur sagen: In der Energiepolitik merkt man, dass Sie eine Nichtregierungsorganisation sind. Denn Tatsache ist, dass aufgrund Ihres Vorgehens – das Zerstören der Planungs- und Investitionssicherheit in vielen Bereichen und das Vergucken der Energiewende – mittlerweile aus einer industriellen Chance, die die Energiewende dem Grunde nach ist, ein wirtschaftliches und soziales Risiko für dieses Land geworden ist.

Wenn Sie auf uns nicht hören, dann hören Sie auf die Verbände, mit denen Sie sonst immer so dicke sind. Das, was Sie im Bereich Energiepolitik fabrizieren, ist etwas, das uns zurückwerfen kann.

Wenn man sich international ein bisschen umtut und weiß, dass es nicht nur im Nahen Osten, son-

dern auch im Fernen Osten und in Nordamerika aus unterschiedlichen Gründen sehr gute Standortbedingungen für eine Reindustrialisierung gibt – zum Beispiel durch die Shale-Gas-Revolution in Nordamerika, weil dort die Energiepreise mutmaßlich sehr niedrig sein werden –, und dass diese Länder demografisch anders aufgestellt sind als wir, dann kann man in Deutschland die Energiewende nicht so vergurken, wie Sie das machen. Sie haben eine Energiewende versprochen, die sauber, sicher und bezahlbar sein soll. Heute erleben wir Unsicherheit bei der Versorgung und steigende Preise. Was das Stichwort „sauber“ betrifft, kann man nur sagen: Sie sind nicht sauber im Arbeiten, was die Energiewende betrifft. Deshalb müssen wir auch da den Schalter umlegen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion – es ist ein interessanter Zufall, dass das am zehnten Jahrestag der Agenda 2010 ist – einen Vorschlag für die nächsten zehn Jahre gemacht. Vor zehn Jahren standen wir vor ganz anderen Problemen am Arbeitsmarkt in Deutschland, als es heute Gott sei Dank der Fall ist. Die Aufgaben der letzten zehn Jahre sind nicht die der nächsten zehn Jahre. Aber wie wir mit dem veränderten Altersaufbau, Stichpunkt Fachkräftesicherung, und der fortschreitenden Internationalisierung der Bändigung der Finanzmärkte im Interesse von Realwirtschaft umgehen, wie wir die Energiewende zum Erfolg führen und wie wir dafür sorgen, dass Deutschland eine starke, wissensbasierte und erfolgreiche Industrienation bleibt: Das sind die Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Denn Sie haben in den letzten Jahren dafür gesorgt – dabei rede

ich jetzt nicht mehr von Schwarz-Gelb, sondern die Merkel-Regierung hat dafür gesorgt –, dass wir den Vorsprung, den wir uns mühsam erarbeitet haben, wieder gefährden.

Ich sage Ihnen: Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit, das sind für uns Sozialdemokraten keine Gegensätze, sondern wechselseitige Bedingungen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Die Art und Weise, wie Sie das Ganze laufen lassen bzw. verschlucken und sich auf den Lorbeeren der Vorgängerregierungen ausruhen, ist ein Standortrisiko. Deshalb brauchen wir im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland einen Regierungswechsel im Herbst dieses Jahres.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Energiepolitik merkt man, dass Sie eine Nichtregierungsorganisation sind.

Dr. Georg Nüßlein, CDU/CSU:

Willkommen im Club für Wachstum



Georg Nüßlein (*1969)
Wahlkreis Neu-Ulm

Nachdem Sie dieses Thema erneut angesprochen haben, kann ich Ihnen nicht ersparen, im Zusammenhang mit Ihrem Antrag noch ein paar Sätze zum Thema Energie zu sagen.

Ich will an dieser Stelle ein bisschen ausholen und Ihnen zunächst versichern – das meine ich so, wie ich es sage –, dass ich mich über den vorliegenden SPD-Antrag freue; denn in diesem Antrag stehen viele richtige und wichtige Sachverhalte. Das meiste ist aber überholt und erfüllt. Das heißt, Sie fordern Maßnahmen, die wir sehr wohl umsetzen.

Der Kollege Heil hat gerade insbesondere auf das Thema Fachkräftemangel abgehoben. Unser Fachkräftekonzept zielt in der Tat zuallererst auf Ausbildung und Weiterbildung ab. Der Kollege Heil hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das duale System uns innerhalb und auch außerhalb Europas wettbewerbsfähig hält. Dieses duale System kann man nicht nur nicht hoch genug loben, sondern man muss es auch nach vorne

bringen. Ich weise Sie in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Bildung Ländersache ist. Ich erkenne deutlich, dass es hier gewaltige Unterschiede gibt. Im Bildungsbereich geht es dort am besten, wo die Union regiert. Dort kommen wir am sichersten voran.

Aber überall dort, wo Rot und Grün ihr Unwesen treiben, gibt es die Ihnen sehr wohl bekannten Schwierigkeiten. Wenn man das duale System lobt, dann sollte man auch darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, einer Zwangsakademisierung Vorschub zu leisten. Jedes Mal, wenn wir – zu Recht – über Chancengleichheit diskutieren, stelle ich eine einseitige Betonung einer Akademisierung fest. Es wird viel zu wenig darüber gesprochen, was man dafür tun kann, dass unser wunderbares duales System so gut bleibt, wie es ist. Das halte ich für ganz wichtig.

Wenn wir für Chancengleichheit sorgen wollen, dann müssen wir unser Augenmerk auch auf das Handwerk richten, das bei der Ausbildung eines erheblichen Teils der Lehrlinge durch Meister Großartiges leistet.

Wir brauchen natürlich auch die Zuwanderung qualifizierter, guter Leute; das ist ganz klar. Aber wir machen das anders, als Sie von der Opposition das machen wollen. Wir wollen nicht einfach die Schleusen öffnen bzw. die Tore aufreißen, sondern sehr differenziert vorgehen. Vor diesem Hintergrund ist das richtig, was der Bundesinnenminister in

letzter Zeit in den Vordergrund gestellt hat. Wir brauchen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme.

Wir haben angesichts der Freizügigkeit gegenüber Rumänien und Bulgarien große Bedenken. Dafür, dass das dosiert, gesteuert und wohlüberlegt geschieht, ist ein Unionsinnenminister sicherlich ein Garant.

Ich will nicht näher auf das eingehen, was Sie zur Energiepolitik und insbesondere zu den Energienetzen gesagt haben; denn darüber haben wir eben umfassend diskutiert. Nur so viel: Wenn Sie uns nicht glauben, dass die Beschleunigung des Netzausbaus zu schaffen ist und dass wir die Motoren dabei sind, dann bitte ich Sie, das wenigstens dem Sachverständigenrat zu glauben; denn dieser würdigt, was dazu in den letzten Monaten beschlossen worden ist.

Im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau lassen Sie sich in Ihrem Antrag breit und lang über die vorhandenen Defizite aus. Ich weise darauf hin, dass auch dieses Thema nicht einfach zu bearbeiten ist; denn es geht darum, im Rahmen des Wettbewerbs auch den ländlichen Raum zu erschließen. Der wirtschaftliche Schaden wäre immens, wenn es an dieser Stelle nicht voranginge. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass das von uns novellierte Telekommunikationsgesetz einen entscheidenden Beitrag dazu leisten wird, dass der Ausbau kostengünstig und in der Konsequenz auch flächendeckend gelingt.

Ich finde auch spannend, was Sie zum Thema Verkehr gesagt haben. Die Ausweitung der Lkw-Maut 2012 auf ausgewählte vier- und mehrstellige Bundesstraßen – Sie fordern noch eine weitere Ausweitung – stärkt aus meiner Sicht den Finanzierungskreislauf des Verkehrsträgers Straße. Wir haben für dieses Jahr dank des Bundesverkehrsministers, der da sehr vorausschauend ist, zusätzlich 750 Millionen Euro für den Neu- und Ausbau unseres Straßensystems eingeplant.

Das ist etwas, was ich auch angesichts unserer Thematik – davon abstrahieren Sie bei Ihren Forderungen – ganz klar unterstreichen möchte. Uns geht es um zwei Dinge: investieren auf der einen Seite und Haushalte konsolidieren auf der anderen Seite. Bei Ihnen gibt es einen anderen Gleichklang, und der heißt: investieren auf der einen Seite und abbassieren auf der anderen Seite.

Das ist das, was in Ihrem Parteiprogramm für die nächste Legisla-

turperiode angekündigt ist, falls Sie dafür eine Mehrheit bekommen. Ich kann mir das beim allerbesten Willen aber nicht vorstellen.

Ich habe Ihnen einleitend gesagt: Mich freut dieser Antrag. Mich freut er auch noch aus einem anderen Grund, weil Sie darin nämlich neunmal den Begriff „Wachstum“ verwenden, und zwar in einem positiven Sinne.

Nun freut mich das aus einem bestimmten Grund. Ich bin auch Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Da sieht das, was die SPD an der Stelle vorträgt, komischerweise ganz anders aus.

Da tun Sie so, als ob wir einem falschen Wachstumsbegriff, ja geradezu einer Wachstumsgläubigkeit anhängen würden, was aber falsch ist. Noch viel spannender ist: Die Opposition verkauft in dieser Enquete-Kommission als Erfolg, dass man uns habe beibringen müssen, dass Wachstum kein Ziel sei, sondern maximal ein Weg, um Wohlstand zu erreichen. Sie formulieren in Ihrem Antrag jetzt aber ganz anders. Sie schreiben, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Wachstum seien Ziel der Politik. Ich finde das nicht schlimm – das ist Wortklauberei, sage ich Ihnen an der Stelle ganz offen –, aber ich wundere mich, dass Sie sich mit Ihren Kollegen nicht abgestimmt haben. Die lassen sich in der Enquete-Kommission von den ganz Linken und den Grünen in Geiselschaft nehmen, die wachstumsskeptisch wie immer sagen:

Das alles brauchen wir nicht mehr. Man muss mit Blick auf die Ökologie – das sind alte „Club of Rome“-Fantasien, sage ich Ihnen – das Wachstum deckeln, beschränken; das alles ist des Teufels.

Insofern geht an die SPD: Willkommen im Klub! Ich freue mich, dass Sie wieder auf der richtigen Spur sind und dass Sie sich jetzt mit uns gemeinsam dafür einsetzen wollen, dass uns in dieser Republik Wachstum gelingt.

Ich halte das auch vor folgendem Hintergrund für entscheidend: Man muss wissen, dass Verteilen schwieriger ist, wenn ein Kuchen nicht größer wird; wenn er größer wird, gibt es ganz andere Verteilungsmöglichkeiten. Ich nehme sehr wohl zur Kenntnis, dass Sie sich auch darüber Gedanken gemacht haben, wie man das Ganze verteilt.

Ich nehme aber ebenfalls zur Kenntnis, dass große Teile der SPD mit der Agenda 2010 hadern. Ich bin froh, dass das beim Kollegen Heil offenkundig nicht so ist, aber ich vermisse schon die Jubiläumsfeiern zum zehnjährigen Bestehen der Agenda 2010; ich vermisse echt die Festlichkeiten an der Stelle.

Dadurch, dass wir aufgrund der Bundesratsmehrheit damals auf die

se ganze Geschichte Einfluss nehmen konnten, hat sich einiges in diesem Land bewegt. Ich bestreite ganz und gar nicht, dass ein Teil dessen, was uns in der Republik insgesamt geglückt ist, mit guten Unternehmern und fleißigen Arbeitnehmern, darauf zurückzuführen ist, dass Bundeskanzler Schröder seinerzeit im Rahmen der Agenda 2010 einen guten Weg eingeschlagen hat, nämlich einen Weg, den man von unserer Seite hat begleiten können. Da sind viele Dinge deckungsgleich. Es ist bei der Agenda 2010 so wie bei Ihrem Antrag: Immer dann, wenn Sie auf unserer Linie sind, sind Sie auf der rechten Spur.

Ich will noch etwas dazu sagen, was uns unterscheidet – ich habe das vorhin schon einmal angedeutet -: Wir verfolgen mit der qualitativen Konsolidierung der Haushalte ein Konzept für ein nachhaltiges Wachstum. Es geht uns also nicht um Konjunkturimpulse auf Pump, wie es sich die linke Seite immer vorstellt. Danach müsse der Staat den Bürgern das Geld abknöpfen und wisse genau, wie er es investieren soll. Das ist Quatsch, meine Damen und Herren. Das geht regelmäßig schief, das Abbassieren nicht. Das können Sie – das wissen alle Bürgerinnen und Bürger –, das bekommen Sie gut hin. Dadurch kann man aber natürlich kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum generieren.

Deshalb warne ich nachdrücklich vor dem, was bei Ihnen allen angekündigt wird, nämlich vor substantziellen Steuererhöhungen. Dabei geht es nicht nur um Ertragsteuern, sondern auch um Eingriffe in die Substanz, um Substanzsteuern. Herr Heil, sich dann hier hinzustellen und so zu tun, als stehe man auf der Seite des Mittelstandes, das ist schon unverfroren.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum dadurch generiert wird, dass man unabhängig von der Gewinnsituation des Mittelstandes in die Substanz der Betriebe eingreift, dass man über Erbschaft- und Vermögensteuer Geld kassiert. Sie erzählen ja, man würde damit Wirtschaftswachstum organisieren. Das ist komplett Schwachsinn, meine Damen und Herren. Diese Rechnung wird niemals aufgehen.

Sämtliche Kritik, die seit heute Morgen 9 Uhr von der linken Seite des Hauses an der Koalition geäußert worden ist, muss sich an den Ergebnissen messen lassen.

Ich sage es noch einmal: Sie haben aufgehört mit 5,5 Millionen Arbeitslosen. Das war Ihre Bilanz. Jetzt sind wir fast bei der Hälfte dieser Zahl Arbeitsloser. Dies zumindest ein bisschen anzuerkennen, wäre eine gute Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir brauchen natürlich auch die Zuwanderung qualifizierter, guter Leute, das ist ganz klar.



Wichtig für Wachstum: Investitionen in die Autobahninfrastruktur

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Stärkung der Binnennachfrage ist wichtigste Zukunftsinvestition



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Ich glaube, die SPD hat recht, wenn sie sagt, dass wir dringend Zukunftsinvestitionen benötigen. Aber was müsste die erste Zukunftsinvestition sein?

Wir müssen die Binnenwirtschaft stärken. Wir müssen sie schon deshalb stärken, weil alle anderen Fraktionen zusammen den Export dadurch ruinieren, dass sie Südeuropa auf absolut desaströse Weise sozial ungerecht gestalten und damit dafür sorgen, dass dort die Kaufkraft abnimmt. Das führt dazu, dass unsere Exporte dorthin nachlassen werden. Es gibt nur eine Antwort darauf – das Ungleichgewicht muss sowieso überwunden werden –, nämlich dass wir eine stärkere Binnenwirtschaft brauchen.

Ich sage Ihnen: Diesbezüglich lag die Agenda 2010 falsch. Herr Nüßlein, ich stimme Ihnen überhaupt nicht zu: Die SPD hat den Jahrestag gefeiert wie verrückt. Aber ich finde das völlig falsch, weil die Agenda 2010 der größte Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war.

Sie können gar nicht leugnen, dass die Armut dramatisch zugenommen hat. Sie können nicht leugnen, dass der Reichtum dramatisch zugenommen hat.

23 Prozent aller Beschäftigten sind heute prekär beschäftigt. Das ist etwas, was sich lohnt, worauf Sie stolz sein wollen? „Prekär beschäftigt“ heißt: Es sind Leiharbeiterinnen und Aufstocker, es sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter; sie sind im Niedriglohnssektor beziehungsweise in Minijobs beschäftigt. Hinzu kommen die befristet Beschäftigten. Diese zählen gar nicht zu den prekär Beschäftigten.

Von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes bis zum 35. Lebensjahr haben 52 Prozent ein befristetes Arbeitsverhältnis. Dann kommt die Union und sagt ihnen, sie sollen Familien gründen und mehr Kinder bekommen. Ja, wie denn? Wie soll denn jemand mit einem Halbjahresvertrag eine Perspektive haben? Davon kann niemand ausgehen. So bekommen

Sie niemals eine gute Familienpolitik zustande. Das garantiere ich Ihnen.

Jetzt kommt immer das Argument – auch von Ihnen wieder, Herr Nüßlein –, dass die Arbeitslosenzahlen so sehr zurückgegangen sind. Nehmen Sie bitte eine Tatsache zur Kenntnis: Wir haben jetzt dasselbe Volumen an Arbeitsstunden wie vor Beginn der Agenda 2010; es hat sich nichts geändert. Der einzige Unterschied ist, dass aus einer Vollzeitarbeitsstelle drei Drittelstellen geworden sind. Damit verbessern Sie die Statistik, aber nicht die Lage der Leute, im Gegenteil: Sie wird nur prekärer.

Ich sage heute, da wir einen neuen Papst haben: Wenn Franziskus die Agenda 2010 kennen würde, wäre er strikt dagegen; er stünde an unserer Seite. Das will ich Ihnen bloß mal sagen; Sie können darüber nachdenken.

Ich will Ihnen noch sagen: Wenn die Reichen mehr Geld haben – das muss die CDU/CSU mal zur Kenntnis nehmen –, dann spekulieren sie mehr. Wenn Arme, Geringverdienende oder durchschnittlich Verdienende mehr Geld haben, dann kaufen sie mehr Waren und nehmen mehr Dienstleistungen in Anspruch. Der Binnenwirtschaft können Sie nicht mit mehr Reichtum, sondern nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit helfen.

Ich führe Ihnen noch einmal die Unterschiede vor Augen. Zwischen 1992 und 2012 ist das Geldvermögen in Deutschland von 4,6 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro gestiegen; es hat sich also mehr als verdoppelt.

0,6 Prozent der Haushalte besitzen davon knapp 20 Prozent, nämlich 1,9 Billionen Euro. Die unteren 50 Prozent der Haushalte – das ist auch interessant – besaßen 1998 4 Prozent des Geldvermögens und besitzen heute nur noch 1 Prozent des Geldvermögens. Auch das ist ein Ergebnis der Agenda 2010. Warum korrigieren Sie das nicht und fangen nicht an, ganz anders politisch zu agieren und darüber nachzudenken, wie wir diesbezüglich zu einer anderen Gesellschaft kommen?

Wenn wir die Binnenwirtschaft stärken wollen, brauchen wir gerechte, höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen. Aber wir müssen endlich auch den Steuerbauch überwinden; das sage ich Ihnen von der FDP, weil auch Sie das fordern. Es ist wirklich wahr – das möchte ich den Leuten sagen –: Der Verlauf unseres Einkommensteuertarifs ist nicht linear, sondern hat einen Bauch, und zwar bei der Mittelschicht der Gesellschaft, also den Facharbeiterinnen

und Facharbeitern, den Meisterinnen und Meistern, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern, den Polizistinnen und Polizisten und vielen Selbstständigen. Sie alle müssen sehr viel mehr Steuern zahlen, als es gerecht ist. Deshalb muss dieser Steuerbauch weg. Warum ist der Steuerbauch da?

Weil der Spitzensteuersatz gesenkt worden ist. Sie wollen den Steuerbauch beseitigen – so weit sind wir einverstanden –, aber ohne Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Das geht nicht; denn es bedeutet, die Kommunen noch mehr pleite zu machen. Sie können sich jetzt schon kaum Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten, in Kultur und Jugend leisten. Das geht nicht. Deshalb sage ich Ihnen: Wir brauchen einen Ausgleich, einen höheren Spitzensteuersatz, und dann können wir endlich den Bauch bei der Mittelschicht beseitigen, der tatsächlich überwunden werden muss.

Dann haben die auch mehr Netto vom Brutto.

Also: Was müssen wir machen? Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Wir würden auch einem geringeren Mindestlohn zustimmen, aber er wäre falsch. Ich sage Ihnen noch einmal: Wir brauchen in

Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn von zehn Euro die Stunde.

Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

Wir brauchen statt prekärer Beschäftigung gute Arbeit, höhere Renten und höhere Sozialleistungen. Das wäre die

wichtigste Investition für unsere Binnenwirtschaft und damit für unsere Zukunft.

Sie haben recht: Wir brauchen auch Investitionen im Energiebereich. Die erneuerbaren Energien müssen gefördert werden. Bis zum Jahre 2020 muss ihr Anteil von 25 Prozent auf 50 Prozent steigen. Was macht die Bundesregierung jetzt? Sie stellen die Förderung ein. Abenteuerlicherweise begründen Sie das auch noch mit den Strompreisen, Herr Altmaier.

Das ist der völlig falsche Weg. Wenn wir die erneuerbaren Energien endlich angemessen fördern und trotzdem Strompreise haben wollen, die sich die Leute leisten können, müssen wir sieben Schritte machen:

Erstens. Wir brauchen, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, eine Strompreisaufsicht; anders geht es nicht.

Wir müssen die Abzocke durch die vier Konzerne beenden.

Zweitens. Wir brauchen eine Senkung der Stromsteuer in dem Umfan-

ge, in dem wir eine Steuer für die erneuerbaren Energien erheben.

Drittens. Die Privilegierung der Industrie muss, von wenigen Ausnahmen abgesehen, abgebaut werden. Es ist nicht hinnehmbar: Die Unternehmen mit dem höchsten Stromverbrauch müssen am wenigsten bezahlen.

Viertens. Wir brauchen einen Sockeltarif für die Bürgerinnen und Bürger. Das wäre eine soziale Maßnahme. Wir sagen: Pro Haushalt gibt es jährlich 300 Kilowattstunden kostenfrei, zusätzlich 200 Kilowattstunden pro Person. Das bedeutet: Ein Einpersonenhaushalt erhielte 500 Kilowattstunden – sagen wir es einmal so – gebührenfrei, wenn auch nicht kostenfrei. Ein Zweipersonenhaushalt erhielte 700 Kilowattstunden gebührenfrei, und so ginge es immer weiter. Das wäre sinnvoll.

Fünftens. Wir brauchen eine Abwrackprämie. Wer ein stromfressendes Haushaltsgerät verschrottet und ein neues Gerät mit hoher Energieeffizienz – Kühlschrank, Waschmaschine, Spülmaschine – erwirbt, sollte diese Abwrackprämie bekommen. Das reizt. Das hilft übrigens auch der Wirtschaft, und gleichzeitig macht es die Strompreise bezahlbar.

Sechstens. Der Bund muss meines Erachtens für die Gebäudesanierung 3,5 Milliarden Euro bereitstellen.

Siebtens. Es ist ja wichtig, die Gebäude zu sanieren – auch eine wichtige Investition –, aber wenn wir das Geld zur Verfügung stellen, müssen wir den Vermietern, die dieses Geld nehmen, verbieten, die Mieten zu steigern. Das ist nämlich das Entscheidende, damit das Ganze sozialverträglich wird.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn Sie eine nachhaltige, ökologische Umgestaltung wollen und sie nicht sozialverträglich machen, dann erben Sie Blockierer, und zwar gerade in den armen Schichten der Bevölkerung. Es muss sozial sein, damit wir diese Schichten mitnehmen und für den ökologischen Umbau gewinnen können.

Wir müssen natürlich auch in die Infrastruktur investieren, zum Beispiel in Verkehrswege, aber nicht in so etwas Sinnloses und wahnsinnig Teures wie Stuttgart 21, sondern in die Schieneninfrastruktur, in den Nah- und Fernverkehr, in Fahrwege, in Bahnhöfe für U-, Stadt- und Straßenbahnen, in Omnibusse und – ich sage es auch im Interesse der Grünen – in sichere Radwege.

Wir brauchen außerdem ganz dringend Investitionen im Bildungsreich – ich bitte Sie! –, und zwar für die Schulgebäude, für die Ausrüstung, aber auch für die Qualifizierung und die Anzahl des Personals. Da muss investiert werden. Ich möchte Chancengleichheit für Kinder bei der Bildung. Davon sind wir meilenweit entfernt, übrigens gerade auch in Bayern, weil dort die Kinder schon nach der vierten Klasse getrennt werden. Das ist nichts anderes als soziale Ausgrenzung. Das geschieht in vielen anderen Bundesländern auch.

Wir brauchen auch Investitionen in Fachhochschulen und in Universitäten, überhaupt wieder in Forschung und Wissenschaft, die vernachlässigt werden, aber vor allem in Kindertagesstätten. Ab 1. August 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Und was führen Sie ein? Ein Betreuungsgeld, damit die Eltern ihre Kinder nicht in Kindertageseinrichtungen schicken. – Ich bitte Sie! – Dort lernen die Kinder soziales Verhalten. Dazu brauchen wir qualifiziertes Personal; das ist wichtig. Natürlich müssen Kindertagesstätten genauso wie Schulen ein gebührenfreies, vollwertiges und gesundes Mittagessen anbieten.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat übrigens festgestellt, dass wir bis zum Jahre 2020 Investitionen von 704 Milliarden Euro benötigen. Jetzt kommt ein Punkt, der mich auch erstaunt hat: Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Höhe der deutschen Investitionen innerhalb der EU am untersten Rand liegt. Nicht dieses reiche Deutschland investiert mehr als Länder wie Spanien etc., nein, weniger. Ja, sagen Sie mal! Wo leben wir denn hier eigentlich? Herr Rösler, da müssten selbst Sie erschreckt und erstaunt sein.

Ich kann nur sagen: Das geht nicht. Wenn wir nur den EU-Durchschnitt erreichen wollen, müssten wir 30 Milliarden Euro pro Jahr investieren. Aber die reichen gar nicht aus. Wie gesagt, das Institut für Urbanistik hat festgestellt: Wir brauchen 704 Milliarden Euro für Verkehr, für Wasser, für Abwasser, für Kitas, für Schulen. Genau da muss investiert werden.

Wir haben gesagt: Wir brauchen gute Arbeit und gerechte Löhne. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal – Mindestlohn ist klar –: Leiharbeit möchte ich überwinden. Aber wenn Sie sie nicht überwinden, führen Sie doch endlich nicht nur den gleichen Lohn für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wie für die Stammbeslegschaft ein, sondern einen Zuschlag von 10 Prozent wie in Frankreich. Dieser Zuschlag ist mir wichtig. Es muss für das Unternehmen teurer sein, eine Leiharbeiterin oder einen Leiharbeiter zu beschäftigen. Außerdem verdienen die Leute dieses Geld. Dann wird es nämlich zur Ausnahme und nicht Schritt für Schritt zur Selbstverständlichkeit, wie es leider in unserer Gesellschaft geworden ist.

Wir müssen die Befristung verbieten, wenn sie ohne sachlichen Grund erfolgt, wenigstens das. Ich bin es leid, dass die Leute fast nur noch befristete Verträge erhalten. Fast alle Neueinstellungen erfolgen inzwischen befristet und damit ja auch ohne Kündigungsschutz.

Ich hätte Ihnen noch so viel erklärt, wie das Ganze zu finanzieren ist. Aber wissen Sie: Der Redner vor mir hatte auch elf Minuten, und die dauerten so viel länger als meine. Daran müssen wir mal was ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Birgit Homburger, FDP:

Das ist der Unterschied zwischen uns und ihnen



Birgit Homburger (*1965)
Landesliste Baden-Württemberg

Angesichts des Antrages, den wir heute diskutieren, war ich doch einigermaßen verwundert, Herr Heil, über die Rede, die Sie hier abgeliefert haben. Ich habe den Eindruck: Das war die Rede, die Sie jede Woche hier halten – einmal aus der Schublade gekramt und wieder runtergeleiert. Jedenfalls steht nichts von dem, was Sie hier erzählt haben, in Ihrem Antrag.

Insofern, verehrter Herr Heil, rate ich Ihnen dringend, diesen Antrag einmal zu lesen.

Ich habe mir diese Mühe gemacht, und ich kann nur sagen: Das scheint die Zusammenfassung der derzeitigen wirtschaftspolitischen Forderungen und Kernpositionen der SPD zu sein. Wenn das alles ist, dann gute Nacht, Deutschland!

Wenn ich mir anschau, über was alles Sie nicht reden in Ihrem Antrag mit dem großen Titel „Deutschland

2020“, dann stelle ich fest: Sie reden beispielsweise nicht über Grundvoraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, nicht über den Arbeitsmarkt, auch was die Bedeutung von Arbeitskosten angeht. Auch das Stichwort „Haushaltskonsolidierung“ sucht man erfolglos in diesem Antrag. Über die Bedeutung von Steuern für die weitere wirtschaftliche Entwicklung reden Sie ebenfalls nicht. Das ist auch besser so; denn wer 30 Milliarden Euro Steuererhöhungen fordert, der kann eben nicht über diese Rahmenbedingungen sprechen, die für die Wirtschaft nur bedeuten, dass es für sie schwieriger wird und nicht besser.

Ich finde es ganz besonders apart, dass Sie sich hier hingestellt und wieder mal die Agenda 2010 für sich reklamiert haben.

Klar, das können Sie natürlich; aber Sie reklamieren die Erfolge, die wir derzeit in der Wirtschaftspolitik und am Arbeitsmarkt haben, für sich und für die Agenda 2010. Sehr geehrter Herr Heil,

ich möchte, dass Sie sich endlich einmal die Mühe machen, sich die geschichtliche Wahrheit nicht nur anzuschauen, sondern vielleicht auch vorzutragen. Sie verschweigen nämlich, dass Rot-Grün, nachdem Sie 1998 die Regierung übernommen haben, als Erstes eines gemacht hat:

Sie haben all die Reformmaßnahmen, die wir, Schwarz-Gelb, 1996/97 durchgeführt haben, rückgängig gemacht, um sie Jahre später mit der Agenda 2010 wieder einzuführen. Das ist keine bemerkenswerte Leistung, sondern es ist eine bemerkenswerte Einsicht, die Sie mit der Agenda 2010 gezeigt haben.

Jetzt feiern Sie die Agenda 2010 in großen Festakten.

Aber in Ihrem Programm schleifen Sie die Agenda 2010.

Ihre wirtschaftliche Position ist inkonsistent, und das, was Sie hier in der Wirtschaftspolitik abliefern, ist an Schizophrenie nicht mehr zu überbieten.

Das geht bei der Verkehrsinfrastruktur weiter. Natürlich ist es wichtig, dass wir in die Verkehrsinfrastruktur investieren, und das tun wir auch im Rahmen der Möglichkeiten, die der Haushalt bietet.

Die Agenda 2010 ist keine bemerkenswerte Leistung, sondern eine bemerkenswerte Einsicht.

Unser Investitionsrahmensehen sieht vor, dass in den nächsten Haushalten das Niveau von 10 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen erhalten wird. 2013 wirkt zusätzlich ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II, das weitere 750 Millionen Euro umfasst. Wenn Sie, die SPD, in der Verantwortung sind, dann kürzen Sie die Verkehrsinvestitionen, und wenn Sie in der Opposition sind, dann fordern Sie gemeinsam mit den Grünen üppige Aufstockun-

gen, ohne irgendeine Antwort auf die Frage zu geben, wie Sie das finanzieren wollen.

Dann kommen Sie daher und fordern in Ihrem Antrag auch noch ein Investitionspaket zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur.

Sie vergessen, dass es immer noch eine Investitionshilfe vom Bund gibt, obwohl man in der Föderalismuskommission II eine Entflechtung beschlossen hat, und zwar mit Ihren Stimmen. Trotzdem gibt es bis zum Jahr 2019 Mittel: 1,4 Milliarden Euro jährlich Kompensationszahlungen, 330 Millionen Euro Bundesmittel und Regionalisierungsmittel für den ÖPNV in Höhe von 7 Milliarden Euro.

Das ist das, was der Bund für die Kommunen zahlt. Jetzt gehen Sie her und erklären in Ihrem Antrag, Sie wollten noch mehr. Ich sage Ihnen eines: So kann man nicht miteinander arbeiten. Sie interessieren sich nur für eines:

Geld abholen und Geld abzocken, wo es gerade geht. Da ist Ihnen der Bund recht. Wenn es beim Bund nichts zu holen gibt, dann bei den Bürgerinnen und Bürgern durch Steuererhöhungen. Das ist Ihre Politik.

Sie schwadronieren darüber, dass man die industrielle Basis und den Mittelstand nicht schwächen dürfe. So steht es in Ihrem Antrag. Wunderbar! Was fällt Ihnen als Lösung ein? Sie wollen die Lkw-Maut auf alle Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen ausweiten. Das ist eine wirtschaftliche Katastrophe für die Logistik, das Transportgewerbe und das Handwerk. Wenn man dazu die Vorstellungen der Grünen von einer Logistikabgabe in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich und einer Ausweitung und Erhöhung der Lkw-Maut auf alle Lkw über 3,5 Tonnen addiert, kann man nur sagen: Bei Logistik, Transport und Handwerk gehen mit Rot-Grün die Lichter aus. Das jedenfalls werden wir verhindern, meine Damen und Herren.

Ein anderes Thema: EEG. Herr Gysi, es war interessant, was Sie dazu gesagt haben. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie nicht irgendwann anfangen, die Übersubventionierung zu lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, die wir im EEG haben, zu reduzieren, dann wird es nicht funktionieren.

Deshalb haben wir eine Reform des EEG vorgeschlagen, weil Energie bezahlbar bleiben muss.

Das, was Sie auf der linken Seite des Plenums machen, ist eines: schamlose Klientelwirtschaft. Das muss man Ihnen irgendwann auch mal sagen.

Dann fordern Sie in Ihrem Antrag zusätzliche Investitionen für Forschung. Sie können das natürlich gerne fordern. Aber ich frage Sie, Herr Heil: Warum haben Sie dies in Ihrer Regierungszeit eigentlich nicht

gemacht? Diese Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP hat in dieser Legislaturperiode über 13 Milliarden Euro mehr in Forschung und Bildung investiert.

Das ist eine klare Schwerpunktsetzung. Wir stellen per anno 14 Milliarden Euro Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung. Das ist der höchste Betrag, den wir in diesem Land je zur Verfügung gestellt haben.

Das haben wir umgesetzt in der Hightech-Strategie, in der Innovationsstrategie, in einer Zusammenarbeit mit Universitäten, um Forschungserfolge in Innovationen umzusetzen. Jetzt wollen Sie noch mehr Geld. Meine Damen und Herren, wir haben es gemacht. Sie reden nur davon, und wenn Sie regieren, machen Sie das Gegenteil.

Diese Regierung hat in diesem Jahr über 1,3 Milliarden Euro in Forschung investiert.

Sie stellen sich hier hin und reden darüber, dass es in den USA Preiserminderungen bei der Energie durch eine Revolution bei der Schiefergasförderung gebe. Ja, Herr im Himmel: Was machen Sie eigentlich in Deutschland?

Sie betonen die Risiken. Über die Chancen habe ich Sie an dieser Stelle noch nie reden hören. Also erwecken Sie nicht den Eindruck, als wenn Sie diese Technologie unterstützen wollten.

Sie wollen eine Initiative zur Schaffung von Technikverständnis auf den Weg bringen. Auch das ist ganz bemerkenswert, Herr Heil. In Hannover, wo Sie gerade die Regierung gebildet haben, haben SPD und Grüne beschlossen, dass das Projekt HannoverGEN beendet wird. Das heißt, das Projekt – ein prämiertes Modell der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ –, bei dem beispielsweise Schüler durch molekularbiologische Experimente an das Thema Biotechnologie herangeführt werden, um Chancen und Risiken zu diskutieren, schaffen Sie ab. Sie reden auf Bundesebene das eine, aber in den Ländern, in denen Sie regieren, machen Sie das Gegenteil.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird in Ihrem Antrag und der Debatte deutlich: Es gibt einen Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Rot-Grün.

Das ist ein klares Bild: Wir wollen eine Stabilitätsunion, Sie wollen eine Schuldenunion; wir wollen die Haushaltskonsolidierung, Sie wollen Mehrausgaben; wir wollen Leistungsgerechtigkeit, Sie wollen Steuererhöhungen; wir wollen Wettbewerb im Energiebereich, Sie wollen klientelorientierte Planwirtschaft; wir wollen sozialen Aufstieg durch bessere Bildung, das, was Sie durch Einheitsschulen in den Ländern machen, bedeutet Bildungsabstieg. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)



Die Beförderung per Schiff ist immer noch der kostengünstigste Gütertransport.

Kerstin Andreae, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie ruhen auf den Taten von Vorgängerregierungen



Kerstin Andreae (*1968)
Landesliste Baden-Württemberg

Ja, es gibt große Unterschiede zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün, und das ist gut so.

Wir werden die nächsten Wochen und Monate dazu nutzen, diese deutlich zu machen.

Der große Unterschied besteht vor allem darin, dass Sie Besitzstände und Zugangsbarrieren wahren, dass Sie sich nicht trauen, Altes zu hinterfragen, dass Sie nicht nach vorne gehen, dass Sie keinen Mut zur Veränderung haben, sondern dass Sie beharren und abwarten. Das ist der große Unterschied.

Sie ruhen sich auf den Taten von Vorgängerregierungen aus. Sie leben von der Hand in den Mund.

Wir werden bei den Haushaltsberatungen demnächst deutlich aufzeigen, dass Sie von der Hand in den Mund leben, dass Sie nur noch kurzfristig und nicht mehr langfristig in die Zukunft denken und sich nicht mehr trauen, voranzugehen.

Ja, wir sind ein starker Industriestandort, aber was waren die relevanten Weichenstellungen der letzten Jahre, des letzten Jahrzehnts, damit wir dieser relevante Industriestandort werden? Ja, wir haben vor zehn Jahren verkrustete Strukturen aufgebrochen. Das war richtig so.

Es ist auch richtig, sich heute zu fragen: Wo gab es Fehlentwicklungen? Die Ausweitung des Niedriglohnssektors ist eine Fehlentwicklung, die wir nicht hinnehmen können. Wir brauchen den Mindestlohn, um hier gegenzusteuern.

Es war richtig, verkrustete Strukturen aufzubrechen, Besitzstände zu hinterfragen. Da muss keiner in die Furche gehen, da muss sich keiner verstecken. Man muss den Mut haben, zu sagen: Was muss verändert werden, damit es noch besser wird, damit wir weiter vorankommen? Grüne und SPD tun das.

Wir haben mit mutiger Industriepolitik die richtigen Weichen gestellt, zum Beispiel mit der Ökosteuer. Ich kann mich noch gut erinnern: Als die FDP in der Opposition war,

wollte sie immer die Ökosteuer abschaffen; das war ihr Schlagwort.

In dem Moment, wo Sie regiert haben, haben Sie das Thema nicht mehr angefasst, weil Sie zum einen wussten, dass Sie die Einnahmen brauchen, und zum anderen, weil Sie erkannt haben, dass das Prinzip, Ressourcen, Rohstoffe und Energie teuer und Arbeit billiger zu machen, grundsätzlich ein richtiges Prinzip ist. Das haben wir durch die Einführung der Ökosteuer umgesetzt. An diesem Punkt müssten Sie weiterentwickeln. Das wäre kluge und vernünftige Politik.

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir das große industriepolitische Projekt der letzten Dekade angefasst.

Wo sind denn die Jobs geschaffen worden? Wo gab es Wertschöpfung? Wo sind die Zukunftsmärkte im Bereich Umwelttechnologie? Im Bereich erneuerbare Energien und Energietechnologie! Dort gibt es Wertschöpfung, dort sind die Jobs.

Heute Morgen haben wir die Debatte hier verfolgt. Der Wirtschaftsminister hat über das EEG geredet und hat über Planwirtschaft fabuliert. Wie war denn die Situation?

Vier große Energieversorgungsunternehmen haben sich den Energiemarkt in Deutschland aufgeteilt. Ist das Wettbewerb gewesen? Nein!

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist Wettbewerb geschaffen worden. Kleine Unternehmen und Stadtwerke sind eingestiegen. Das war Wettbewerbspolitik. Das hat Zukunft geschaffen; das hat Jobs geschaffen. Deswegen ist das Fabulieren von Wirtschaftsminister Rösler über Planwirtschaft der totale Blödsinn.

Was müssen Sie machen? Sie müssen Investitionsicherheit schaffen. Wir reden immer noch über das EEG; gerade wurde angedeutet: Eigentlich muss man es abschaffen. – Die vier EEG-Novellen der letzten zwei Jahre haben doch nur zu Planungsunsicherheit bei den Investoren und zu Unklarheit bei den Handwerkern geführt, weil keiner wusste, wie es weiterging. Alles hat gestockt.

Letztlich haben Sie die Hand auf die Solarbranche gelegt, anstatt zu sagen: Wir entwickeln weiter, wir gehen den Weg vernünftig weiter. Sie haben keinen Plan vorgelegt. Sie haben sich als Sargnagel der Solarbranche erwiesen.

Sie müssen Innovationssicherheit schaffen. Sie müssen Innovationen voranbringen. Wenn wir das alle wollen, dann lassen Sie uns doch gemeinsam die steuerliche Forschungsförderung beschließen.

Ja, dann macht doch mal! Im Koalitionsvertrag steht: Die wollen es. Wir wollen es auch. Ich sage: Das

könnten wir tun. Wir wären jederzeit dabei.

Sie müssen Prioritäten setzen. In diesem Zusammenhang komme ich noch auf die Verkehrsinfrastruktur zu sprechen.

Bundeskanzlerin Merkel hat vor der baden-württembergischen Wahl Stuttgart 21 zur Richtungsentscheidung gemacht. Sie haben die Wahl verloren. Sie haben die Grünen damals als Dagegen-Partei bezeichnet. Ja, wir sind dagegen, das Geld der Steuerzahler für ein Projekt aus dem Fenster zu werfen, das einen negativen Kosten-Nutzen-Faktor hat, für ein Projekt, das sich wirtschaftlich nicht mehr rechnet. Das ist kein grünes Projekt, und das wird kein grünes Projekt.

Die Frage lautet doch: Wie sieht moderne Infrastruktur der Zukunft aus, und wo setzen wir die Prioritäten? Das große Drama steht uns ja noch bevor: Der Bundesverkehrswegeplan wird noch vorgelegt. Am schlimmsten ist es immer, wenn über Bundesverkehrswegepläne in Wahljahren diskutiert wird. Es liegt eine bayerische Vorschlagsliste vor. Wenn wir die Kosten für diese Projekte aufsummieren, stellen wir fest, dass dadurch alle Gelder, die überhaupt für Verkehrsprojekte zur Verfügung stehen, aufgefressen würden. In Wahlkampfzeiten wird jedem alles versprochen. Nein, Sie müssen den Mut haben, voranzugehen, Entscheidungen zu treffen, Prioritäten zu setzen. Wer das vorbildlich macht, ist die baden-württembergische grün-rote Landesregierung.

Sie hat gesagt: Wir schauen uns an, was wir bezahlen können. – So muss es sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mit mutiger Industriepolitik die richtigen Weichen gestellt.

Ernst Hinsken, CDU/CSU:

Wer nicht innovativ ist, der verliert



Ernst Hinsken (*1943)
Wahlkreis Straubing

Ich finde es bedauerlich, dass verschiedene Kollegen, insbesondere von der linken Seite des Hauses, das Rednerpult hier im Deutschen Bundestag mit der Parteitagsbühne verwechseln.

Das ist der Sache nicht dienlich. Die Bürger, die unsere Debatte verfolgen, erwarten Antworten auf bestimmte Zukunftsfragen, denen sich die heutige Debatte widmet. Das Thema ist viel zu ernst, als dass man hier nur draufschlagen könnte, ohne sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Deshalb möchte ich sagen: Herr Bundesminister Rösler, Ihre Ausführungen waren wohlthuend und richtungsweisend.

Das war überzeugend. Das ist der richtige Weg in die Zukunft. Dieser Weg sollte auch in Zukunft von uns gegangen werden.

Ein altes Sprichwort lautet: Wer nicht innoviert, der verliert.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind das Land der Innovationen. Dafür haben wir, dafür hat diese Regierung die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen. Zu Beginn dieses Jahres können wir alle zusam-

men mit Stolz feststellen: Deutschland hat die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas.

Unser Land ist das einzige Industrieland, das heute deutlich weniger Arbeitslose hat als vor Ausbruch der Finanzkrise. Wir bleiben der Stabilitätsanker Europas. Das lassen wir uns auch von Ihnen von der linken Seite dieses Hauses nicht nehmen. Für diese hervorragenden Erfolge zeichnet diese Regierung, die sich seit drei Jahren im Amt befindet, verantwortlich.

Diese positive Entwicklung ist aber auch ein Verdienst der Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Mitarbeiter.

Mit Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein und vernünftigen Rahmenbedingungen haben wir die schwere Rezession überwunden und für neues Wachstum gesorgt. Ohne Zweifel – auch das möchte ich

sagen, Herr Kollege Heil – wurden die Grundlagen dafür bereits in der Großen Koalition gelegt.

Sie haben zumindest mitgeholfen. Damals war ein gewisses Verständnis vorhanden. Damals hat man gewusst, dass man etwas machen muss. Wenn das heute noch so wäre, wären Sie sicherlich ein Stück weit besser.

Besonders anerkennen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass die Unternehmen die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten über Kurzarbeit auch in schwierigen Zeiten erhalten haben.

An dieser Stelle ist auch zu sagen: Gerade was die Jugendarbeitslosigkeit angeht – das wurde heute schon mehrmals gesagt –, dürfen wir uns glücklich schätzen, ein duales Berufsausbildungssystem zu haben, das den jungen Menschen die Möglichkeit gibt, für das spätere Leben zu lernen, was sie dringend zu lernen haben, damit wir genügend Fachkräfte haben, damit wir positiv in die Zukunft blicken können und damit all die Aufgaben bewältigt werden können, die in dieser schnelllebigen Zeit vermehrt auf uns zukommen.

Gerade die deutsche Volkswirtschaft mit ihrer Innovationskraft

schneidet im globalen Wettbewerb sehr erfolgreich ab. Unsere Wertschöpfung beruht überwiegend auf forschungsintensiven Produkten und Dienstleistungen. Das Geheimnis des Erfolges ist: Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung setzen wir konsequent weiter auf Zukunftsinvestitionen, auf Bildung und Forschung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie versuchen mit Ihrem Antrag, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Auch Sie fordern jetzt Zukunftsinvestitionen für die deutsche Wirtschaft. Mit Ihrem Antrag „Deutschland 2020 – Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft: Infrastruktur modernisieren, Energiewende gestalten, Innovationen fördern“ wollen Sie doch nur verdecken, dass Sie wirtschaftspolitisch völlig ins Hintertreffen geraten sind.

Der erste Satz Ihres Antrags lautet – da sind Sie durchaus selbstkritisch –:

Wir brauchen wieder ein klares Bild von Deutschlands Zukunft.

Fortsetzung von Seite 11: Ernst Hinsken (CDU/CSU)

Was soll denn das heißen? Das haben wir doch.

Wir geben Ihnen gerne Nachhilfeunterricht, wenn Sie das benötigen.

Ich schätze viele Kolleginnen und Kollegen von Ihnen. Sie sind auf der Höhe der Zeit und wissen, worauf es ankommt. Ein Großteil ist aber scheinbar noch nicht so weit.

Es ist schade, dass Sie sich mit Ihrem aktuellen Wahlprogramm von dem verabschiedet haben, was Sie noch während der Zeit der Konjunkturpakete vertreten haben. All das, was Sie fordern, machen wir schon lange. Meistens waren Sie dagegen. Sie schreiben zum Beispiel:

Technologische Leistungsfähigkeit der Industrie sichern – Innovationen fördern und den Mittelstand stärken

Wir handeln doch längst. Der Haushalt 2013 des Bundesforschungsministeriums ist gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent auf insgesamt 13,7 Milliarden Euro gestiegen. Fakt ist: Von 2010 bis 2013 wurden insgesamt sogar 13,3 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Wir haben Wort gehalten und sogar noch draufgelegt. Das ist in Zeiten der Euro-Krise auch international ein viel beachtetes Signal. Wir haben versprochen, die Innovationsausga-

ben der deutschen Wirtschaft 2012 auf ein Rekordniveau zu bringen. Fakt ist: Wir haben mit 138 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreicht. In diesem Jahr könnte sogar die Schwelle von 140 Milliarden Euro geknackt werden.

Wir wollen, dass Deutschland gut durch die Krise kommt. In diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Fakt besonders herausarbeiten: Knapp 34 000 Unternehmen forschen und entwickeln kontinuierlich. 1 200 davon sind sogar Weltmarktführer. Darauf müssen wir weiter aufbauen. Die Hightech-Strategie zielt in besonderem Maße auf den innovativen Mittelstand. Hier ist Fakt: Die Projektförderung der Hightech-Strategie wird rund 2,3 Milliarden Euro erhalten. Gegenüber 2009 ist das eine Steigerung von rund 24 Prozent, gegenüber 2005 sogar um rund 90 Prozent. Wir wollen eine Steigerung der Investitionen für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anpeilen. Hier ist Fakt: Mit 2,9 Prozent hat Deutschland das EU-Ziel von 3 Prozent nahezu erreicht. – Das sind doch Zahlen, die sich sehen lassen können. Darauf sind wir stolz. Auch Sie sollten stolz sein; denn hier geht es um die ge-

samte Bundesrepublik Deutschland und nicht um parteitaktische Hin- und Herschiebereien.

Die kleinen und mittleren Unternehmer haben ihre Zukunftsinvestitionen in FuE überproportional um 9,1 Prozent auf 8,2 Milliarden Euro erhöht. Auch das kann sich sehen lassen. Unsere Politik wirkt. Das möchten wir gerade auch über diese Debatte der Öffentlichkeit vermitteln. So wollen wir erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, unseren Weg mitzugehen, damit wir so gut bleiben wie in den letzten Jahren.

Ich möchte auf das verweisen, was mein alter Lehrmeister und Freund Michael Glos einmal gesagt hat: Der liebe Gott hat den Menschen die Augen nach vorne gesetzt. Deshalb blicken wir nach vorn. – Dabei setzen wir uns ehrgeizige Ziele. Wir wollen bis 2020 in den Rankings zur Spitzengruppe der technologie- und innovationsfreundlichsten Länder weltweit gehören. Wir wollen bis 2020 die Zahl der forschenden Unternehmen auf 40 000 und die Zahl der innovativen Unternehmen auf 140 000 erhöhen.

Wir wollen unsere Spitzenstellung als Weltmeister von Technologieexporten halten und weiter ausbauen.

Bewusst haben wir dazu das Bundeswirtschaftsministerium zur Speerspitze der Innovationsförderung ausgebaut. Bundesminister Rösler weiß das zu nutzen. Das muss, meine ich, erwähnt werden.

Gerade kam der Zwischenruf vom Arbeiterführer der SPD, von Herrn Barthel, das, was ich hier vortrage, sei Planwirtschaft. Dazu muss ich sagen: Er versteht unter Planwirtschaft etwas ganz anderes als ich. Ich bin nicht bereit, seinen Weg mitzugehen, den er hier oftmals meint vertreten zu müssen. Damit ist er schon des Öfteren auf die Schnauze gefallen.

Schwerpunkt ist das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“. Die Mittel dafür steigen gegenüber 2012 noch einmal an, und zwar auf mehr als 500 Millionen Euro. Den neuen Ländern sollen 40 Prozent dieser Mittel zugutekommen. Für die Unterstützung der Forschungsinfrastruktur für den Mittelstand stehen fast 200 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich weiß, dass Zahlen ermüdend sind. Aber diese Zahlen sind wichtig. Wir sollten glücklich und froh darüber sein, dass hier ein Haushalt aufgelegt wurde, der solche Zahlen enthält. Dadurch wird der Innovationsstandort Bundesrepublik Deutschland weiter nach vorne gebracht.

Mit insgesamt 83 Millionen Euro werden innovative Unternehmensgründungen unterstützt. Auch das ist Politik für die Zukunft.

Sie von der SPD fordern den Ausbau der Energieinfrastruktur für die Energiewende. Wir haben auf den Weg gebracht, was unter Rot-Grün leider liegen geblieben ist. Deutschland übernimmt bei der Energiewende eine Vorreiterrolle für alle Industrienationen. Hier betreten wir Neuland. Ihnen von den Grünen möchte ich sagen: Sie fordern immer wieder den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie; aber wenn es darauf ankommt, etwas dafür zu tun, sind Sie dagegen.

Deshalb muss ich darauf verweisen, dass wir uns grundsätzlich von Ihnen unterscheiden.

Wir gestalten die Zukunft und überprüfen, was sich machen lässt und was möglich ist. Wir wollen die Menschen, die Wirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf diesem Weg mitnehmen und weiterhin insbesondere auf den Mittelstand und auf Innovation setzen; – denn das hat uns weitergebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sören Bartol, SPD:

Lethargie und Konzeptlosigkeit der Regierung schadet Deutschland



Sören Bartol (*1974)
Wahlkreis Marburg

treiben wirklich reine Klientelpolitik.

Ich sage Ihnen: Unsere Klientel sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Ich finde, genau so sollte es sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Zukunftsinvestitionen, die für eine starke Wirtschaft und für Beschäftigung wichtig sind, gehört ganz entscheidend die Infrastruktur. Deutschland ist ein Land mit einer hervorragenden Infrastruktur; das ist auch gut. Die Frage ist nur: Wie lange noch? Seit letztem Donnerstag ist der Nord-Ostsee-Kanal für große Schiffe gesperrt. Der Grund: Minister Ramsauer hat die Mittel für die Schleusen gekürzt. Der Bundestag hat schon vor mehreren Jahren 300 Millionen Euro für neue Schleusenkammern freigegeben. Aber es musste erst zu einer Sperrung kommen, bis Minister Ramsauer die Ausschreibung nun endlich fertig hat.

Schlimmer noch sieht es bei den Autobahnbrücken aus. 302 Brücken sind laut Verkehrsinvestitionsbericht so marode, dass ihre Vollsperrung droht. Was dies bedeutet, ließ sich bis vorige Woche in Leverkusen besichtigen. Die dortige Rheinbrücke war wegen Bauauffälligkeit drei Monate lang für Lkw gesperrt. 13 000 Lastwagen mussten täglich einen 20 Ki-

lometer weiten Umweg fahren; sie verstopften den Kölner Ring. Das macht zusammen einen Umweg von circa 20 Millionen Kilometern. Oder anders ausgedrückt: Es fielen ungefähr 20 Millionen Euro höhere Transportkosten an, für Ford, für Lanxess, für Bayer und andere. Das zeigt doch, dass es diese Bundesregierung – der verantwortliche Minister sitzt ja dort – überhaupt nicht schafft, die Verkehrsinfrastruktur zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man in Deutschland keine Verkehrspolitik betreiben, und so kann man vor allen Dingen keine Industriepolitik betreiben.

Als Industrie- und Exportland sind wir zwingend auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Schlaglöcher, marode Brücken, gesperrte Kanäle zeigen doch: Wir leben längst von der Substanz. Allein für die Instandhaltung von Schienen, Straßen und Wasserstraßen fehlen über 3 Milliarden Euro. Diese Zahl stammt nicht von mir, sondern von einer Kommission der Verkehrsministerkonferenz, die von einem ehemaligen CDU-Minister geleitet wurde.

Bei Strom und Telekommunikation sieht es kaum besser aus: Der Ausbau der Stromnetze kommt, weil es der Regierung vor allen Din-

gen an Koordination fehlt, nicht voran, und das Fehlen von Stromleitungen behindert immer mehr die Energiewende. Auch bei den Internetanschlüssen hat die Bundesregierung ihr Ziel, bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandgrundversorgung zu schaffen, verfehlt. Nach wie vor sind viele ländliche Regionen von schnellen Internetverbindungen abgeschnitten. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union: Ist das eigentlich Ihre Politik für ländliche Räume?

Was Deutschland braucht und wofür wir uns als SPD-Bundestagsfraktion einsetzen, ist eine aktive Infrastrukturpolitik.

In unserem Projekt „Infrastrukturkonsens“ haben wir die Grundlagen dafür gelegt. Der Bund muss mehr Geld in die Infrastruktur investieren; aber es braucht vor allen Dingen die richtigen Prioritäten. Eine Prioritätensetzung à la Ramsauer heißt – das hatten wir gerade schon –: Bayern zuerst, während im Norden und im Westen die Verkehrswege verrotten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht sein.

Wir brauchen ein nationales Verkehrswegeprogramm, durch das Engpässe beseitigt werden, und zwar in ganz Deutschland. Wir brauchen auch eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Erhalt der Verkehrswege, zum Beispiel des Nord-Ostsee-Kanals. Ebenso brauchen wir Akzeptanz für Infrastrukturvorhaben. Deshalb sind Lärmschutz und Bürgerbeteiligung so wichtig. Am Ende geht es auch um die Lebensqualität der Menschen.

Bei all dem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union und von der FDP, versagen Sie kläglich, Sie kommen einfach nicht voran. Es ist immer noch eine Frage des Wohnortes, ob man eine schnelle Internetverbindung hat. Ich sage Ihnen: Wenn es der Wettbewerb an dieser Stelle nicht richtet, eine flächendeckende Versorgung aufzubauen, dann brauchen wir am Ende eben eine gesetzliche Verpflichtung zum Universaldienst. Ich glaube, dafür müssen wir alle gemeinsam sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Lethargie und Ihre Konzeptlosigkeit schaden der deutschen Wirtschaft. Deutschland braucht eine Infrastrukturpolitik, mit der die Bundesregierung ihre bzw. der Staat seine Aufgaben endlich wieder erfüllt. Ansonsten werden wir die Substanz, die wir haben, niemals erhalten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Klaus Breil (FDP), Oliver Krischer (Bündnis 90/die Grünen), Andreas G. Lämmel (CDU/CSU) und Wolfgang Tiefensee (SPD). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.